



**100 Jahre  
1. Mai  
in Lindau**



090-833

Karl Schweizer

# 100 Jahre 1. Mai in Lindau



Ortskartell Lindau des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes

Titelbild: Sozialdemokratisches 1.Mai-Plakat aus der Zeit um 1900 und Foto von der lindauer 1.Mai-Demonstration von 1989

Rückseite: Plakat des DGB von 1948

Seite 1: Eine Frau, 25 Arbeiter und ein Lehrling der Escher-Wyss-Gießerei in Lindau-Motzach, zu Beginn der 50er Jahre.

Dieses Buch möchte ich den Kolleginnen und Kollegen in lindauer Fabriken und Büros widmen, den sandinistisch gesinnten Menschen in Nicaragua, welche sich trotz der Wahlschlappe weiter gegen den ihr Land bedrohenden Dollar-Imperialismus wehren und den Genossinnen und Genossen in der Deutschen Demokratischen Republik, welche sich nach ihrem Widerstand gegen das spätstalinistische SED-Regime nun gegen die Arroganz und Profitsucht des bundesdeutschen Spätkapitalismus wehren.

Ohne die tätige Mithilfe etlicher Leute wäre die Erstellung dieses Buches nicht möglich gewesen. Ich danke deshalb Frau Schaar, Herrn Dobras und Herrn Spiekerkötter für die Hilfen im Stadtarchiv Lindau, der Redaktion der Lindauer Zeitung für die Erlaubnis zur Wiedergabe von Texten und Bildern aus ihrer Zeitung, den Gewerkschaftskollegen Bernhard Gebhardt und Franz Fiala für die Informationsgespräche, dem Genossen Klaus Thiel für die Überlassung von Informationsmaterial und der Margit für ihre Geduld.

---

## Inhalt

1. Aus der Vorgeschichte zum 1. Mai .....	5
2. Die Anfänge von 1890 bis 1913 .....	10
3. Während des 1. Weltkrieges .....	29
4. Novemberrevolution 1918 und 1. Mai 1919 .....	33
5. Die Zeit der 1. deutschen „Weimarer“ Republik 1920-1932 .....	37
6. Während des deutschen Faschismus und des 2. Weltkrieges .....	45
7. Neuanfänge nach dem 2. Weltkrieg .....	50
8. Bundesrepublik Deutschland 1950 bis zur Gegenwart .....	53

---



C90-833

© 1990 by Karl Schweizer

Vertrieb:  
Deutscher Gewerkschaftsbund,  
Ortskartell Lindau  
Neugasse 2 · 8990 Lindau

# Vorwort

# 100 Jahre 1. Mai - 100 Jahre Arbeiterbewegung

Im Rückblick betrachtet ist auf Druck der Arbeitnehmer schon Großes geschehen, was heute als ganz normal angesehen wird. Beispiel „Kinderarbeit“, heute gesetzlich geregelt, vor 100 Jahren waren sie billige Arbeitskräfte, besonders in den Bergwerken und Fabriken. Unter erheblichen Schwierigkeiten, mit Androhung von Schließungen und Arbeitsplatzverlusten, wurde die Kinderarbeit abgeschafft und später gesetzlich geregelt. Die Forderungen auf Arbeitszeitverkürzungen reichen bis in die heutige Zeit und werden auch noch andauern.

Die Gewerkschaften mußten im 3. Reich schwere Zeiten überstehen und wurden sogar verboten. Die Feiern zum 1. Mai wurden zur parteipolitischen Propaganda, was sie in vielen Ländern heute noch sind, eine Zurschaustellung der militärischen Macht. Die Ziele des Ursprungs und die Zielsetzungen der Arbeitnehmer kommen nicht mehr zur Geltung! So wurde und wird noch immer in verschiedenen Ländern Mißbrauch getrieben.

Auch bei uns ist es schwer, die Arbeitnehmer auf den Ursprung hinzuweisen und nicht nur den freien 1. Maitag zu genießen.

Im Zuge der Automatisierung und durch Bildung arbeitnehmerfeindlicher Gruppierungen wird das Bewußtsein der gewerkschaftlichen Bewegung immer mehr in den Hintergrund gedrängt, oder falsch ausgelegt. Gefordert wäre mehr Gemeinsamkeit und Zusammenhalt.

Die Veranstaltungen zum 1. Mai müssen dazu beitragen, wieder den richtigen Weg aufzuzeigen.

Wir sind deshalb dem Kollegen Karl Schweizer dankbar, daß er unter großen



Mühen und manchen Schwierigkeiten diesen Band zusammengetragen hat und uns allen zugänglich macht.

Bedanken möchten wir uns auch bei Herrn Oberbürgermeister Jürgen Müller und Herrn Landrat Klaus Henninger für ihre Unterstützung.

Den Gewerkschaften Chemie-Papier-Keramik, IG Medien, IG Metall, Deutsche Postgewerkschaft, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuß, der Gewerkschaft Bau, Steine und Erden, der Gewerkschaft Öffentlicher

Dienst, Transport und Verkehr, der Gewerkschaft Textil und Bekleidung und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Kreis Allgäu danken wir für ihre finanzielle und ideelle Solidarität.

Helmut Neudert  
Vorsitzender des Ortskartells Lindau  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

# Grußwort



Am 1. Mai 1990 jährt sich zum 100. Male das Manifest der Arbeiterbewegung. Es freut mich sehr, daß das Ortskartell Lindau (B) im Deutschen Gewerkschaftsbund mit der Herausgabe der Broschüre „Zur Geschichte des 1. Mai in Lindau“ dieses Jubiläum würdigt und dabei besonders den lokalen Aspekt einbringt.

Unsere ehemals freie Reichsstadt hat in ihrer langen Geschichte viele Änderungen und Wandel miterleben und Anpassungen leisten müssen. In der jüngeren Epoche sind durch tiefgreifende Neuordnungen von Handel und Gewerbe, die Industrialisierung und den Tourismus gewaltige Herausforderungen entstanden. Viele Arbeitnehmer in unserer Stadt haben deshalb den gewerkschaftlichen Weg gesucht, um ihre Probleme, Sorgen und Nöte sowie auch ihre berechtigten Wünsche in guten anwaltschaftlichen Händen zu wissen.

Anläßlich dieses Jubiläums sind Erinnerungen an die leidvolle Ära der Vorkriegs- und Kriegszeit angebracht, von der auch unsere Inselstadt nicht verschont blieb. Viele persönliche Opfer mußten von den örtlichen Mitgliedern gebracht werden. Der lebendige Geist der Arbeiterbewegung war nicht zuletzt die Triebkraft für den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit. Diese Energie blieb bis heute ungebrochen erhalten, und so kann diese Bewegung auf eine stolze und erfolgreiche Bilanz blicken.

Ich wünsche auch für die Zukunft viel Glück und Erfolg und ein gutes und ge-  
deihliches Wirken.

Müller, Oberbürgermeister

# 1. Aus der Vorgeschichte zum 1. Mai

Zur Beruhigung des ortsansässigen Bürgertums meldete das "Lindauer Tagblatt" am 30. Juli 1889 u.a. folgendes: "Zur politischen Weltlage...Paris...Die beiden internationalen Socialisten-Congresse sind beendet, nachdem die von den Marxisten - namentlich den deutschen Deputierten - angeregten Fussionsversuche mit den Possibilisten gescheitert sind. Die Congressmitglieder sind auseinandergelassen, ohne auch nur - soweit wenigstens bislang bekannt - eine nennenswerthe Abmachung getroffen zu haben, nachdem die Possibilisten im Saale des »Port Dorée«, die Marxisten im Saale des »Feuilles« solenne Abschiedsfeste gefeiert hatten..."

Was die feine Unterscheidung der beiden Arbeiterkongresse in Marxisten und Possibilisten betraf, war das evangelische und nationalliberale Lindauer Bürgerblatt nicht schlecht unterrichtet. Ähnlich der späteren Spaltung der Arbeiterorganisationen in Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie entfernt vergleichbar mit der noch späteren Spaltung der bundesdeutschen GRÜNEN in „Fundamentalisten“ und „Realos“, repräsentierten die Marxisten damals wie heute die radikalen Kritiker und Kritikerinnen der kapitalistischen Gesellschaft, während die Possibilisten, welche sich 1882 von der damaligen französischen Arbeiterpartei abgespalten hatten, das reformistische Prinzip vom Streben nur nach dem "Möglichen" („possible“) hochhielten. Der größere und internationaler zusammengesetzte Pariser Arbeiterkongress der Marxisten, mit vorbereitet von Friedrich Engels, August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Clara Zetkin, kam auf Grundlage eines Beschlusses des französischen Gewerkschaftskongresses vom Vorjahre zustande und beschränkte sich nicht auf die Spekulation des Lindauer Tagblattes, keine nennenswerten Abmachungen zu treffen. Nicht zufällig war mit dem 14.

---

**Bekanntmachung.**

Die Gesellschaften Frohsinn, Harmonie und Lieberkranz haben sich zur Veranstaltung eines

**allgemeinen Maifestes**

mit Gesang und Musik vereinigt und uns mit Vorbereitung desselben beauftragt. Demgemäß geben wir bekannt, daß das Maifest bei günstiger Witterung

**nächsten Sonntag den 22. Mai im Mozacher Walde**  
oberhalb der Fabrik des Herrn Kaufmanns Weltinger stattfindet.

**Abmarsch der Musik von den Anlagen aus Nachmittags 2 Uhr.**

Für Wirtschaften und Conditoreien, welche Speisen und Getränke, Inebesondere gutes Bier und Mai-Wein nach Bedarf ausbieten, ist gesorgt. Zur Betheiligung an dem Waldfest wird hiemit allgemein eingeladen.

**Das Comité:**  
Selm, Jundt, Ludwig, v. Parsval, Schlachter, Em. Schöblich,  
Stettner, E. Stoffel, Widenmayer.

---

**Schützen-Gesellschaft Lindau.**

Wegen des am Sonntag stattfindenden Maifestes wird das Schießen am **Montag** abgehalten.

---

Juli 1889 der 100. Jahrestag der Erstürmung der Bastille in der Französischen Revolution als Congress-Auftakttag ausgewählt worden. Er wurde zum Gründungstreffen der II., der Sozialistischen Internationale. Die I. Internationale, die „Internationale Arbeiter-Assoziation“, bestand von 1864 bis 1876.

Außerdem beschloß er am letzten seiner sieben Kongress-Tage, dem 20. Juli, auf Initiative des französischen Gewerkschafters Raymond Lavigne, einen auf der Tagesordnung zuvor gar nicht vorgesehenen Antrag zur vorerst einmaligen Begehung eines internationalen Tages der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder. Die folgenden Seiten dieser Schrift werden zeigen, ob dies eine „nennenswerthe Abmachung“ wurde, weltweit und oder in Lindau. Doch zuerst sei der Text dieser Abmachung dokumentiert.

Lindauer Tagblatt vom 20. Mai 1870

Die Gründungsbeschlüsse zum proletarischen 1. Mai

„Internationale Kundgebung zum 1. Mai 1890.

Der Congreß beschließt:

Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Congresses von Paris zur Ausführung zu bringen.

In Anbetracht der Thatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem Amerikanischen Arbeiterbund (Federation of



Maifestnummer-Titelseite des  
»Neuen Postillon«, Zürich 1904

Labor) auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Congreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, in's Werk zu setzen...

In der Überzeugung, daß die Emanzipation der Arbeit und der Menschheit nur ausgehen kann von dem als Klasse und

international organisierten Proletariat, welches sich die politische Macht erringt, um die Expropriation des Kapitalismus und die gesellschaftliche Besitzergreifung der Produktionsmittel in's Werk zu setzen;

In Erwägung:

Daß die kapitalistische Produktionsweise in ihrer rapiden Entwicklung nach und nach alle Länder mit moderner Kultur umfaßt;

Daß diese Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die steigende Ausbeutung der Arbeiter bedeutet;

Daß die immer intensiver werdende Ausbeutung die politische Unterdrückung, ökonomische Unterjochung und physi-

sche, wie moralische Degeneration der Arbeiterklasse verursacht;

Daß es in Folge dessen die Pflicht der Arbeiter aller Länder ist, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln eine sociale Organisation zu bekämpfen, welche sie erdrückt und überhaupt jede freie Entwicklung der Menschheit bedroht; daß es sich jedoch vor allen Dingen darum handelt, den zerstörenden Wirkungen der gegenwärtigen ökonomischen Ordnung thätigen Widerstandes entgegenzusetzen, beschließt der Congreß:

Eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung ist in allen Ländern, welche von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht werden, absolut notwendig. Als Grundlage für diese Gesetzgebung fordert der Congreß:

a, Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Arbeitstages für jugendliche Arbeiter;

b, Verbot der Arbeit der Kinder unter 14 Jahren und Herabsetzung des Arbeitstages auf 6 Stunden für beide Geschlechter;

c, Verbot der Nacharbeit, außer für bestimmte Industriezweige, deren Natur einen ununterbrochenen Betrieb erfordert;

d, Verbot der Frauenarbeit in allen Industriezweigen, deren Betriebsweise besonders schädlich auf den Organismus der Frauen einwirkt;

e, Verbot der Nacharbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren;

f, ununterbrochene Ruhepause von wenigstens 36 Stunden die Woche für alle Arbeiter;

g, Verbot derjenigen Industriezweige und Betriebsweisen, deren Gesundheitsschädlichkeit für die Arbeiter vorauszusehen ist;

h, Verbot des Trucksystems;

i, Verbot der Lohnzahlung in Lebensmitteln, sowie der Unternehmer-Kramladen (Cantinen usw.);

k, Verbot der Zwischenunternehmer (Schwitzsystem);

l, Verbot der privaten Arbeits-Nachweise-Bureaus;

m, Überwachung aller Werkstätten und industriellen Etablissements mit Einschluß der Hausindustrie, durch vom Staat besoldete und mindestens zur Hälfte von den Arbeitern gewählte Fabrikinspektoren.

Der Congreß erklärt, daß alle diese zur Gesundung der socialen Verhältnisse nothwendigen Maßregeln zum Gegenstand internationaler Gesetze und Ver-

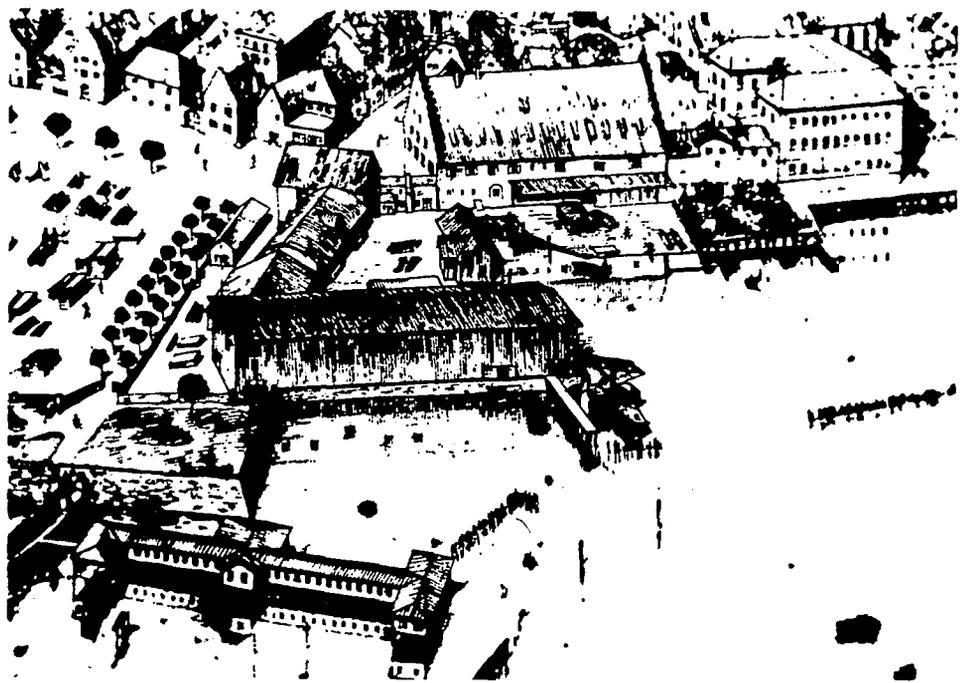
träge zu machen sind, und fordert die Proletarier aller Länder auf, in diesem Sinne auf ihre Regierungen einzuwirken. Sind solche Gesetze und Verträge erwirkt, so soll, um sie gründlicher durchzuführen, ihre Anwendung und Vollstreckung überwacht werden.

Der Congreß erklärt weiter, daß es die Pflicht der Arbeiter ist, die Arbeiterinnen als gleichberechtigt in ihre Reihen aufzunehmen, und fordert prinzipiell: gleiche Löhne für gleiche Arbeit für die Arbeiter beider Geschlechter und ohne Unterschied der Nationalität.

Um die vollständige Emanzipation des Proletariats zu erreichen, hält es der Congress für durchaus notwendig, daß die Arbeiter überall sich organisieren und fordert in Folge dessen das uneingeschränkte, vollkommen freie Vereins- und Koalitionsrecht.“

Damit war, teils auf klassenkämpferische, teils auf reformistische Weise formuliert worden, wie der Kernsatz *“Proletarier aller Länder - vereinigt Euch!”* aus dem von Karl Marx und Friedrich Engels 1848 veröffentlichten *Kommunistischen Manifest* erneut angewendet werden sollte.

Den 1. Mai hatte der *Amerikanische Arbeiterbund* deshalb als Kampf- und Demonstrationstag ausgewählt, weil an diesem „Moving-Day“ die US-amerikanischen Unternehmer traditionell neue Verträge abschlossen, Lieferungen vereinbarten und, vom Staat festgelegt, die Arbeiter ihre Arbeitsverträge, Arbeitsbedingungen und Mietverträge aushandelten. Für den 1. Mai 1886 beschloss der dortige Bund der „Trade and Labor-Unions“, die Gewerkschaften, ab diesem Tag nicht mehr wie bisher neun, sondern nur noch acht Stunden täglich zu arbeiten. In Chicago kam es an diesem Tag auf dem Heumarkt zu einer mächtigen Kundgebung. Nach ihrer Beendigung warf ein unbekannter (Polizei?)-Provokateur eine Bombe. Ein Polizist wurde dadurch getötet. 150 Polizisten eröffneten danach ziellos das Feuer. Vier Arbeiter und sieben Polizisten wurden erschossen, zahlreiche Demonstranten/innen verletzt. Acht anarchistische Arbeiterführer wurden danach des Mordes angeklagt. Keinem konnte vom Gericht eine Mitschuld am Blutbad auf dem Haymarket nachgewiesen werden. Sieben von ihnen wurden zum Tode verurteilt. Zwei davon später vom Gouverneur des Staats Illinois zu lebenslänglicher Haft „begnadigt“. Einer



kam durch eine Dynamitpatrone auf mysteriöse Weise in der Zelle um. Die vier anderen, August Spies, Georg Engel, Adolph Fischer und Albert Richard Parson wurden am 11. November 1887 gehängt.

#### Lindauer „FROHSINN“ und „HARMONIE“

In Lindau gestalteten sich die bis dahin bäuerlichen und bürgerlichen Maifeiern in Freude über den beginnenden Frühling etwas anders.

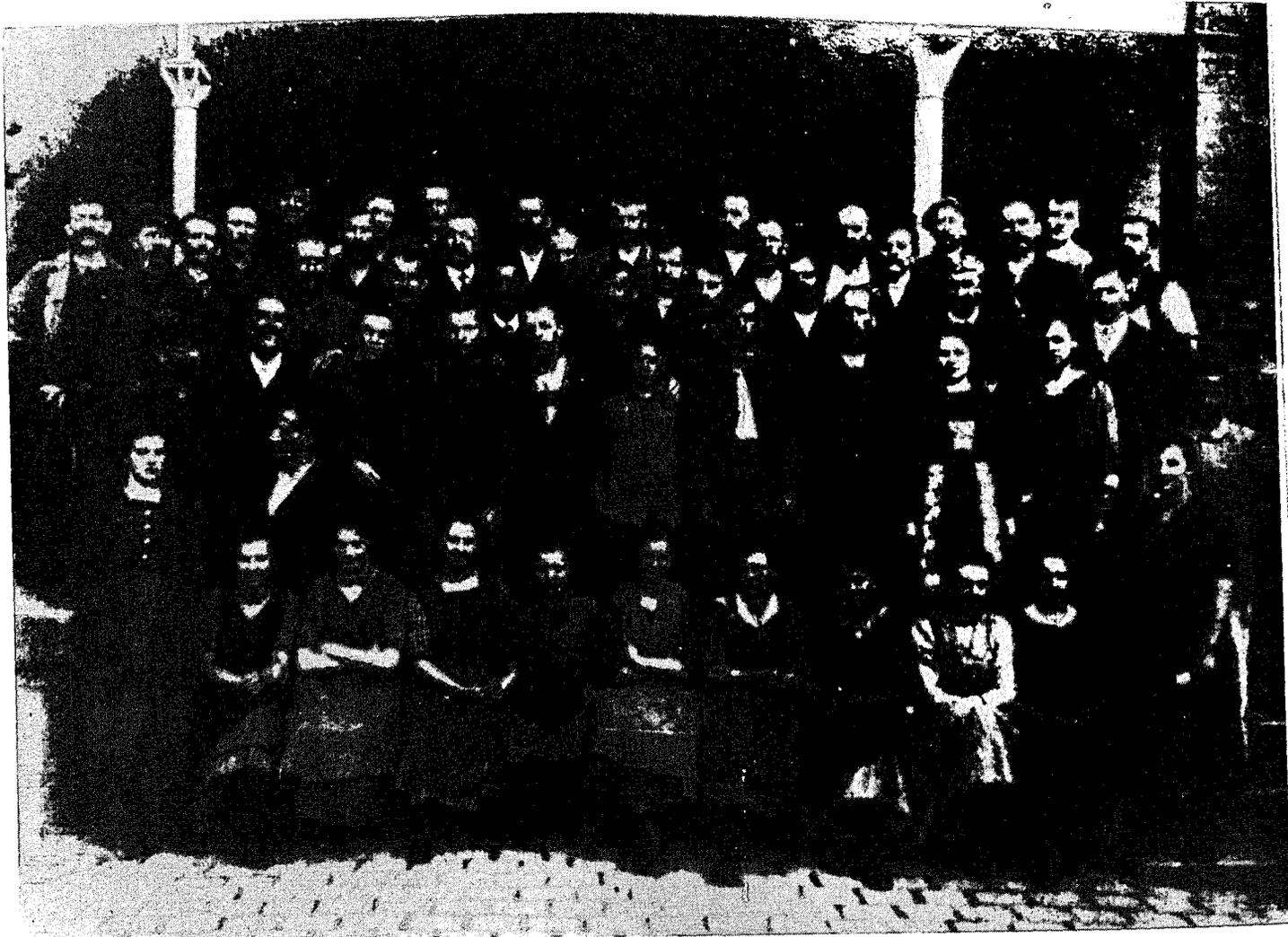
So riefen beispielsweise die Freizeitvereine „Frohsinn“, „Harmonie“ und „Liederkrantz“ schon 1870 gemeinsam zu einem *“...allgemeinem Maifest mit Gesang und Blechmusik...“* am 22. Mai im Motzacher Wald oberhalb der Fabrik des Herrn Kaufmanns Beltinger auf.

Doch die industriell-kapitalistische Produktionsweise beschränkte sich, wenn auch zuerst noch in recht bescheidenem Rahmen, selbst am bayrischen Bodensee nicht mehr lange auf die Fabrik des Kaufmannes Beltringer. Die Lindauer Schiffswerft gehörte da mit zu den Pionieren. Der Zusammenbau der von der englischen Firma W. Fairbairn in Millwall gelieferten Teile des ersten Lindauer Dampfschiffes 1837 im Auftrage der im Jahr zuvor gegründeten Lindauer Dampfboot-Aktiengesellschaft in der Nähe des heutigen Westteils des Hafens, erfolgte zwar noch rein handwerklich,

#### Das Gelände der Lindauer Schiffswerft auf einer Darstellung im Jahre 1888

aber die Geschäfte von Werft und Dampfboot-AG wuchsen mit der Zeit.

Am 8. Dezember 1874 eröffnete unter Leitung des Herrn Wilhelm Auer die englisch-schweizerische Firma Anglo-Swiss Condensed Milk Co. (später Nestle) an der Stelle der früheren Rickenbacher Sägemühle ihre erste deutsche Filiale. Von nun an wurde Milch aus Vorarlberg, dem Allgäu, aus dem achbergischen und lindauer Raum zu gezuckerter Kondensmilch verarbeitet und dafür ein deutscher Markt erzeugt. 1897 bot die Firma den anliefernden Bauern für 1000 Kilogramm oder 775 Liter Milch den Preis von 110 Mark an. 1908 beispielsweise arbeiteten immerhin schon 53 Frauen und 97 Männer als Arbeiterinnen und Arbeiter für das Werk. In Reutin erwarb 1878 der aus Dietmannsried im Allgäu stammende Färber J.R. Reichart die dort seit 1863 u.a. für den Lindauer Kaufmann Heinrich Gruber arbeitende Seidenweberei mit Druckerei, Färberei und Appretur. Zuvor befand sich am dortigen vom Wustbach durchflossenen Köchlinweiher der dem Conrad Gullmann gehörende Kupferhammer, genannt *“Friedrichsmühle“*. Die Anzahl kleinerer Fabriken und Industriebetriebe in den damals noch selbständigen Landgemeinden Reutin, Äschach und Hoyren, sowie in der Inselstadt Lindau, wuchs langsam. Die bei der



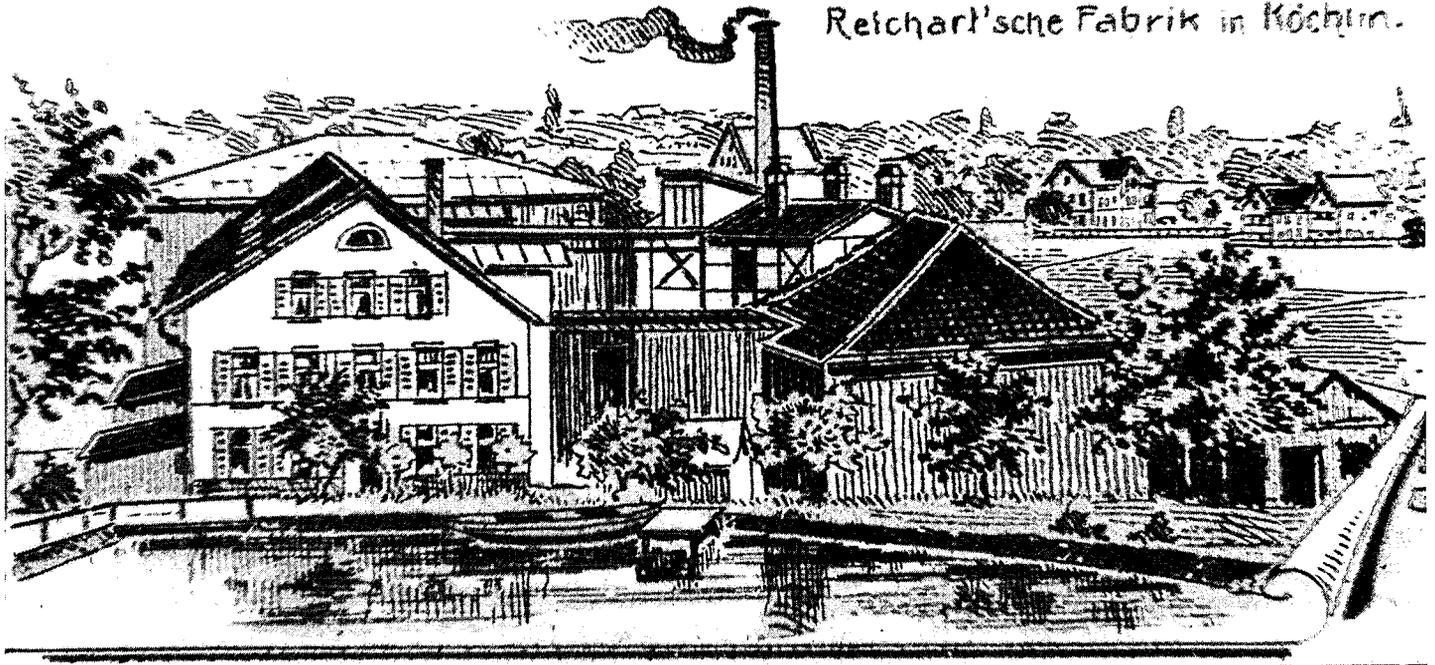
**Arbeiterinnen und Arbeiter der Rickenbacher Milchfabrik im Jahre 1910**

Gewerbebeziehung von 1882 ermittelten 571 Betriebe allein auf der Insel Lindau mit zusammen 1336 Beschäftigten zeigen allerdings, daß der Produktionschwerpunkt noch eindeutig bei den kleinen und mittleren Handwerksbetrieben lag. Allerdings zählten wiederum schon allein die fünf Schiffahrtsbetriebe jener Zeit 147 Beschäftigte und auf der Kornschranne arbeiteten ebenfalls allein schon 65 Menschen.

Nach dem ersten, damals noch radikal-demokratischen Lindauer Arbeiterbildungsverein von 1851/52 und seiner nationalliberalen Zweitgründung von 1860, welche auch Arbeiter- Fortbildungsverein hieß, besaßen die Schrankenarbeiter mit dem von ihnen 1872 gegründeten Verein zur gegenseitigen Unterstützung bei Sterbefällen eine der ersten Arbeiterorganisationen am Ort. Am 4. Oktober 1887 wurde der Katholische Gesellenverein Lindau gegründet. Das Gasthaus

Stift bildete vor dem Schützengarten das Vereinslokal. Im November desselben Jahres wurde übrigens auch der Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein Weiler gegründet. Dort hatten schon im November 1872 (!) die Spinnerinnen und Spinnerarbeiter der Firma Raedler & Co. mit einem eintätigen spontanen Steik eine Lohnerhöhung durchgesetzt. In Wasserburg war schon 1869 mit vorerst 17 Mitgliedern ein Arbeiterverein gegründet worden, der auch Menschen aus den Nachbargemeinden, beispielsweise aus Enzisweiler und Äschach zu seinen Mitgliedern zählte, deren Zahl bis 1883 auf 103 anstieg. Trotz, oder gerade wegen seines Hauptzweckes, der "Unterstützung seiner Mitglieder in Krankheits- und Sterbefällen", schloß er allerdings in seiner 1901 neu gefassten Satzung "...Arbeiter von Fabriken und größeren Brauereien, sowie sämtliche Angestellte und Arbeiter der Verkehrsanstalten..." von einer Neuaufnahme aus.

Reichart'sche Fabrik in Köchlin.



Die Reichart'sche Köchlinfabrik. Ausschnitt aus einer Postkarte um das Jahr 1900

### Sozi-Flugschriften im Segelschiff

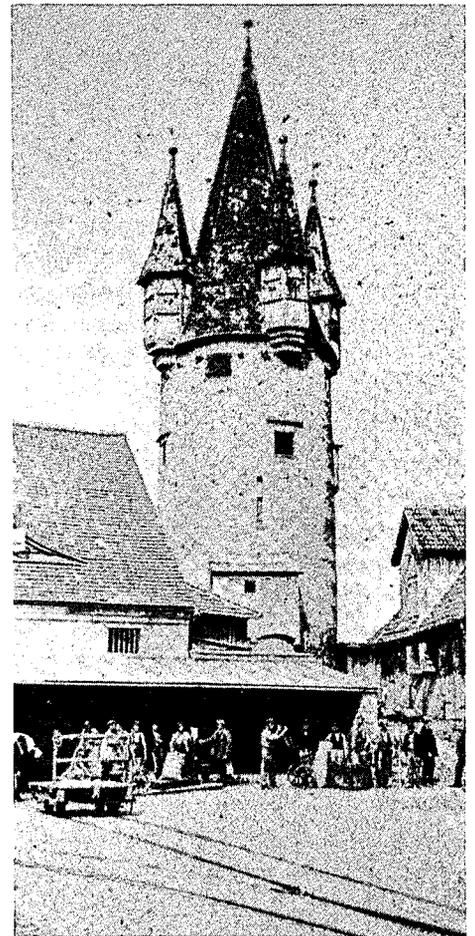
Sozialdemokraten, was damals, im Gegensatz zu heute, hauptsächlich gleichzusetzen war mit sozialistischen Arbeiterinnen und Arbeitern, arbeiteten auch schon in der Zeit vor der ersten Gründung eines Lindauer SPD-Ortsvereins 1899 in Lohnarbeit für hiesige Kapitalisten und waren für ihre Überzeugung politisch aktiv.

Vom 21. Oktober 1878 bis zum 30. September 1890 galten die Bestimmungen des "Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", mit dessen Hilfe Reichskanzler Bismarck und der deutsche Kaiserstaat gegen Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten vorgingen. Die spätere Sozialgesetzgebung sollte dazu den korumpierenden Zuckerguß abgeben. Aus der Schweiz organisierten dorthin geflohene Sozialdemokraten u.a. den Schmuggel damals mitverbotener Litteratur. Josef Belli, der damalige Rote Feldpostmeister dieses illegalen Nachrichtenschmuggels erinnerte sich später daran:

"...Gegen Ende des Jahres 1879 waren wir so weit, daß an der Grenze entlang von Lindau bis Konstanz und von da bis

Basel eine Reihe von Schmuggelposten vorhanden waren, die ziemlich regelmäßig befördern konnten...". Und das Lindauer Tagblatt berichtete in seiner Ausgabe vom 17.8. 1888 unter VERMISCHTES. Lindau 15. August. Von der eidgenössischen Zollbestätterei in Rorschach wurde letzten Montag der hiesigen Zollbehörde eine Schmugglerbande telegraphisch signalisiert, welche in einem mit Schleifsteinen beladenen Segelschiff sozialdemokratische Flugschriften, datiert vom 11. ds. aus Zürich, in Bayern einzuschmuggeln versuchte. Es fanden sich unter den Schleifsteinen verborgen nicht weniger als zwei ziemlich große Kisten voll oben erwähnter Zeitschriften vor, welche vom hiesigen Hauptzollamte beschlagnahmt wurden. Der Schiffmeister und sein Knecht sind sofort verhaftet und das Segelschiff mit Beschlagnahme belegt worden". Ob damit wohl Bellis folgende Erinnerung im Zusammenhang steht? "...daß in Lindau eine uns abgenommene Kiste, die im Keller des Polizeilokals untergebracht, anderntags spurlos verschwunden war. Aber sie ist doch in München zu dem richtigen Empfänger gelangt."

Der erste Versuch jedenfalls, den 1. Mai als internationalen Tag der Arbeiterinnen und Arbeiter zu begehen, mußte noch unter den Gängelungen und Verfolgungen des bis zum 30. September 1890 gültigen Anti-Sozialisten-Gesetzes getan werden.



Lindauer Schrankenarbeiter um das Jahr 1900

## 2. Die Anfänge von 1890 bis 1913

### Der Auftakt von 1890

Mit sichtlichem Unbehagen reagierte auch das *Lindauer Tagblatt* auf den herannahenden 1. Mai des Jahres 1890, so als stände ein gewaltiger Frühjahrssturm bevor. Beispielsweise widmete es sich auf der Titelseite seiner Ausgabe vom 24. April sehr intensiv diesem Thema. Üblicherweise verbarg es seine eigenen Ansichten zum Thema allerdings hinter den aus einer anderen, größeren Zeitung übernommenen Worten. Damit die beabsichtigte Wirkung auch möglichst erreicht wird, wurde die verwendete *Vossische Zeitung* auch gleich noch als angeblich *„sehr arbeiterfreundlich gesinnt“* hingestellt: *„Der 1. Mai...Trotz des Aufrufes der socialdemokratischen Reichstagsfraktion, der entschieden ab-räth, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, da durch einen solchen Schritt die verhängnißvollsten politischen und socialen Folgen heraufbeschworen werden können, haben sich etliche Versammlungen socialdemokratischer Arbeiter verleiten lassen, die Feier zu beschließen. Wir können nicht nachdrücklich genug die Arbeiter vor einem so frivolen und gewissenlosen Rechtsbruche warnen. Sie würden nur eine Kraftprobe machen, bei der sie wenig gewinnen, aber sehr viel verlieren können. Die große Mehrheit der Arbeitgeber wird sich eine solche Herausforderung nicht gefallen lassen, für welche es keinerlei Entschuldigung gibt. Die Arbeiter sollen nicht vergessen, daß sie durch den allgemeinen Bruch des Arbeitsvertrages tausende Familien brodlös machen, unermeßliches Elend heraufbeschwören und nur den Feinden der Arbeitersache in die Hände arbeiten. Die Arbeiter mögen sich darüber nicht täuschen; fast allenthalben, wo sie am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, werden sie dieselbe am 2. Mai nicht mehr aufnehmen können, auch wenn sie dann*

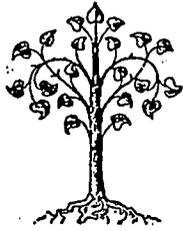
*gern arbeiten wollen... Es heißt ferner, die preußische Regierung habe Anweisungen zum Schutze derjenigen Arbeiter erlassen, welche am 1. Mai die Arbeit nicht ruhen lassen wollen. Die Demagogen, welche die Massen zu einem ganz unnützen und rücksichtslosen Schlage ins Antlitz ihrer Arbeitgeber verführen wollen, treiben ein gefährliches Spiel. An ihrer Ehrlichkeit zu zweifeln liegt sehr nahe...“*

Es lohnt sich, den dokumentierten Text komplett zu lesen. Doch auch schon die zitierten Passagen zeigen jene Sorte von Journalismus, wie sie auch heute noch, hundert Jahre später, weltweit gegenüber einer politisch selbstbewußten und kampftschlossenen Arbeiterbewegung verübt wird: Die entschlossensten Teile als „Demagogen“ und „unehrlich“ diffamieren, die Forderung als unsinnig und überzogen hinstellen, mit dem Einsatz der Staatsgewalt drohen, den Unternehmerstandpunkt als einzigen deutlich darstellen und die Zweifler und Ängstlichen innerhalb den Arbeiterorganisationen als die einzig Besonnenen und Verantwortlichen hinstellen.

Dies hatte innerhalb der damaligen *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* gerade während der bis 1890 dauernden Zeit der Illegalität durch des Antisozialisten-Gesetz einen realen Nährboden erhalten. Aus den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 ging die SPD mit 19,7% als stärkste Wählerpartei hervor. Die Kandidatur zum und die sich auf den Reichstag und die Landtage beschränkende Parlamentsarbeit war vom Gesetz als einziges erlaubt geblieben. Ein immer größerer Teil dieser Parlamentsfraktionen entwickelte sich mit wachsender Rücksicht auf kleinbürgerliche Wählerschichten zu innerparteilichen Bremsern, selbstherrlichen Parteifürsten und bloßen Reformisten. Neben Eduard Bernstein war dies auch der ehemals linke bay-

rische SPD-Vorsitzende Georg von Vollmar. Im Wahlkreis Kempten-Immenstadt-Lindau erhielt die SPD 1890 Mangels eigenem Kandidaten keine Stimmen, 1893 dann allerdings 968, gegenüber 9129 für das katholische Zentrum und 7929 für die Liberalen. Die SPD-Reichstagsfraktion bestand 1890 aus einem Rechtsanwalt, zwei Rentiers, darunter Vollmar, zehn Schriftstellern und Redakteuren, vier Gastwirten, sieben Zigarrenfabrikanten und -händlern, drei Druckereibesitzern und -verlegern, drei Kaufleuten und sechs weiteren Gewerbetreibenden. Dies alles zusammen führte am 13. April 1890 dazu, daß sich die SPD-Reichstagsfraktion, entgegen allen Resolutionen aus der proletarischen Mitgliederschaft, öffentlich gegen einen kämpferischen ersten 1. Mai aussprach: *„...Der Beschluß der allgemeinen Arbeitsruhe ist nicht durchführbar, die Abhaltung einer Heerschau nach dem großen Aufmarsch vom 20. Februar ist nicht nötig. Wo immer man eine Arbeitsruhe am 1. Mai ohne Konflikt erwirken kann, da möge es geschehen.“* Auch darauf stützte sich der im kleinen lindauer Bürgerblatt wiedergegebene 1. Mai-Artikel aus dem großen preußischen Bürgerblatt. Im *„Zweiten Blatt des Lindauer Tagblattes“* vom 24. April 1890 wurde dann gleich auch noch einmal die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung innerhalb eines Leitartikels *„Zur gegenwärtigen Arbeiterbewegung“* attackiert. Meldungen über die Pläne zum immer näher rückenden 1. Mai füllten nun für Tage einen Großteil der Titelseite des Lindauer Blattes, wobei, ganz im Sinne des internationalen Charakters dieses Tages, auch Meldungen aus ausländischen Städten Verwendung fanden. Am 29. April war zu lesen, *„Die Freitag in Hamburg abgehaltene, von etwa 3000 Personen besuchte Arbeiter-Versammlung beschloß nach 3stündigem erregtem*

# Lindauer Tagblatt



für Stadt und Land.

Erscheint täglich, Montags ausgenommen. Preis vierteljährlich 1 M.  
60 Pf., durch die L. Post bezogen 1 M. 65 Pf. Auswärts bestellt  
man bei den L. Postexpeditionen oder Postboten.

Annoncen, welche bis längstens Vormittags 11 Uhr abgege-  
ben werden, finden gleichen Tags noch Aufnahme. Die vierpaltige Zeit-  
zeile wird mit 10 Pf. berechnet.

Amisblatt für das k. Amtsgericht Lindau.

Nro. 94

Donnerstag, den 24. April

1890.

## Der 1. Mai.

Eine scharfe Kritik der Arbeiterdemonstration für den 1. Mai bietet die sehr arbeiterfreundlich gesinnte „Vossische Zeitung“: „Trotz des Ausrufes der socialdemokratischen Reichstagsfraktion, der entschieden abräth, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, da durch einen solchen Schritt die verhängnisvollsten politischen und socialen Folgen heraufbeschworen werden können, haben sich etliche Versammlungen socialdemokratischer Arbeiter verleiten lassen, die Feler zu beschließen. Wir können nicht nachdrücklich genug die Arbeiter vor einem so frivol und gewissenlosen Rechtsbruche warnen. Sie würden nur eine Kraftprobe machen, bei der sie wenig gewinnen, aber sehr viel verlieren können. Die große Mehrheit der Arbeitgeber wird sich eine solche Herausforderung nicht gefallen lassen, für welche es keinerlei Entschuldigung gibt. Die Arbeiter sollen nicht vergessen, daß sie durch den allgemeinen Bruch des Arbeitsvertrages tausende Familien brodtlos machen, unermessliches Elend heraufbeschwören und nur den Feinden der Arbeiterfache in die Hände arbeiten. Die Arbeiter mögen sich darüber nicht täuschen; fast allenthalben wo sie am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, werden sie dieselbe am 2. Mai nicht mehr aufnehmen können, auch wenn sie dann gern arbeiten wollten. In Hamburg haben bereits die Behörden beschlossen, daß in allen Staatsbetrieben diejenigen Arbeiter wegen Contractbruchs entlassen werden, welche am 1. Mai feiern. Ebenso werden zweifelsohne alle öffentlichen und privaten Betriebe aller Orten verfahren. Es heißt ferner, die preussische Regierung habe Anweisungen zum Schutze derjenigen Arbeiter erlassen, welche am 1. Mai die Arbeit nicht ruhen lassen wollen. Die Demagogen, welche die Massen zu einem ganz unnützen und rücksichtslosen Schlage, ins Ansehen ihrer Arbeitgeber verführen wollen, treiben ein gefährliches Spiel. An ihrer Ehrlichkeit zu zweifeln, liegt sehr nahe. Wir hoffen aber, daß höchstens ein kleiner Bruchtheil der Arbeiterwelt so viel Leichtsinns und Gewissenlosigkeit zeigt, um mitten in der Woche „blau“ zu machen, auf die Gefahr hin, dauernd Arbeitsstelle und Brod zu verlieren.

In den vorstehenden Zeilen ist noch nicht auf einen sehr ernsten Punkt hingewiesen, der in der Besprechung dieser Angelegenheit überhaupt noch nicht genügend gewürdigt ist. Wer von den Arbeitern im Besitze hinreichender klagender Mittel ist, so daß er nicht auf einen größeren oder geringeren Lohnausfall zu achten braucht, der wird sich über die finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus der Malfeler ergeben können und ergeben werden, leicht fortsetzen. Aber es gibt doch auch recht viele Arbeiter, die von der Hand in den Mund leben und bei denen es sehr darauf ankommt, ob ein Thaler mehr oder weniger vorhanden ist. Werden denn nun diese Elemente, wenn sie durch irgend welche zwingende Umstände be-

wogen würden, an der Malfeler theilzunehmen, dieselbe mit lautem „Zuchheil!“ feiern? An solchen Tagen pflegt nicht allzuwenig getrunken zu werden und die Ausgaben werden also vermehrt, während die Einnahmen sich vermindern. Es ist kein Zweifel, daß in den Arbeiterfamilien, wo Geldknappheit herrscht, der „Feiertag“ mit sehr gemischten Gefühlen begangen wird und die kann Niemand wollen; die Arbeiterfache selbst würde dadurch in zwei Lager gespalten werden. Dann aber weiter! Die Arbeiterfamilien zahlen ihre Wohnungsmiethen fast allenthalben monatlich und der letzte Wochenlohn im Monat spielt dabei meist eine gewaltige Rolle. Wenn nun eine Lohnverkürzung oder auch Verweigerung eintritt, was dann? Es ergeben sich daraus recht unerfreuliche Bilder und der Arbeiter, welcher auf den Groschen angewiesen ist, mag von Herzen wünschen, der 1. Mai wäre vorüber. Er kann im Prinzip mit der ganzen Demonstration einverstanden sein, aber soll er unbedingt feiern, während er als Folge allerlei Mißheiligkeiten für seine Familie und sich voraussieht? Ein satter Magen sieht Alles im rosigten Licht, einem hungrigen scheint die Sonne selbst dunkel.

Dann noch der Standpunkt der Arbeitgeber! Man kann ruhig annehmen, daß gar mancher Geschäftsmann heute noch lieber als morgen seinem Personal einen Tag freigeben würde, um Ersparnisse machen zu können! Aber wenn der Mann nun blinde Verpflichtungen für irgend welche Lieferungen übernommen hat, wenn er vertragsmäßig zur bestimmten Lieferung verpflichtet ist, wenn, was so unendlich häufig vorkommt, von der prompten Bedienung auch der prompte Geldeinlauf abhängt, ist es dann angebracht, ihn in Verlegenheiten zu bringen? Die Arbeiter wissen in der Regel am besten, wie es mit ihren Prinzipalen steht, wie diese häufig genug sich mühen und abarbeiten müssen, um gute Kundschaft zu bekommen und zu erhalten. Der Verlust eines Arbeitstages bedeutet aber nicht nur eine Gewinneinbuße, sondern auch eine Einbuße am geschäftlichen Renommé, das gar leicht getrübt ist. Alles in Allem hat Niemand Anlaß zu übermäßigem Jubeln! Was jeder Arbeiter für Recht hält, das mag er thun und was er fordert, durchzusetzen versuchen. Aber die Männer der schwierigen Faust sollen bleiben, was sie immer waren, praktische Leute; nicht ohne Grund ist früher von Arbeitern auf eitle Demonstrationen verächtlich geblickt. Mögen sie selbst darum dem Wege fernbleiben, denn zu erreichen ist nur etwas durch die That, nicht durch Truggedanken.“

*Meinungsstreit, am 1. Mai zu feiern. Die gesamten Innungen, die größeren Rhedereien und Großindustriellen dagegen gaben bekannt, daß alle Arbeiter, welche am 1. Mai feiern, sofortige Entlassung zu gegenwärtigen hätten. Sämtliche Militärposten in Hamburg und Altona ziehen mit scharfen Patronen auf. (Das Gleiche wird wohl überall geschehen.)“* Am Tag darauf wurde gemeldet, *“Lyon. Eine Reihe Anarchistischer Arbeiterversammlungen empfahl für den 1. Mai eine gewalthätige Agitation. Die Polizei verhaftete 11 Personen, darunter auch zwei Russen.“* Am 1. Mai selbst war u.a. zu lesen, *“Der Kaiser wird am 10. Mai in Königsberg eintreffen... - Dreißigtausend Arbeiter der Eisenwerke und Kohlenwerke Südost-Ungarns haben für den 1. Mai eine große Demonstration beschlossen. Es ist militärische Hilfe requiriert worden. - 300 000 Arbeiter in Belgien haben sich für die Brüsseler Kundgebung am 1. Mai angemeldet... - In Paris wurden 32 Verhaftungsbefehle gegen Anarchisten erlassen und 15 derselben bereits vollzogen...“*.

Ein Ortsname war innerhalb all dieser vielen Meldungen und Drohungen nicht zu finden, den der Stadt Lindau. Ob nun das *Lindauer Tagblatt* die eventuellen hiesigen Ereignisse nicht mitbekam oder einfach nicht darüber berichten wollte, es war nicht herauszufinden. Im Stadtarchiv Lindau war trotz intensivem Suchens die im Findbuch noch registrierte Akte mit der Nummer BII 1/39 zum 1. Mai und ab 1933 zum Tag der Nationalen Arbeit bisher nicht auffindbar. Damit bleibt vorläufig noch im Dunkeln, was die damaligen Polizeispitzel und Überwachungsbeamten eventuell zusammengetragen hatten. Interessant nur, daß in der *Lindauer Zeitung* vom Jahre 1958 (!) ein gewisser „hl“ einen Bericht zum 1. Mai im Lindau des Jahres 1891 verfasste, der sich ganz offensichtlich auch auf Material aus dieser inzwischen verschollenen Akte stützte. Doch dazu später mehr.

Im *Lindauer Tagblatt* vom 2. Mai 1890 finden wir nur die Anzeige des *Ortsgewerkvereins Lindau*, dessen Ausschuß auf Samstag, den 3. Mai, abends 8 Uhr in das Nebenzimmer des Lindauer Hofes die Monatsversammlung einberief. Tagesordnung war allein die Bezahlung der Pflichtbeiträge. Schlauerweise wurden die Mitgliedsbeiträge damals nur in Mit-

gliederversammlungen kassiert. In Lindau bestand eine Ortsgruppe dieser nationalliberalen Gewerksvereine seit 1879. Diese *“Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine“* waren ausgesprochen antisozialistisch und traten auch in Lindau, in Übereinstimmung mit dem Großteil des Bürgertums und oft in Absprache mit dem *“Arbeiter-Fortbildungsverein“* mit Bismarck-Verehrungs-Feiern auf. Auch das *Lindauer Tagblatt* war da mit von der Partie. Am 2. Mai 1890 schrieb es als erste Lokalmeldung: *Bismarck's Dank. An Herrn Dr. Otto Mayr ist heute folgende Zuschrift gelangt:*

*Friedrichsruh, 13. April. »Für den Glückwunsch zu meinem Geburtstage sage ich Ihnen und den andern Herren Unterzeichnern, die meiner freundlich gedacht haben, meinen verbindlichen Dank aus.«* Bismarck war am 25. Januar mit seinem Versuch, das Anti-Sozialisten-Gesetz nochmals verlängern zu lassen im Reichstag gescheitert und am 20. März von seinem Amt als Reichskanzler zurückgetreten.

In seinen Ausgaben vom 3. und 4. Mai widmete sich das Lokalblatt nochmals intensiv dem weltweiten Geschehnissen am 1. Mai, diesmal allerdings beschwichtigend und mit Häme vermischt:

*“Der Weltfeiertag. Die Nachrichten, welche aus allen Theilen Europas durch den Telegraph uns bis jetzt zugeführt wurden, sagen, daß mit Ausnahme der Erstürmung eines mährischen Gefängnisses durch Arbeiter, Ruhe und Ordnung nirgends in erheblichem Maße gestört worden sind...*

*- Aus München. Von den großen geplanten Demonstrationen war in den Morgenstunden sehr wenig zu bemerken... In den Straßen gewährte man aber auch nicht die geringste Aufregung, ruhig ging man an die Arbeit und an allen Bauten waren Maurer und Zimmerleute emsig beschäftigt. In zahlreichen Werkstätten dagegen war mancher Arbeitsplatz leer. In den Straßen wurde man nur dadurch an den „Arbeiterfeiertag“ erinnert, daß die patrouillierenden berittenen Gendarmen je einen Chevauleger zum Begleiter hatten... Nichts von alledem, was da angekündigt und angedroht worden war, ist geschehen; nirgends in Deutschland haben die Arbeiter sich zu ungesetzlichen Handlungen verlocken und aufreizen lassen... In allen Theilen Berlins ist der gestrige Tag ohne Ordnungstörungen verlaufen.*

*Abendliche Ansammlungen vor den Fabriken von Frister und Roßmann, sowie Löwe, vorübergehend auch Wedding, am Alexanderplatz, am Cottbuser Damm wurden mühelos zerstreut. Etwa ein Dutzend Verhaftungen wegen Bedrohung und Widerstand wurden vorgenommen...“* Deutlich ist zwischen den Zeilen die bürgerliche Angst vor einem erwachenden Proletariat zu spüren, die sich, hinter Polizeisäbeln und Militärgewehren verschanzte, dazu bereit erklärte, den Arbeitern im Lande ein *“mustergültiges Verhalten“* zu bescheinigen und mit erhobener Zeigefinger zu vermerken, *“und in diesem Sinne ist der 1. Mai ein Ehrentag für die deutsche Arbeiterschaft geworden.“*

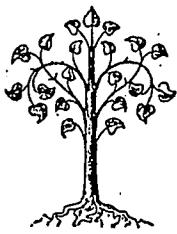
Trotzdem beschloss das bürgerliche und damals rein männliche *“Gemeindekollegium“* Lindaus am 20. Mai einstimmig mit einem recht deutlichen Brief an das oberste bürgerlich-städtische Verwaltungsorgan, den *“verehrlichen Magistrat“* der Stadt Lindau, *“...das Ansuchen zu stellen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht zum Schutze der hiesigen Gewerbe- und Handeltreibenden etwas gegenüber dem hiesigen Consumverein geschehen könnte...“*. Der 1874 gegründete *Lindauer Consumverein* war ein solidarischer Versuch der *“kleinen Leute“* der Stadt, für ihre kargen Löhne und Einkommen ein klein wenig billiger einzukaufen zu können, als es die freie Marktwirtschaft erlaubte.

Über die vom 2. bis 5. Mai in deutschen Landen massiv vorgenommenen Aussperrungen von jenen Arbeitern aus den Betrieben, die an den Maifeiern teilgenommen hatten, berichtete Lindaus Zeitungsmedium nicht.

#### 1891: Soldaten gegen Lindauer Sozialdemokraten

Der SPD-Parteitag von 1890 in Halle hatte beschlossen, den 1. Mai zum jährlichen *“Feiertag der Arbeiter“* zu erklären, bei Hindernissen könne er aber auch am 1. Sonntag des Mai begangen werden. Dieser Kompromiß wurde auf starkes Drängen der deutschen Sozialdemokraten hin auch auf dem Brüsseler Internationalen Arbeiterinnen- und Arbeiterkongreß vom August 1891 bestätigt. Der Antrag der deutschen, schweizerischen, ungarischen und französischen Delegierten, den 1. Mai, in Erweiterung der Pariser Be-

# Lindauer Tagblatt



für Stadt und Land.

Erscheint täglich, Montags ausgenommen. Preis vierteljährlich 1 M. 60 Pf., durch die L. Post bezogen 1 M. 85 Pf. Auswärts bestellt Siebenunddreißiger Jahrgang. man bei den L. Postexpeditionen oder Postboten.

Annoncen, welche bis längstens Vermittags 11 Uhr abgegeben werden, finden gleichen Tags nach Aufnahme. Die vierpaltige Zeile wird mit 10 Pf. berechnet.

Amtsblatt für das k. Amtsgericht Lindau.

Nro. 98

Dienstag, den 29. April

1890.

**Bestellungen auf das „Lindauer Tagblatt“ für die Monate Mai & Juni** beliebe man entweder direkt bei der Expedition des Blattes oder bei den L. Post-Auskäufen und den Postboten zu machen. Der Preis des Blattes für die beiden Monate ist M. 1,06, durch die Post bezogen M. 1,10. Das andauernde Steigen der Abonnentenzahl sichert auch den Inseraten weiteste Verbreitung zu.

## \* Zum ersten Mai.

— Je näher der 1. Mai, der Tag der geplanten großen Arbeiterkundgebung zu Gunsten des achtsündigen Normalarbeitstages, heranrückt, desto größer wird allseitig die Spannung, welchen Verlauf der Tag wohl nehmen werde. Obwohl an vielen Orten die Arbeiter am 1. Mai ruhig ihrer Beschäftigung nachgehen und überhaupt von den beabsichtigten Demonstrationen nichts wissen wollen, so liegen andererseits doch auch zahlreiche Meldungen vor, welche Kundgebungen nicht unbedenklicher Art seitens der Arbeiter am 1. Mai befürchten lassen. Erfreulicherweise haben indessen die Regierungen fast aller Industriestaaten bereits umfassende Sicherheitsvorkehrungen für diesen Fall getroffen, welche hoffen lassen, daß der „Arbeiterfeiertag“ im Allgemeinen ohne größere Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorübergehen werde. Die neuesten Nachrichten aus den verschiedenen Ländern und Städten lauten:

— Am Freitag Abend hielt im Kreuzbräu die Münchener Commission für die Feier des 1. Mai eine Sitzung ab, wozu die Delegirten der einzelnen Gewerkschaften erschienen waren. Es wurde das Programm für den 1. Mai in folgender Weise festgesetzt: Von Vormittags 9 Uhr ab finden Versammlungen im „bürgerlichen Bräuhaus“ für die Arbeiter der Holz- und Metallbranche, im „Franziskanerkeller“ für jene der Erd-, Stein- und dekorativen Gewerbe, in der „Lade“ für die Leder- und Papierbranche und im „Kreuzbräu“ für die Schneider statt. Von Seiten der Commission wird für jedes Lokal ein Referent aus den Arbeiterkreisen aufgestellt.

— In Augsburg wird am 1. Mai Abends eine große Arbeiterversammlung stattfinden, in welcher über die Bedeutung des achtsündigen Arbeitstages gesprochen wird, und am 4. Mai (Sonntag) soll dann ein gemeinschaftliches Arbeiterfest veranstaltet werden.

— Die Vorbereitungen zur Feier für den 1. Mai in Berlin sind nunmehr abgeschlossen und es läßt sich der Umfang der Feierlichkeiten übersehen. In Berlin selbst sind alle größeren Versammlungsorte von den Gewerkschaften mit Beschlag belegt worden; die Zahl der Fabriken, welche den 1. Mai ihren Arbeitern freigegeben, hat sich in den letzten Tagen vermehrt. Zehntausende von Arbeitern werden zweifellos am 1. Mai feiern, darunter werden die Bauhandwerker in großer Stärke vertreten sein. Während in Berlin wohl mit Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß Ruhestörungen vermieden werden, herrschen namentlich in den um Berlin belegenen Vergnügungsorten wegen etwaiger Ruhestörungen sehr starke Befürchtungen.

— Die Freitag in Hamburg abgehaltene, von etwa 3000 Personen besuchte Arbeiter-Versammlung beschloß nach einstündigem erregtem Meinungsstreit, am 1. Mai zu

feiern. Die gesammten Innungen, die größeren Mhedereien und Großindustriellen dagegen gaben bekannt, daß alle Arbeiter, welche am 1. Mai feiern, sofortige Entlassung zu gewärtigen hätten.

— Sämmtliche Militär-Posten in Hamburg und Altona ziehen mit scharfen Patronen auf. (Daß Gleiche wird wohl überall geschehen.)

— Sämmtliche Fachvereine Lübeck's beschloßen, am ersten Mai nicht zu feiern, dagegen Beiträge bis zu 1 M. 50 J pro Mann an die Strikekasse zu zahlen.

— Die Kreisdirektionen des Herzogthums Braun-

— In Wien hat sich der Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern, Graf Taaffe, veranlaßt gesehen, sämmtliche Landescheffs auf die gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam zu machen, nach welchen das standrechtliche Verfahren stattfinden kann. Dieser gewiß deutliche Wink wird hoffentlich auch von den hiesigen unbotmäßigen Elementen verstanden und beherzigt werden!

— Die Waffenfabrik in Steyr und die Textilfabriken in Brünn gaben den Arbeitern den 1. Mai frei. Die Arbeiter werden an diesem Tage Ausflüge mit Fahnen und Musik unternehmen.

— Den 1. Mai-Nachmittag feiert die Arbeiterschaft in Zürich mit einem großen Kinderfest auf der Bürglerasse und den Abend mit einer Volksversammlung auf einem öffentlichen Plage.

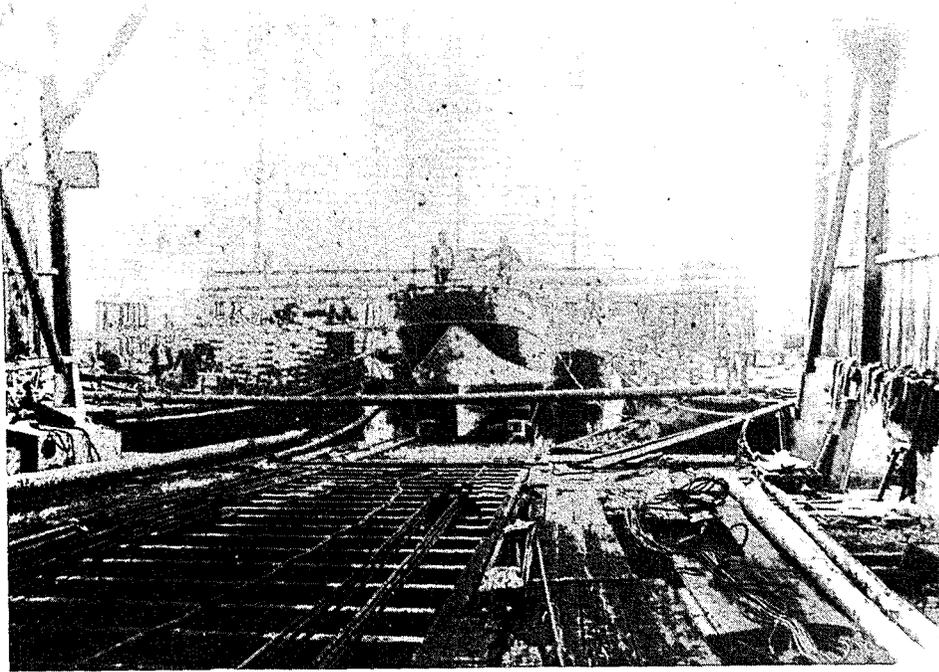
— Dem Regierungsblatte „Verlingska Tidende“ zufolge haben die dänischen Behörden die Anweisung erlassen, daß in den Regierungswerkstätten am 1. Mai eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht stattfinden dürfe.

— Ein sozialistischer Aufruf fordert die Arbeiter Männlers zur Einhaltung des allgemeinen Arbeiterfeiertages auf.

## Deutsches Reich.

\* Von den Ufern der Nordsee aus reiste Kaiser Wilhelm am Mittwoch über Oldenburg, woselbst der großherzoglichen Familie ein kurzer Besuch abgestattet wurde, Danabück und Köln nach Hagenau in Elsaß weiter, woselbst die projektierte Auerhahnjagd in dem Hagenauer Forst durch das schlechte Wetter vereitelt wurde. Der Kaiser setzte alsdann die Weiterreise nach Straßburg fort. Hier wurde er wieder von der Bevölkerung der elsässischen Hauptstadt herzlich begrüßt und nahm zum ersten Male sein Absteigequartier in dem neuerbauten prächtigen Kaiserpalaste. Schließlich begab sich der Kaiser nach Darmstadt um die Königin von England zu begrüßen, welche nach beendigtem Curaufenthalte in Nixles-Bains seit Mittwoch am Darmstädter Hofe weilte. In Darmstadt traf der Kaiser auch mit seiner erlauchten Gemahlin zusammen.

\* Dresden, 25. April. Gegen jene sächsischen Militärvereine, die sozialdemokratische Mitglieder zum Austritt zwingen, sollen, wie von sozialdemokratischer Seite mitgetheilt wird, Prozesse auf Herausgabe der von jenen Gemäßregelten im Laufe der Jahre eingezahlten Beiträge angestrengt werden. Einige Vereine, die aus Sachsens Militärvereinsbund wegen ihrer sozialdemokratischen Mitglieder ausgestoßen sind, haben beschloßen, das Vermögen zu theilen und sich aufzulösen.



Einbringung des zuvor am 8. Okt. 1887 gesunkenen und wieder gehobenen Dampfschiffes »Stadt Lindau« auf der alten Werft-Helling

schlüsse von 1889, auch zum Kampftag gegen Krieg und Militarismus zu erklären, scheiterte vorerst noch.

Der Erfurter SPD-Parteitag vom Oktober 1891 beschloß nicht nur ein neues Parteiprogramm mit einem von Karl Kautsky formulierten marxistischen Grundsatzteil und einem von Eduard Bernstein formulierten reformistisch-revisionistischen Teil für die praktische Politik, sondern auch die Umbenennung in "Sozialdemokratische Partei Deutschlands", und als neues Zentralorgan nicht mehr die auch lange Jahre über den Bodensee geschmuggelte Parteizeitung "Socialdemokrat", sondern den Berliner "Vorwärts" zu betrachten. Die Feiern zum 1. Mai sollten nicht mehr am 1. Mai, sondern nur noch am 1. Sonntag des Monats Mai begangen werden.

Das "Lindauer Tagblatt" von 1891 berichtete wiederum nichts von örtlichen Vorbereitungen auf eine eventuelle proletarische Maifeier, dafür in seiner Ausgabe vom 26. April von einem Deserteur: "Ein aus Lindau desertierter Soldat, Fabrikarbeiter Gerhäuser von Sommerau, wurde in Ansbach verhaftet." Dabei bahnte sich in diesen Tagen etwas für Lindau ungewöhnliches an.

Auf der Werft wurde in den Jahren 1891

und 1892 der Raddampfer *Rupprecht* gebaut. Am 28. April 1891 schrieb "...der k. u. k. Statthaltereirath und Leiter der k. u. k. Bezirkshauptmannschaft" in Bregenz an das "löbliche königl. bayrische Bezirksamt" in Lindau, daß "hier verbreiteten Gerüchten zufolge die dortige Arbeiterschaft beabsichtige, Sonntag, den 3. Mai, Massenausflüge in die benachbarten Städte zu unternehmen". An den Bericht war die "diensthöfliche Bitte" geknüpft, den Bregenzer Herrn Statthaltereirath "gefälligst hievon rechtzeitig verständigen zu wollen", falls ein solcher Ausflug auch nach Bregenz ausgeführt werden sollte.

Zunächst antwortete das Lindauer Bezirksamt dem Bregenzer Nachbaramt u.a. derart, "daß in Bezug auf einen geplanten Ausflug der hiesigen Arbeiterschaft z.Z. noch nichts bekannt ist." Beim Bau des neuen Salondampfers *Rupprecht* seien wohl Arbeiter beschäftigt, "welche Anhänger der sozialdemokratischen Partei sein sollen." So viel man höre, wollten diese unter Hinzuziehung eines Agitators aus München eine größere Versammlung veranstalten, hätten aber bisher in Lindau kein Lokal erhalten. Sofern bei einem eventuellen Fehlschlagen dieses Vorhabens etwa ein Ausflug veranstaltet werden solle, werde man gerne Nachricht zukommen lassen.

Gleichzeitig hatte aber die Meldung aus Bregenz beim königlichen Bezirksamt in Lindau eine hektische Geschäftigkeit ausgelöst, "damit Ausschreitungen hint-

angehalten und Sicherheitsgefährdungen vermieden werden." Neben der Zusammenziehung der Gendarmerie-Mannschaft im Bezirksamt Lindau wandte sich der Bezirksamtmann (heute hieße er Landrat) am 29. April an das Kommando des in Lindau stationierten dritten Bataillons des 3. kgl. Infanterie-Regiments "Prinz Karl von Bayern" und bat um die Bereitstellung militärischer Kräfte, "da die Veranstaltung das Einschreiten der bewaffneten Macht notwendig machen könnte." Auch wurde in jenem Schreiben die Möglichkeit erwähnt, "daß aus Anlaß der sozialdemokratischen Maifeier Störungen der öffentlichen Ordnung eintreten, indem die z.Z. dahier bei Fertigstellung des Salondampfers beschäftigten Arbeiter der Ratgeber'schen Fabrik in München eine Zusammenkunft mit schweizerischen und österreichischen Genossen für den 3. Mai beabsichtigen."

Das dafür vorgesehene Lokal sei zwar noch nicht bekannt geworden, doch sei das in Reutin gelegene bekannte Arbeiterlokal *Kolloseum* (heute *Bayerneck*) dafür in Aussicht genommen worden. Der briefeschreibende Herr Bezirksamtmann erachtete es deshalb gegenüber dem Herrn Bataillonskommandeur "vorläufig für vollkommen zweckentsprechend", wenn eine genügend große Mannschaft als "sauve-garde" (Sicherheitsgarde) in der Kaserne bereitgehalten wird. "Erst wenn die aufgebotene Gendarmerie-Mannschaft nicht ausreichen sollte, um allenfalls beabsichtigte Ruhestörungen zu bewältigen", werde er "weitere Requisition wegen Aufbietens der bewaffneten Macht" anzufordern sich erlauben. Auch Lindaus Bürgermeister von Lossow wurde verständigt und die städtische Gendarmerie angewiesen, Patrouillengänge in den Gemeinden Äschach, Hoyren und Reutin am 3. Mai einzurichten.

Am Tag danach, dem 4. Mai 1891, berichtete der Herr Bezirksamtmann dann an die Kammer des Inneren der Kgl. Regierung gehorsamst, "daß der gestrige Tag dahier und in der Umgebung ruhig verlaufen sei". Von einer "sozialistischen Veranstaltung" sei nichts wahrzunehmen gewesen. Er schilderte dann der Regierung über die Gerüchte und die damit zusammenhängenden Vorgänge, sowie den Absichten der "etlichen 40 Arbeiter der Ratgeber'schen Fabrik in München," die zur Zeit auf der Lindauer Werft den Bau des Salondampfers "*Rupprecht*"



Die »Herberge zur Heimat« am Paradiesplatz auf einer Postkarte vom Jahre 1897

vollbrachten und zum größten Teil der sozialdemokratischen Partei angehören sollen, usw. Um Ausschreitungen und Störungen der Sicherheit mit Erfolg begegnen zu können, habe er, *„in ausreichender Weise“* Vorsichtsmaßnahmen getroffen. So viel er erfahren können seien viele dieser Arbeiter am 3. Mai in Richtung Bregenz ausgeflogen. Man spreche von einer Zusammenkunft in Bludenz. Interessant zu erfahren gewesen wäre noch, wer die Informanten des Herrn königl. Bezirksamtmanes von Lindau waren. Doch begnügen wir uns damit, daß „hl“ diesen Bericht in der „LZ“ vom 8.2. 1958 veröffentlichte und so die Lücke der verschwundenen Lindauer Polizeiakte zum 1. Mai ein klein wenig verringerte.

Im *„Lindauer Tagblatt“* vom 2. Mai 1891 stand nur, daß *„Zum Bau des Dampfbootes »Rupprecht« wir ersucht werden, dem jüngsten Bericht über die Fertigstellung dieses Dampfes nachzutragen, daß der für denselben bestimmte, eigens konstruierte Doppelherd, in der Schlosserei des Herrn F. X. Steib in Langenargen angefertigt und dieser Tage abgeliefert wurde. Herr Steib hat seinerzeit auch die Herde für den »Wittelsbach« und den »Prinzregent« geliefert.“* Am 3. Mai veröffentlichte der kleinbürgerliche Lindauer *„Froh-sinn“* im selben Blatte seine Einladung zur Mai-Feier im schön dekorierten städtischen Theatersaal am 9. Mai.

Der Ausschuss *„des evangelischen „Lindauer Herbergsvereins““* gab in der selben Ausgabe bekannt: *„Herberge zur Heimat - Nachdem wir mit dem 1. Mai unsere Sommerlokalitäten bezogen haben, laden wir die verehrlichen Bewohner von Stadt und Land zum freundlichen Besuche der-*

# Herberge zur Heimath.

Nachdem wir mit dem 1. Mai unsere Sommerlokalitäten bezogen haben, laden wir die verehrlichen Bewohner von Stadt und Land zu freundlichem Besuche derselben ein. **Spelsen und Getränke** werden gut und zu billigen Preisen verabreicht; die Gastwirtschaft wird durch den Bau in keiner Weise beeinträchtigt. Billiger **Mittags-tisch** und gutes **Nachtquartier** in den neu hergerichteten Räumen wird stets gerne geboten.

## Der Ausschuss.

**„Froh-sinn.“**  
**Samstag den 9. Mai**  
 im schön dekorierten städtischen Theatersaal  
**Mai-Feier**  
*[Musik, Gesang & Tanz.]*  
**Anfang Abends 8 Uhr.**

Die verehrlichen Mitglieder sind zu dieser Unterhaltung mit ihren Familien höchlichst eingeladen.  
 Auch werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder abgegeben und sind solche gegen eine Gebühr von **1 M. für Herren & 50 Pfg. für Damen** beim Vereinstorstande **Eberhard Zöfner** erhältlich.

**Der Ausschuss.**

selben ein...“. Von 1887 bis zum Aufgehen in der neugegründeten *„Evangelischen Diakonie Lindau e.V.“* hatte der *„Herbergs-Verein“* bestanden. Gemäß den Bodelschwingschen Ideen wurde in Lindaus *„Herberge zur Heimat“* den *„Brüdern der Straße“* vorübergehendes Quartier zur Verfügung gestellt. Der Andrang war so groß, daß neben dem Gebäude des heutigen *„Hospizes“* (seit 1911) im Jahre 1906 bereits am benachbarten Kleinen See eine *„Depandance“* gebaut werden mußte.

Neben Tausenden von unbekannt gebliebenen Handwerksge-sellen und Arbeitern, gehörten auch einige bekannter gewordene zu den Benützern. Im Jahre 1910 war dies der spätere bekannte Kommunist Willi Münzenberg aus Erfurt. Zu den unbekanntem gehörte im Jahre 1902 der sozialdemokratische Malergeselle Harry Scheel aus Lübeck, dessen kommunistischer Sohn seine Memoiren im Jahre 1989 in der DDR veröffentlichte:

*„...Dingelsdorf, Überlingen, Meersburg, Markdorf, Ravensburg und Lindau waren die nächsten Orte, die wir durchwanderten. Die Verpflegung der Gemeinden und auch das Scherflein, welches uns die Meister gaben, halfen weiter. Nach Sat-*

Lindauer Tagblatt vom 3. Mai 1891

*zungen des Malerverbandes war uns in Lindau wieder ein Reisegeld sicher: Luftlinie Konstanz-Lindau = 71 km, pro km 2 Pfennig, also insgesamt 1,42 Mark. In der gemütlichen Herberge trafen wir Landsleute aus unserer norddeutschen Heimat; einer stammte sogar aus meiner Vaterstadt Lübeck.*

Die deutschen *»Herbergen zur Heimat«* verdienen ein großes Lob. So trostlos sie dem Selbsthaften auch erscheinen mochten - für den un-stet Wandernden boten sie doch so etwas wie ein Zuhause. Manches Merkwürdige ha-ftete ihnen an: *So gab es selbst zur Sommerszeit hier keine Fliegen, man führte dies auf all die unmöglichen Tabake zurück, die der Kunde rauchte. Ein urkomisches Bild bot das sogenannte »Bienen«: Abends beim Zubettgehen hatten alle Landstraßentrotter, ob jung oder alt, nackt und mit dem Hemd in der Hand beim »Vizebursch« vorbeizudefilieren; der Vize sah nach Bienen - das heißt Läusen. Wer Bienen hatte, mußte auf der Bank schlafen...*

*Da mein Jahrgang zur Musterung aufgerufen war, hatte ich im Rathaus zu Lin-*

# Arbeiterbildungs-Verein Lindau.

Montag den 1. Mai Abends 8 Uhr

## Monats-Versammlung

im Local.

1/28 Uhr: Ausschuss-Sitzung.

Wichtiger Besprechung halber wird um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Ausschuß.

# Kath. Gesellenverein Lindau.

Montag den 1. Mai

## Monatsversammlung.

Der Ausschuß.

Lindauer Tagblatt vom 30. April 1893

dau einiges in dieser Angelegenheit zu regeln. Meine Reisekameraden gingen schon voraus. Ich folgte ihnen, sprach aber vorm Verlassen der Stadt noch bei einem Malermeister um Arbeit vor. Ein Gendarm, der den Vorgang beobachtet hatte, hielt mich für einen Klinkenputzer und wollte mich wegen Bettelerei arretieren...". Die polizeiliche Gängelung lauerte halt für Arbeiter damals hinter vielen Ecken.

Trotzdem fand beispielsweise am 22. August des Jahres 1891 im Nebenzimmer des Lindauer Hofes die Gründung des Ortsgewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter statt, und am 17. September desselben Jahres die Gründung der Lindauer Filiale des sozialdemokratisch orientierten *Unterstützungsvereins der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands*, einer der Vorläuferorganisationen der heutigen *Gewerkschaft Holz und Kunststoff*.

1892 - 1903: Fehlanzeige oder Klärung?

Für die Jahre von 1892 bis 1903 ließ sich in Lindaus Bürgerblatt nichts über Lindauer Maifeiern im proletarischen Geiste der Pariser Beschlüsse finden. Hier machte sich das schon erwähnte Fehlen der 1.Mai-Akte deutlich bemerkbar. Trotzdem ereigneten sich während dieser Zeit einige für die hießige Entwicklung eines eigenständigen Klassenbewußtseins der Lohnabhängigen wichtigen Dinge. Sie seien in den folgenden Sätzen kurz ge-



schildert, insbesondere, da sich einige doch auffällig auf den 1. Mai als Tag der arbeitenden Menschen bezogen, bzw. in deutlicher Nähe zu diesem Tag stattfanden.

Gleich am 3. Mai des Jahres 1892 eiferte das Lindauer Tagblatt auf Seite Eins erneut gegen die Sozialdemokratie: "...Die Frankfurter Zeitung sagt, Fürst Bismarck kenne zur Überwindung der Sozialdemokratie kein anderes Mittel, als das Rezept »Blut und Eisen.« Weiß denn die Frankf. Ztg. ein anderes? Dann werden Staat und Gesellschaft ihr gewiss sehr dankbar sein, wenn sie es mittheilt... Er hat...den Versuch gemacht, durch Abstellung gerechter Beschwerden den Verzicht auf ungerechte, d. h. auf Ansprüche zu gewinnen, welche weder in der heutigen gesellschaftlichen Ordnung, noch in irgend einer anderen, die sich die Fantasie der Sozialisten ausdenken kann, ihre Erfüllung finden werden."

In der selben Ausgabe fand sich auch folgende Meldung:

"Die Pariser Anarchisten schlugen ein Manifest an den Kasernen an, in welchem die Truppen zum Abfall aufgefordert werden. Die Pariser Polizeipræfectur erhielt gegen 1500 Drohbrieife, der Polizeipræfect Loze persönlich 142. - Die Börse hielt am Freitag ihre Geschäfte im Freien und unter den Kolonaden des Börsengebäudes ab, da gedroht wurde, das Börsengebäude mit Dynamit in die Luft zu sprengen..." Tags darauf stand auf der Titelseite "Zur sozialdemokratischen Maifeier. Die sozialdemokratische Feier des ersten Mai ist im großen und ganzen überall, in

Postkarte vom Gewerk-Verein-Stiftungsfest, Lindau 1879-1899

Deutschland wie im Auslande, so unbedenklich verlaufen, wie wir erwartet haben, schreibt die »Münchner Neueste Zeitung«. An einzelnen Stellen hat man sogar des hinderlichen Wetters wegen die Festlichkeit einfach um acht Tage hinausgeschoben... Wie zuvor die übertriebenen Besorgnisse, so werden nun die angenehmen Enttäuschungen des ruhigen Bürgerthums in Weitschweifigkeit durch den Telegraphen ausgetauscht..." Im folgenden Jahr 1893 erfuhren die interessierten Leserinnen und Leser des Blattes am 29. April: "Das Beschmieren der Häuser mittelst Farbstiften und Kreide ist jetzt wieder im Gange. Da diese Unart meist von Schulkindern geübt wird, seien die maßgebenden Stellen darauf aufmerksam gemacht..."

# Ortsverband der deutschen Gewerkvereine Lindau's.

Sonntag den 29. April Nachmittags 3 Uhr

im Saale des „Schützengartens“

## große öffentliche Gewerkvereins-Versammlung.

Vortrag des Hrn. **Mauch**, Vorsitzender des Centralrathes der deutschen Gewerkvereine, über: „Ziele und Bestrebungen der Gewerkvereine gegenüber den sozialdemokratischen Tendenzen.“

Da der obige Vortrag von allgemeinem Interesse für alle Arbeiter, Arbeitgeber, Bürger und Handwerker sein dürfte, sehen wir zahlreicher Theilnehmung entgegen.

**Jedermann freier Eintritt.**

**Freie Discussion.**

Der Vorstand: Im Auftrag: **K. Heim.**

Die Mitglieder werden ersucht mit Vereinszeichen zu erscheinen.

*Versammlungsauflösung. Wir berichteten letztthin von der Auflösung einer Versammlung des Vorarlberger politischen Vereins in Forsters Salon in Bregenz. Wir tragen dazu als charakteristisch die Tagesordnung der Versammlung nach, welcher letzteren außer vielen Socialdemokraten der fast vollständige kath. Gesellenverein mit mehreren Geistlichen beiwohnten. Folgende Punkte waren aufgestellt:*

1. Grund und Boden, Fabriken und Werkzeuge, die gesammte Produktion dürfen nicht Eigenthum des Einzelnen sein, sie gehören der Gesammtheit.
2. Allgemeines Wahlrecht.
3. Die indirekten Steuern sind abzuschaffen und an deren Stelle die progressive Einkommensteuer einzuführen.
4. Abschaffung des Militärs, das doch nur da sei, um das Volk im Zaume zu halten.
5. Unentgeltlicher Unterricht.
6. Der 8-Studentag.

Schon nach dem ersten Punkt der Tagesordnung erfolgte die Auflösung der Versammlung durch den Polizeikommissar.“

Die auf den 29. April des Jahres festgelegte Monatsversammlung des Ortsgewerkvereins der Drechsler, Tischler und Holzarbeiter... im Vereinslokal (Stöckle)“ hatte, diesem Verein gemäß, eine etwas andere Tagesordnung: “1. Bezahlung der Beiträge. 2. Besprechung verschiedener wichtiger Vereinsangelegenheiten.“

Informativer ist da eine Meldung vom 2. Mai: “Vorarlberg zählt gegenwärtig 130 Fabriken mit 10 000 Arbeitern.“ Die Tausende von vorarlberger Textilarbeiterinnen wurden auch hierbei erneut unterschlagen.

Zum 1. Mai des Jahres 1894 erhielt das lindauer Bürgertum in seinem antisozialdemokratischen Politikverständnis kräf-

tige Unterstützung durch den Ortsverband der deutschen Gewerkvereine Lindau's. Im Auftrag des Vorstandes lud K. Heim großflächig im Lokalblatt auf Sonntag, den 29. April in den Saale des Schützengartens zum Thema “Ziele und Bestrebungen der Gewerkvereine gegenüber den sozialdemokratischen Tendenzen.“

Gleich zweimal, am 1. Mai und am 6. Mai berichtete das lokale Blatt darüber: “Die gestrige öffentliche Versammlung im »Schützengarten« war sehr zahlreich besucht und dauerte 3 Stunden. Zunächst sprach Herr Mauch, Vorsitzender des Centralrathes der deutschen Gewerkvereine in Berlin in einstündiger Rede über die Ziele und Bestrebungen der deutschen Gewerkvereine. Als Gegner trat dann ein Herr Krämer, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in München auf, welcher ebenfalls in einstündiger Rede die Sozialdemokratie erläuterte und der Vortheile, welche durch sie dem Arbeiter geboten werden, gedachte. Die Versammlung verlief ruhig...“

Anlässlich der jüngsten vom Gewerkverein veranstalteten Versammlung im »Schützengarten« geht uns noch nachträglich eine Einsendung zu, der einige Punkte entnommen seien. Die ebenerwähnte Veranstaltung des hiesigen Gewerkvereins hatten sich nämlich unsere Sozialdemokraten zu Nutzen gemacht und waren unter Führung eines von München verschriebenen Redners erschienen, um für ihre Sache zu wirken, was ihnen auch durch übergroße Nachsicht des Vereins, welcher die Versammlung doch für seine Zwecke veranstaltet hatte, wenigstens insofern gelang, als einem Bravorufer Gelegenheit wurde, seinen Mund möglichst weit aufzureißen. Charakteristisch war zudem die offenerzige Erklärung des sozialdemokratischen Apostels, es sei der Pareileitung weniger

Lindauer Tagblatt vom 25. April 1894

*darum zu thun gewesen, dem Gewerkverein entgegenzutreten, als in Lindau einmal öffentlich ihre Grundsätze zu entwickeln. Das also war des Pudels Kern - der Gewerkverein stellte den Sozialdemokraten das benöthigte Lokal.*

*Im Uebrigen soll der sozialdemokratische Apostel, wie das die Klugheit schon gebot, sehr vorsichtig aufgetreten sein. Die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes anzustreben, wird bekanntlich von den Sozialdemokraten als ihre Domäne betrachtet und gehörig ausgebeutet, die eigentlichen Ziele aber werden durch utopische Zukunftsbilder verschleiert. Dem entgegen zeigten die Ausführungen des Redners des Gewerkvereins zutreffend, daß man für die Hebung des Arbeiterstandes vortrefflich wirken kann, ohne Sozialdemokrat zu sein. Möchten daher Arbeiter, die noch außerhalb der Gewerkvereine stehen, sich diesen anschließen,*

### Arb.-Bildungs-V. Lindau.

Sonntag den 6. Mai bei günstiger Witterung

## Maitour

und zugleich

Zusammenkunft mit dem Bruderverein Wangen

### in Gründmühle.

Abmarsch Früh 1/2 6 Uhr vom Sandthor. Große Theilnehmung sehr erwünscht.

Der Ausschuss.

## 1849er.

Sonntag den 9. Mai Nachmittags 3 Uhr  
Zusammenkunft im „Langenweg“.

Lindauer Tagblatt vom 8. Mai 1897



Lindau.

Schützengarten.

B 31120 Lantz & Isenbeck, Darmstadt.

Der Biergarten des früheren Gasthauses „Schützengarten“ um 1902, an dessen Stelle heute die Lindauer Spielbank steht.

deren Hilfskassen in mancherlei Fällen vor Noth schützen.“

Ein typisches Exemplar von Zeitungsmeldung, das trotz vieler Worte die eigentlichen Inhalte mit keinem Wort erwähnte.

Am 2. Mai waren dagegen gleich auf Seite Eins konkretere Geschütze gegen die SPD aufgeföhren worden, allerdings nur relativ konkreter: „Sozialdemokratisches Fiasko. Ueber die sozialdemokratische Produktivgenossenschafts-Bäckerei in Berlin ist dieser Tage der Konkurs eröffnet worden. Schon längst war bekannt, daß bei dieser Unternehmung die größten Mistände herrschten; die Leiter derselben wurden der Willkür und Tyrannei gegen die arbeitenden »Genossen« beschuldigt, während sie ihrerseits Klage führten, daß keine Ordnung und Disziplin aufrecht zu halten sei,...“ Der Lindauer Redakteur von damals konnte nicht wissen, daß dies ein historisches Wetterleuchten dafür war, was sich in den achtziger Jahren des folgenden Jahrhunderts unter dem Schlagwort vom *Neue-Heimat-Skandal* noch alles an sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Korruptheit aufturn, und den bundesdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern und ihren Organisationen an Schaden zufügen würde. Daß dies schon 1894 nicht, wie der Herr Re-

dakteur, sich irrend, ausführte, „...gleichsam ein Bild im Kleinen davon (sei), was das Schicksal eines Staates sein würde, der seine Existenz nach sozialdemokratischen Grundsätzen einrichten würde“, sondern die schlichte Offenbarung dessen, daß ein Funktionieren sozialistischer Inseln innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung einfach nicht möglich ist, das sei ihm nachgesehen.

Dagegen zeigte er sich in der Ausgabe vom 8. Mai des selben Jahres in einer Kurzmeldung über den Friedrichshafener Auftritt des Herrn Mauch beim dortigen Gewerkverein als wahrer Schreibtischtäter, der anderen gerne bei deren handfesten Intolleranzen gegenüber Schwachen zuschaut: „...Auch in Friedrichshafen hatten sich Sozialdemokraten eingefunden, von denen einer den Redner oftmals unterbrach. Der Störenfried war nach dem »SEEBLATT« ein Pflasterer aus Lindau, dem vom Redner und den Genossen des Vereins nach Gebühr heimgeleuchtet ward.“ 1895 erfahren wir ausgerechnet in der Zeitungsausgabe vom 1. Mai ein klein wenig von auch heute noch modernen Gepflogenheiten

der Herren von der anderen Seite der Barrikade: „Die bekannte Firma Herrburger und Rhomberg in Dornbirn begeht heute die Feier des 100-jährigen Jubiläums ihrer Gründung... Während den Angestellten der Firma in Dornbirn eine Festfeier bereitet ist, versammeln sich die Inhaber der Firma mit ihren Angehörigen heute in Herrn Hauber's »Hotel Reute-

mann« zu einem gemeinsamen Mittagessen.“

1896 findet sich zwar gar kein Hinweis auf den 1. Mai, doch ist bekannt, daß in diesem Jahr des ersten Telefongespräches von Kempten nach Lindau am 17. September die Arbeiter der Lindauer Eisenbahn-Betriebswerkstätte einen eigenen Spar- und Darlehensverein gründeten. Einer der Vorsitzenden wurde recht bald der später populäre lindauer Sozialdemokrat Adam Stoiber.

1897 meldete die Ausgabe vom 4. Mai der örtlichen Zeitung hämisch auf Seite Eins: „Berlin 1. Mai, Maifeier; Nach den bisher vorliegenden Meldungen über die heutige sozialdemokratische Maifeier ist die Heerschau, von der der »VORWÄRTS« schrieb, ganz kläglich verlaufen.“ Über den Verlauf der für den 6. Mai angekündigten Maitour des

Arbeiter-Bildungs-Vereins Lindau zur Zusammenkunft mit dem Wangener Bruderverein in der Gmündmühle erfahren wir leider gar nichts.

#### Lindauer SPD-Gründung

1898 signalisierten nach dem 1. Mai zwei Anzeigen des im Storchengässchen B 66 wohnenden Arbeiters Josef Schilling am 6. Juni und 20. August im *Lindauer Tagblatt*, daß sich auch innerhalb der Lindauer Arbeiterklasse etwas qualitativ geändert hatte. Beide Mal lud er öffentlich zu sozialdemokratischen Veranstaltungen in die *Restauration zum »Inselgraben«* ein. Zu jeder dieser kleinen lokalpolitischen Sensation veröffentlichte die örtliche Zeitung sogar einen eigenen Versammlungsbericht. Beide sind nebenan im Original dokumentiert. Politisch interessant ist speziell jener zur Veranstaltung „Was will die Sozialdemokratie?“ vom 23. August 1898. Er ist deutlich vom reformistischen Teil des Erfurter SPD-Parteiprogrammes von 1891 geprägt. Der sich herausbildende lindauer SPD-Ortsverein scheint also von Anfang an weniger den ersten, marxistischen Programmteil sich auf seine Fahnen geschrieben zu haben.

Besagter Zeitungsbericht vom 23. August endete mit folgenden interessanten Zeilen: „Der Rechenschaftsbericht wurde verlesen und war mit Plus abgeschlossen. Nachdem Herr Schilling als Vertrauensmann für Lindau und Umgebung aufgestellt worden, schloß der Vorsitzende

Montag den 6. Juni Abends 8 Uhr  
**öf. Reichstagswählerversammlung**

in der Restauration zum „Inselgraben“ Lindau.  
Tagesordnung: 1) Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen,  
2) Freie Diskussion.

Referent: Gg. Birk aus München.

Gegner haben Redefreiheit.

Pflicht eines jeden Wählers ist es zu erscheinen.

S. U.: **J. Schilling.**



Lindauer Tagblatt vom 6. Juni 1898

Äschacher SPD-Stempel aus den Jahren  
nach dem 1. Weltkrieg

× (Sozialdemokratische Wählerversammlung.) Nachdem sich bereits die Kandidaten der Volkspartei, der Liberalen und des Centrums in Wählerversammlungen hier oder in der Umgebung vorgestellt hatten, gesellte sich gestern noch der 4. Reichstagskandidat des Allgäu, der von den Sozialdemokraten aufgestellte Gastwirth Herr Birk aus München hinzu. Das Vokal im „Inselgraben“ war bereits um 8 Uhr gebrängt voll, und als der Einberufer der Versammlung, Herr Schilling, diese um 8 1/2 Uhr eröffnete, mußten sich viele mit Stehplätzen begnügen. Herr Birk referirte nun in beinahe zweistündiger Rede über das Thema: Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen. Es würde zu weit führen, wenn wir den Ausführungen des Redners hier ganz folgen wollten; wir konstatiren daher lediglich, daß sich dieser in durchaus ruhigen und gemessenen Grenzen bewegte, und daß er es vermied, irgend wie aggressiv gegen die Regierung und gegen andere Parteien vorzugehen. Er entwickelte an der Hand von statistischen Nachweisungen das Wachsen der Schuldenlast des deutschen Reiches und kam bei der Deckungsfrage auf das Elend der Arbeiter zu sprechen, die den größten Theil dieser Lasten zu tragen haben. Die einzige Mahnung, die in dieser Beziehung nicht oft genug wiederholt werden könne, sei die: „Arbeiter, organisiert Euch!“ Bezüglich der Wahlen führte Herr Birk aus, daß es sich für die Sozialdemokraten weniger darum handle, im Reichstage viele Mandate zu erobern, sondern vielmehr darum, der Regierung durch ein enormes Steigern d.: sozialdemokratischen Stimmenzahl die Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen zu zeigen. Herr Birk schloß unter warmem Beifall der Genossen, und es trat eine Pause von 10 Minuten ein, während welcher sich Gegner zum Worte melden konnten. Obwohl vollständige Redefreiheit zugesichert war, ergriff Niemand die Gelegenheit, und so führte denn Herr Schilling auf Grund seiner Erfahrungen, die er in den Versammlungen der übrigen Parteien gesammelt habe, aus, daß kein selbst-

ständig denkender Mann seine Stimme einem Andern geben könne, als dem anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Partei, Herrn Gastwirth Birk von München. Wir können es uns nicht verlagern, den Erörterungen des Redners zu folgen und wollen, um gegen alle gerecht zu sein, konstatiren, daß Herr Schilling die Worte des Kandidaten der Volkspartei in der Versammlung im Colosseum mißverstanden hat. In der liberalen Versammlung im Wasserburgerbühl hat Hr. Schilling die Erfahrung gemacht, daß die Sozialdemokraten Herrn Wagner nie ihre Stimme geben könnten, weil derselbe — gegen das direkte und geheime Wahlrecht sei. Das hat Herr Schilling wieder falsch verstanden. Herr Wagner hat ausgesührt, daß das direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstage unanfastbar sei, weil in der Reichsverfassung begründet und niedergelegt; dagegen hat er es als wünschenswerth bezeichnet, daß eine Aenderung im Wahlrechte zum bayerischen Landtage eintrete, weil hier ja seit Jahren Klagen über den indirekten Wahlmodus laut werden. Am wenigsten glimpflich kam die Centrumspartei weg. Herr Schilling bezeichnete deren Kandidaten Herrn Schmid-Immenstadt lediglich als den Strohhalm der Partei und führte aus, daß an seine Stelle eigentlich Herr Pfarrer Schmid-Wasserburg gehöre, der mit seiner sonntägigen Rede seine Fähigkeit als Volksvertreter in so glänzender Weise bewiesen habe. Herr Schilling wurde hiebei sehr warm, und wir können es ihm nicht verdenken, daß er in der Wahl seiner Ausdrücke nicht mehr wählerisch war. Er bemerkte, daß, entgegen der Behauptung, die Sozialdemokratie untergrabe den Familienfrieden, die gestrige Centrumsversammlung wieder zur Genüge bewiesen habe, wo die Stürzer des confessionellen und ehelichen Friedens zu suchen seien.

Nachdem sich auch nach diesen Ausführungen niemand mehr zum Worte meldete, wurde die Versammlung geschlossen und wir können nur wiederholen, daß der Verlauf derselben ein äußerst ruhiger war.

Lindauer Tagblatt vom 8. Juni 1898

nach einer kurzen Ansprache die ruhig verlaufene Versammlung.“ Die Gründung eines eigenen lindauer sozialdemokratischen Ortsvereins reifte offensichtlich heran. Auf dem Rathaus herrschte dann vermutlich auch nicht die größte Freude, als am 5. Januar 1899 folgender Brief eintraf:

„Endunterfertiger erstattet hiermit pflichtgemäß die Anzeige, daß die in Lindau wohnenden Mitglieder des Wahlvereins Kempten aus letzterem ausgetreten sind und vom 4. Januar 1899 ab einen eigenen Verein bilden. Der Name des Vereins lautet »Sozialdemokratischer Verein Lindau«.

Die Verwaltung dieses Vereins besteht aus folgenden Personen:

Vorstand: Fried Gerst, Schneider, Aeschach  
Kassier: Josef Merz, Maler, Aeschach  
Schriftführer: Otto Jordan, Schreiner, Aeschach.

Lindau, 4. Januar 1899

I.A. Joseph Schilling, Storchengässchen B 66.“

Samstag den 20. August Abends 8 Uhr in der  
Restauration zum „Inselgraben“

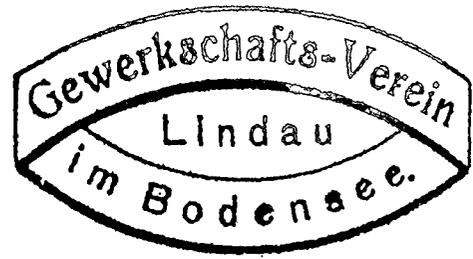
## öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

- 1) Was will die Sozialdemokratie? Referent: J. Schilling.
  - 2) Rechenschaftsbericht über die Reichstagswahl.
  - 3) Wahl eines Vertrauensmannes für Lindau und Umgebung.
- Freie Diskussion.

Gefinnungsgeoffen, Freunde und Gegner willkommen.

J. Schilling.



Stempel des Lindauer Gewerkschafts-  
vereins aus dessen Gründungsjahren

Lindauer Tagblatt vom 20. August 1898

-g. (Öffentliche Volksversammlung.) Am Samstag Abend fand hier im „Inselgraben“ eine öffentliche Volksversammlung statt, und war dieselbe einberufen von Hrn. Schilling. Die Tagesordnung lautete: „Was will die Sozialdemokratie?“ Gleichzeitig war mit diesem Vortrag ein Rechenschaftsbericht und die Wahl eines Vertrauensmannes verbunden. Im ersten Punkte der Tagesordnung führte der Referent in seiner bekannten freimüthigen Art aus, daß die Gegner der Sozialdemokratie über die Ziele derselben absolut unwahre Behauptungen in die Öffentlichkeit gelangen lassen, um die Massen des Volkes absichtlich zu täuschen. Redner widerlegte insbesondere den so oft gemachten Vorwurf, daß die Sozialdemokratie Religionsfeinde seien und stellte die allerdings sehr gewagte Behauptung auf, die Sozialdemokratie sei religiöser als diejenigen, die heute die Religion und Christenthum nur als Deckmäntelchen ihrer Herrschergefühle umgehängt hätten. Bei diesem Punkte richteten sich seine Ausführungen gegen die Centrumspartei; im andern dagegen, wo er den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit scharf zurückwies, fehlte es natürlich einige Seitenhiebe für uns ab, was uns allerdings nicht besonders schmerzt. Im Weiteren führte der Vortragende aus, nicht die Sozialdemokratie vernichte den Mittelstand, sondern das Großkapital und Großunternehmertum. Was das so sehr verbreitete Ammenmärchen anbelangt, die Sozialdemokratie hulbige allzugern der „freien Liebe“, führte er aus, daß diejenigen, die diesen Vorwurf erheben, gar nicht wählten, was eigentlich freie Liebe sei. Die „freie Liebe“ der Sozialdemokratie sei nichts anderes, als daß es Jedermann freigestellt sein solle, sich seine Lebensgefährtin oder -Gefährten nach freier Wahl des Herzens, ohne von Vermögensrang oder Standesinteressen beeinflusst zu sein, wählen zu dürfen. — Der Rechenschaftsbericht wurde verlesen und war mit Plus abgeschlossen. Nachdem Herr Schilling als Vertrauensmann für Lindau und Umgebung aufgestellt worden, schloß der Vorsitzende nach einer kurzen Ansprache die ruhig verlaufene Versammlung.

Lindauer Tagblatt vom 23. August 1898

Da zwar der Anmelder Lindauer war, der gesamte Vorstand aber aus Äschacher Arbeitern bestand, war es für Bürgermeister Schützinger als Magistratsvorsitzendem leicht, diese Anmeldung nicht zu akzeptieren. Warum dann erst nach dem 1. Mai des Jahres 1905 eine erneute Ortsvereinsanmeldung beim Lindauer Stadtmagistrat eintraf, konnte bis heute noch nicht geklärt werden. Der Text dieses Schreibens vom 29.5. 1905 lautete jedenfalls folgendermaßen:

„Unterezeichnender meldet bei dem Stadtmagistrat der Stadt Lindau an, daß in hiesiger Stadt mit Umgegend ein SOZIALDEMOKRATISCHER VEREIN gegründet wurde. In den Ausschuß desselben wurden folgende Mitglieder gewählt.

Vorsitzender: Hans Hardt, Zimmerer  
Heimesreutin

Schriftführer: Peter König,  
Maximilianstr. C 72.

Kassier: Adam Stoiber,  
Bürstergasse 34.

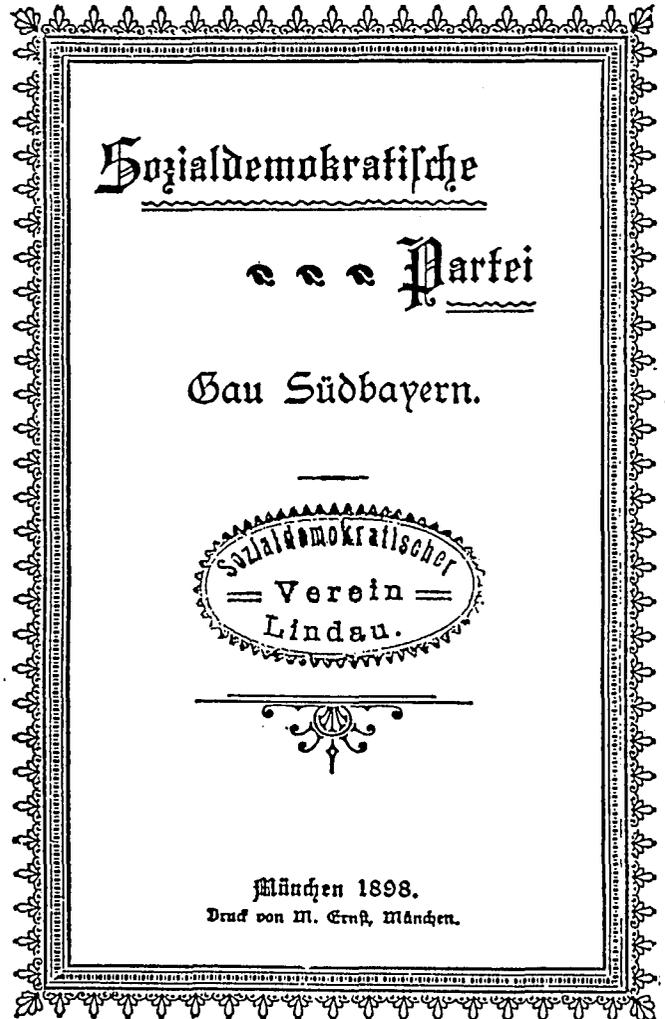
Es finden unsere Versammlungen jedes Quartal statt, und werden der Behörde angemeldet.

Beiliegend Statuten.

Hans Hardt, Vorsitzender.“

Dieses Mal akzeptierte die Stadtgewalt die Anmeldung und registrierte sie unter politische Vereine.

In den folgenden Jahren kamen noch Ortsvereine in Reutin und Äschach hinzu.



Lindauer SPD-Stempel aus der Gründungszeit

1913 schufen sich der Lindauer zusammen mit dem Reutiner Ortsverein sogar eine gemeinsame rote Vereinsfahne an, deren Rückseite vom klassischen antinationalen Grundsatz des revolutionären Proletariats geziert wurde, *„Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“*. Die verschränkten Hände auf der Fahnenvorderseite sind dem Emblem des in der deutschen Bürgerrevolution im August 1848 von Stefan Born mitbegründeten ersten revolutionären deutschen Arbeiterbundes, der *Arbeiterverbrüderung* entlehnt. Die 1946 in der sowjetischen deutschen Zone gegründete SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) machte dies wiederum zu einem Bestandteil ihres Parteiemblems. Außerdem war es im 19. Jahrhundert das Emblem der sozialdemokratisch orientierten Metallarbeitergewerkschaft.

In Lindau meldete ein Ludwig Weibel erst am 12. September 1906 als 1. Vorsitzender den frischgegründeten Ortsverband des *Deutschen Metallarbeiterverbandes* an.

#### Gründungsboom Lindauer Arbeiterorganisationen

Die Zeit um die Jahrhundertwende 1887 brachte für Lindau nicht nur ein zahlenmäßiges Anwachsen des Proletariats, sondern auch seine zunehmende organisatorische Festigung in verschiedenen, sich weltanschaulich auch teils deutlich unterscheidenden Ortsvereinen.

1899 erfolgte die Zahlstellen Gründung des Holzarbeiterverbandes, sowie die der Zahlstelle des Verbandes der bayrischen Eisenbahnwerkstätten und Betriebsarbeiter mit ihrem 1. Vorsitzenden Adam Stoiber. Im Mai des Jahres 1900 führte der schon 1887 gegründete *Katholische Gesellenverein* eine eigene Sparkasse ein. Auf seiner Generalversammlung von 1907, welche als aktuellen Mitgliederstand 69 aktive und 101 Ehrenmitglieder ausweisen konnte, wurde interessanterweise ausdrücklich beschlossen, *„...künftig Mitglieder einer »freien« Gewerkschaft aus unserem Verein auszuschließen“*. Die *Freien Gewerkschaften* von damals waren die sozialdemokratisch orientierten. 1904 erfolgte zudem noch die Gründung des *Katholischen Arbeitervereins Lindau*, über dessen ideologische Notwendigkeit 1913 Stadtpfarrer Aubele schrieb: *„Ein großer Prozentsatz der Bevölkerung ge-*



**Adam Stoiber**

*Beisitzer der Weinstube Stoiber in Lindau-Reutin. Ältester Pionier der Lindauer Arbeiterbewegung, Gründer der Sozialdemokratischen Partei Lindau, verschiedener Gewerkschafts-Organisationen und Arbeiter-Sportvereine*

*hört ja dem Arbeiterstande an, und zudem versuchten ja auch schon andere Bestrebungen in die Arbeiterkreise einzudringen.“*

1902 wurde der Ortsverein des *Verbandes der Maurer und verwandten Berufe Deutschlands* gegründet. Ebenso kam es zur Gründung eines Lindauer Zweigvereins des *Gewerkvereins der Deutschen Frauen* (Hirsch-Dunckersch). Dieser bezweckte *„...den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsvereinigung, namentlich durch Verbesserung der Arbeits- und Berufverhältnisse.“*

Zum Ende des Jahres 1907 konnte der Zentralverband der *Freien Gewerkschaften* feststellen, daß sich in Lindau 338 Gewerkschaftsmitglieder in zusammen elf Einzelgewerkschaften innerhalb des Orts-Gewerkschaftskartells zusammengeschlossen hatten.

Die Gründung des *Lindauer Ortsgewerkschaftsvereins* war am 13. Juli 1901 im *Seehof* erfolgt:

*„Zweck des Vereins ist, unter Ausschluß politischer Angelegenheiten, für Ausbreitung und Kräftigung der gewerkschaftlichen Organisation zu wirken. Er hat durch rege Agitation dafür zu sorgen, daß möglichst alle Arbeiter der verschiedenen Branchen sich einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen.*

*Dieser Zweck soll erreicht werden:*

*1. durch mündliche und schriftliche Agitation,*

*2. durch Regelung der freiwilligen Sammlungen bei Ausständen, jedoch nur bei Mitgliedern,*

*3. durch Regelung des Herbergswesens,*

*4. durch Aufnahme von Statistiken.*

*Ferner soll der Gewerkschaftsverein die Errichtung eines Gewerbegerichts und die Gründung einer allgemeinen Gewerkschafts-Bibliothek für Lindau anstreben.“*

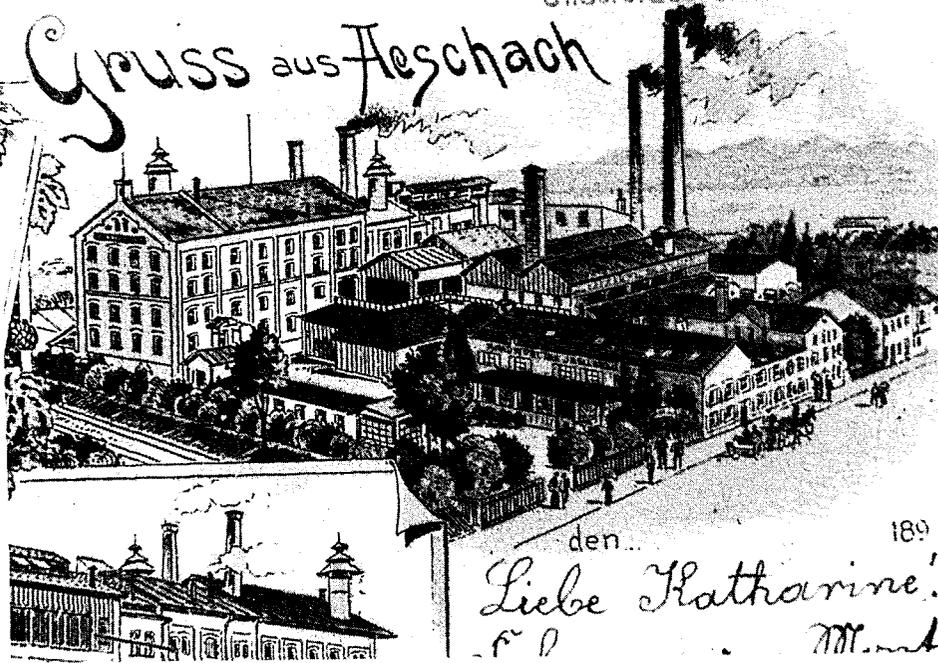
Der Streik der Braugehilfen des Schlechterbräus am 21. 4. 1902 zeigte die Notwendigkeit solcher Organisationen auf. Es ging den Streikenden um die Umwandlung des bisherigen Wochen- in einen Monatslohn, die Anhebung eines solchen um 95 Mark monatlich, um die Möglichkeit, auch außerhalb des Brauereigeländes essen und schlafen zu dürfen und um die Einhaltung der Sonntagspause. Schlechter reagierte darauf mit der sofortigen Entlassung der Streikenden und der Einstellung anderer Arbeiter. Damit war das Thema des 1. Mai 1902 für die Lindauer Arbeiterschaft klar, auch wenn das örtliche Bürgerblatt hierüber nicht berichtete.

Der Klassencharakter der bürgerlich-kapitalistischen Industriegesellschaft hatte sich inzwischen auch in Lindau voll durchgesetzt. Schon 1899 hatte das *Lindauer Tagblatt* am 3. Mai zu den im Reichstag stockenden Beratungen über ein Anti-Streikgesetz geschrieben:

*„...Es handelt sich hier um die Ausrottung gewaltthätiger Ausschreitungen gegenüber solchen, die im Interesse ihrer Familie lieber arbeiten und ihr Brod verdienen, als da feiern wollen. Die Freiheit der Person hat ein jeder, muß er haben und soll er behalten, die Freiheit, nichts zu arbeiten, wenn ihm die Arbeitsbedingungen nicht gefallen,...“* Dies war deutlich. Dies war und ist bürgerliches Gleichheitsdenken, das, unter Zudeckung der tatsächlichen Lebenssituationen, es sowohl einer Arbeiterin, wie ihrem Chef gleich *frei* stellt, nicht zu arbeiten. Hierzu passen auch folgende lindauer Ereignisse jener Zeit:

Am 26. Oktober 1902 fand im Saale der Schlechter'schen Brauerei auf der Insel eine von 120 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung des Gewerkschaftsvereins statt. Thema waren die unerträglich gewordenen Lebensmittelvertierungen. Der die Veranstaltung überwachende Polizeioffiziant verwies die anwesenden Frauen des Saales.

Gruß aus Äschach



Die »Inselbrauerei Lindau« auf einer Äschacher Postkarte um das Jahr 1900

Am 8. Januar des darauffolgenden Jahres veranstaltete der konservative Lindauer Gewerk-Verein zum selben Thema ebenso eine öffentliche Versammlung. Dem Sozialdemokraten Kunze wurde dort während der Diskussion vom aufsichtsführenden Polizisten das Wort entzogen. Andererseits ordnete Bürgermeister Schützinger am 8. Oktober 1904 beispielsweise an, daß eine polizeiliche Überwachung der für diesen Tag angesetzten Gründungsversammlung eines lindauer Ortsverbandes des Gewerk-Vereins für die Bäcker nicht nötig sei, da es sich nicht um eine sozialdemokratische Veranstaltung handle.

Das Bürgertum entwickelte auch in der bayrischen Bodenseestadt gegenüber der wachsenden Stärke der klassenbewußten Teile der Arbeiterinnen und Arbeiter eine ihm eigene Gefühlsmischung aus Angst und Bewunderung.

Wenige Tage nach dem 1. Mai von 1904 schrieb die örtliche Tageszeitung am 7. Mai über die zuvor stattgefundene Hauptversammlung des Gewerbevereins Lindau mit seinen 112 Mitgliedern und seinem Vorsitzenden, dem Herrn königlichen Realschul-Rektor Hoock: "...Verglichen mit der Zahl aller hiesigen Gewerbetreibenden zeigt sich immer wieder, daß die Gewerbetreibenden es vielfach an dem Willen fehlen lassen, ihre eigensten Interessen zu vertreten, während in der Jetzt-

den...  
Liebe Katharine,  
1899

Zeit fast alle anderen Berufsarten - und nicht am wenigsten die Arbeiterschaft - ein Beispiel dafür geben, wie Vereinigungen durch die Wucht ihrer Mitgliederzahlen ihren Forderungen Nachdruck verleihen...".

#### Mit einer Flotte in den Krieg!

Dabei hatten die modernsten Teile der deutschen Bourgeoisie schon längst damit begonnen, aufbauend auf der Kolonialpolitik des Reichskanzlers Bismarck, auch in anderen Teilen der Welt eigene Macht zu entwickeln. Diese imperialistische Konkurrenz mit Kapitalistengruppen anderer Industrieländer, erforderte natürlich eine starke Armee und eine national-überhebliche und militaristische Gesinnung in möglichst großen Teilen des Volkes im eigenen Land.

Ausgerechnet am 1. Mai des Jahres 1900 versuchte dafür die Lindauer Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes mit einem Vortragsabend im städtischen Theatersaale zu werben. Das örtliche evangelisch-nationalliberale Blatt berichtete darüber schon am nächsten Tage in aller Ausführlichkeit:

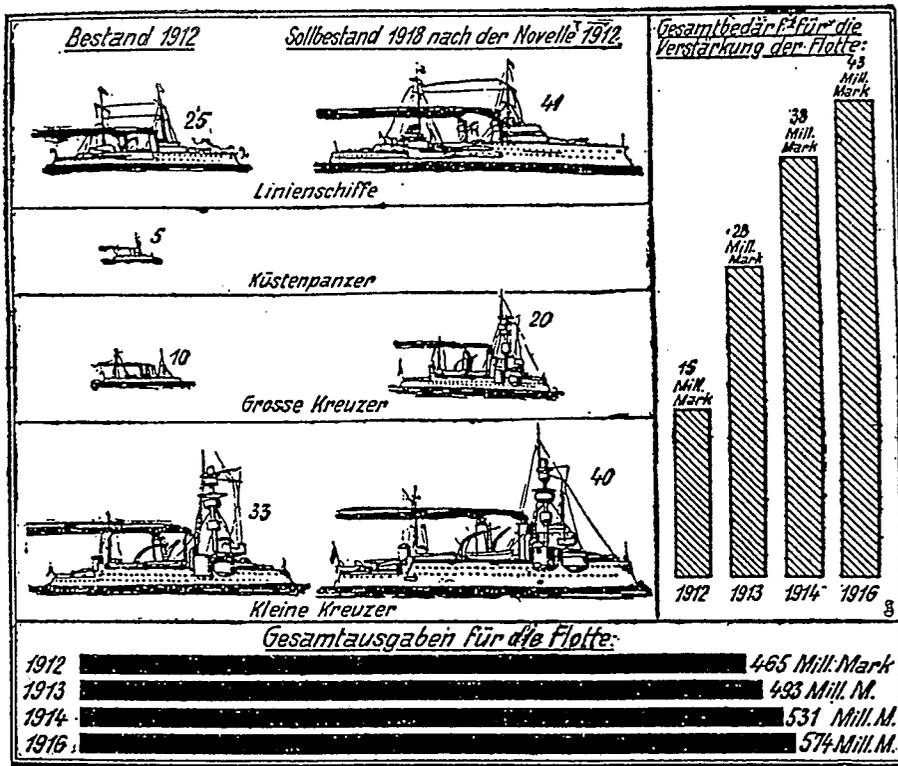
"Der Vorsitzende, königlicher Reallehrer Dr. Kittler, wies einleitend darauf hin, wie Deutschland im Jahre 1871 eine europäische Großmacht wurde und nun ernstlich seine Blicke auf die Hochstraße des Weltmeeres richte. In letzterer Beziehung habe sich der Alldeutsche Verband stets bemüht, das richtige Verständniß zu wecken. Eine hochehrwürdige Tatsache

sei es, wie unserer erhabener Regent auch in der Flottenfrage zu Kaiser und Reich stehe. Die Aufforderung des Redners, unserem geliebten Prinzregenten, begeistert von dessen deutscher Gesinnung, den ersten Trinkspruch zu weihen, fand freudigen und brausenden Beifall.

Hierauf nahm Herr E. Kretschmar, deutscher Marine-Offizier und chinesischer Torpedo-Direktor a.D., das Wort zu seinem Flottenvortrag: ...die jüngsten Kriege zwischen Japan und China, sowie zwischen Spanien und Amerika belehren uns darüber, was sogar ein numerisch kleiner Gegner vermag, wenn er im Besitze einer starken Flotte ist. Bisher hat man in Deutschland für die Zwecke der Flotte nur das allernothwendigste verlangt, weil man niemals dem Grundsatz huldigte: Macht geht vor Recht. Sollte es aber wieder einmal gelten, für unsere Zukunft, für Heimath, Weib und Kind kämpfen zu müssen, so werden die Deutschen wieder wie im Jahre 1870 Mann für Mann zusammenstehen. Niemand kann uns mehr bestreiten, daß uns alle Vorbedingungen, ein großes Kulturvolk zu sein, gegeben sind... Die Konkurrenz, die wir England im Export bereiten, erweckt dessen Neid. Wie man jedoch jenseits des Kanals über Recht und Unrecht denkt, darüber sind wir in der Samoa-Frage belehrt worden. Wir müssen also, um solche Faustschläge in's Gesicht nicht mehr erleben zu müssen, zur See stark werden. Mit der Flotte von 1898 konnten wir sozusagen nicht leben und nicht sterben. Wir müssen so gestellt werden, daß wir erforderlichen Falles angreifen können... Möge uns der Friede so lange wenigstens erhalten bleiben, bis wir in den Besitz einer starken Flotte gelangt sind... Deutschlands Flotte wird uns im Verein mit dem Landheer den Frieden erhalten. Unsere Devise muß darum lauten: Alles für das gemeinsame Wohl, für Gott, König und Vaterland! Dann werden wir in alle Zukunft nur den alten Schlachtengott fürchten und sonst niemand. Also: »Mit Volldampf voraus in's neue Jahrhundert hinein!« Reicher Beifall lohnte den höchst lehrreichen, von Vaterlandsliebe durchwehten Vortrag des geschätzten Redners...

Herr Dr. Kittler schlug unter dem Beifall der Versammlung die Absendung folgenden Telegrammes an den Staatssekretär v. Tirpitz vor:

»Eine Versammlung von 300 Teilnehmern aus Lindau und dessen Umgebung



Die Vorschläge der Marineverwaltung suchen zwei schweren Mängeln in der Organisation der Flotte abzuwehren. Der eine Mangel besteht darin, daß im Herbst jedes Jahres auf allen Schiffen der Schlachtflotte die Reservisten, d. h. fast ein Drittel der Besatzung entlassen und im wesentlichen durch Rekruten der Landbevölkerung ersetzt wird. Dadurch wird die Kriegsbereitschaft der Schlachtflotte für längere Zeit erheblich herabgesetzt. Der zweite Mangel besteht darin, daß zurzeit bei einer Etatsstärke von 68 großen Schiffen zunächst nur 21 große Schiffe zur Verfügung stehen, wenn die Reserveflotte nicht rechtzeitig bereitgestellt werden kann. Die Reserveflotte hat ihre große Bedeutung bei unserem starken Wehrzustande heute erst als zweite Kampflinie. Beide Mängel sollen durch allmähliche Bildung eines dritten aktiven Geschwaders beseitigt oder doch erheblich eingeschränkt werden. Die für dieses dritte aktive Geschwader er-

forderlichen Schiffe sollen gewonnen werden: a) durch Verzicht auf das Reserveflottenlagerschiff, b) durch Verzicht auf die zurzeit vorhandene Materialreserve, c) durch allmählichen Neubau von drei Linienschiffen und zwei kleinen Kreuzern. Der Novelle ist der Schiffsbauplan für die nächsten sechs Jahre beigefügt. Danach sollen von den erforderlichen Neubauten je ein Linienschiff in den Jahren 1918 und 1916 in Angriff genommen werden. Somit verfügen wir im Jahre 1918 über einen Sollbestand von 41 Linienschiffen, 20 großen und 40 kleinen Kreuzern. Hieraus erklärt sich auch die Steigerung der Ausgaben für die Verstärkung der Flotte von 15 Millionen im Jahre 1912 bis auf 28, 38 und 43 Millionen in den Jahren 1913 bis 1916. Diese Steigerung bedingt auch Vermehrung der Gesamtausgaben für die Flotte, die von 465 Millionen im Jahre 1912 bis auf 574 Millionen im Jahre 1916 steigt.

### Lindauer Tagblatt vom 29. März 1912

erklären nach einem Vortrag von E. Kretschmar ihre Zustimmung zur Verstärkung der Flotte im Umfange der Regierungsvorlage und wünschen Ew. Exzellenz zur vollen Durchführung derselben besten Erfolg...“

Spätestens damit war auch in Lindau klar ausgesprochen, was die maßgeblichen Teile des deutschen Adels, des Bürgertums, der Herren Unternehmer und der Militärs für strategische Pläne für das 20. Jahrhundert pfleg(t)en: Deutschtümelei, Großmachtspolitik, profitable internationale Geschäfte, Fremdenfeindlichkeit, Obrigkeitshörigkeit und die bewußte Kriegsvorbereitung unter dem Deckmantel von biersauren Friedensbekundungen. Und ein großer Teil von Lindaus Klein- und Spießbürgern und -bürgerinnen ju-

belte deutsch-national besoffen mit. Ein Schuft, wer dabei an manche der deutsch-deutschen Ereignisse der Jahre 1899/90 denken muß?

Proletarischer Internationalismus oder nationalistische Konkurrenz?

Lindaus Arbeiterbewegung zu Beginn dieses Jahrhunderts hatte es jedenfalls auch vor Ort mit einem Bürgertum zu tun, welches zu einem fanatisierten Deutschtum nicht nur in der finanziellen Lage, sondern zu einem großen Teil emotional dazu auch bereit war. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als schmerzlich, daß Lindaus Ortsgewerkschaftsverein sich im November 1903 mit einem Brief an den Magistrat der Stadt wandte, wel-

cher allem proletarischen Internationalismus des 1. Mai-Gedankens in das ungeschützte Gesicht schlug:

“...Schon während der Sommermonate war es den ansässigen Arbeitern schwer, bei den hiesigen Arbeitgebern, besonders im Baugewerbe, Arbeit zu erhalten, weil dieselben mit Vorliebe Ausländer beschäftigen, ...wesentlich nur deshalb, weil sie etwas billiger arbeiten,... Da wir nun hauptsächlich mit zur steuereinbringenden Bevölkerung zählen, so dürfte unser Wunsch nicht unbescheiden sein, wenn wir verlangen, daß hochlöblicher Magistrat darauf hinweisen wolle, daß wir im Arbeitsverhältniß mehr Berücksichtigung finden.

Hochachtungsvoll

I.A. Konrad Ammon.“

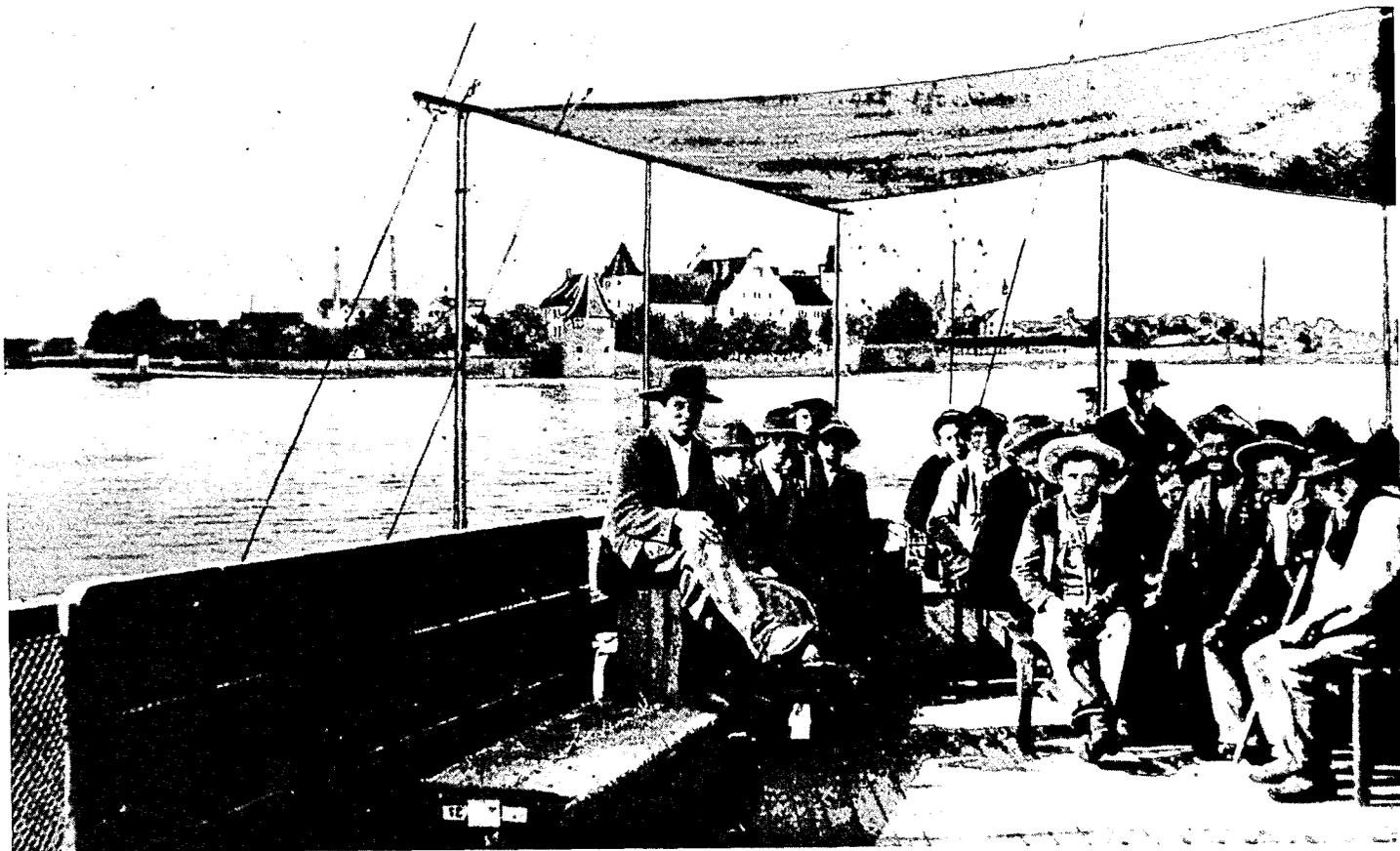
Damit hatte sich auch die Lindauer Gewerkschaftsführung selbst in Widerspruch zu ihren internationalistischen Reden, beispielsweise auf den Feiern zum 1. Mai, gesetzt. Ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter wanderten schon seit langen Jahren aus den verarmten Regionen der Alpenländer und Norditaliens auch in die Bodenseeregion, um sich mit eigener Hände Arbeit auch ernähren zu können. Beispielsweise wurde die Eisenbahnlinie von Lindau nach Radolfzell zu einem guten Teil von italienischen Arbeitern erstellt.

Zum 1. Mai des Jahres 1904 befand sich in der örtlichen Presse zwar auch noch keine Notiz, dafür aber direkt in der Ausgabe am 1. Mai ein durch ein gezeichnetes Bild hervorgehobener Bericht zum wenige Tage vorher von Ungarns Eisenbahnpersonal begonnenen landesweiten Streik. Auch die vorerst erfolgreichen staatlichen Streikbrecher wurden benannt: “So ist das Eisenbahnregiment in Korneuburg mobilisiert worden. Die Ingenieure der ungarischen Staatsbahn versahen den Lokomotivführer- und Heizerdienst...“ (siehe Dokument).

### 1905: Erstmals 1. Mai-Bericht

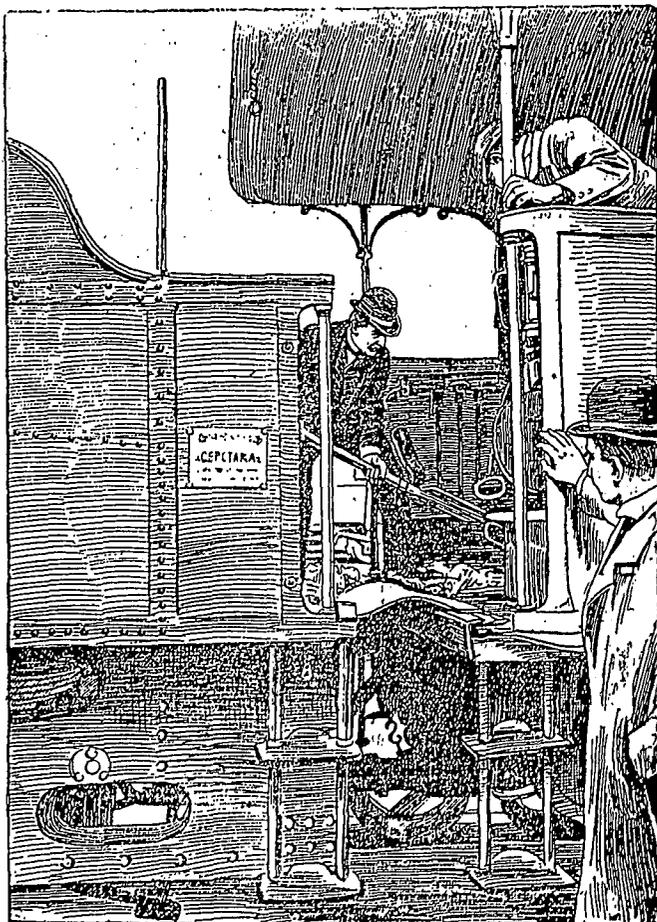
Zwar fand sich im bürgerlichen Lokalblatt keine Werbung für eine 1. Mai-Feier der werktätigen Lindauer/innen, doch wurde 1905 dieser Arbeitertradition erstmals auch journalistisch vor Ort ein kleiner Raum gewidmet. Das Lindauer Tagblatt vom 2. Mai berichtete:

“Lindau, 1. Mai 1905. Im Mai. Es ist erreicht. Wir befinden uns nun glücklich im



„Gruß vom Bodensee – Auswandernde Italiener“ stand auf dieser Postkarte aus der Zeit um 1900

Lindauer Tagblatt vom 1. Mai 1904



Von Streit der Eisenbahner in Ungarn: Ingenieur als Feiher.

Plötzlich, unerwartet ist bekanntlich in letzter Woche in Ungarn ein Streit ausgebrochen, dessen Folgen zuerst nicht abzusehen waren. Alle Bahnangestellten der ungarischen Staatsbahnen hatten die Arbeit niedergelegt. Von Wien nach Budapest war der Verkehr nur noch mit Dampfboot möglich. Natürlich suchte der ungarische Staat wenigstens die notwendigsten Verbindungen wieder herzustellen, um nicht ganz von der Welt abgeschlossen zu sein. So ist das Eisenbahnregiment in Kornenburg mo-

bilitiert worden. Die Ingenieure der ungarischen Staatsbahn versehen den Lokomotivführer- und Feiherdienst. Auf unserem heutigen Bilde ist ein Ingenieur in vollster Tätigkeit. Glücklicherweise waren diese Maßnahmen nur ein kurzer Notbehelf, denn der Ausstand der ungarischen Eisenbahner ist vor der von der Regierung entwickelten Energie bekanntlich wider Erwarten schnell zusammengebrochen.

Wonnemonat Mai. Warme Frühlingsluft umweht uns, die Sonne lacht vom Himmel herab...

Die hiesigen Sozialdemokraten begingen gestern im "Gärtchen auf der Mauer" ihre Maifeier. Der Arbeitergesangsverein trug mehrere volkstümliche Lieder vor, während einzelne "Genossen" durch Deklamationen von Gedichten zur Verschönerung der Feier beitrugen, ebenso wie auch eine Theateraufführung. Schließlich wurde getanzt. So harmlos feiern die Bourgeois auch ihre Feste. Vormittags sprach ein Rechtsanwalt aus Rorschach über die Bedeutung der Maifeier..".

Versteckt zwischen anderen Meldungen zum Wonnemonat Mai war dem Lesepublikum ein kleiner Ausschnitt von Arbeiter/innen-Kultur in Lindau vorgestellt worden.

1906 spitzte sich Lindaus politisch-moralisches Lokalklima auf den kommenden 1. Mai hin zu.

Am hellen Tag wurde im Abort der Warte-halle der Dampfschiffstation die jüng-

ste Tochter des stadtbekanntes jüdischen Bekleidungshändlers Spiegel von einem unbekanntes "Lustmörder" umgebracht. Die bürgerliche Fassade von Wohlständigkeit war angekratzt worden. Gleichzeitig meldete das lokale Presseorgan am 27. April:

*"Streik in Sicht. Mit Rücksicht auf die Teuerung aller Lebensbedürfnisse haben die hiesigen Zimmerleute außer anderen mehr nebensächlichen Forderungen das Ansinnen an die Zimmermeister gestellt, ihnen 5 Pfg. Stundenlohn mehr und einen Minimallohn von 40 Pfg. pro Stunde für erwachsene Arbeiter zu gewähren. Sie verlangen Antwort bis heute Abend und wollen, falls sie abschlägig ausfällt, in den Ausstand treten. Wie wir hören, verkennen die hiesigen Zimmerleute nicht, daß die Lebensbedürfnisse höher sind und sie beabsichtigen auch, den Arbeitern entgegen zu kommen; aber die derzeitige Geschäftslage, die namentlich durch die auswärtige Konkurrenz ungünstig beeinflusst sei, verhindert sie, die Forderungen der Arbeiter in vollem Umfange zu bewilligen. Sie wollen etwa 3 Pfg. Stundenlohn mehr bewilligen, glauben aber nicht, die Forderung des Minimallohnes von 40 Pfg. bewilligen zu können."*

Zehn Tage zuvor hatten sich die Augsburger Schreinermeister mit der Bitte an den Lindauer Magistrat gewandt, daß dieser ihnen bei ihrer Aussperrung ihrer streikenden Schreinergehilfen in der Form hilft, daß solche in Lindau keine Arbeitserlaubnis erhalten. Es ist bisher nicht bekannt, wie der Lindauer Arbeitskampf ausging.

Am Tage nach der Pressenotiz, am 28. April, befindet sich jedenfalls die erste bezahlte Anzeige im lindauer Lokalblatt, in welcher die "Arbeiter von Lindau und Umgebung" auf Sonntag, den 29. April, nachmittags 3 Uhr zur Mai-Feier in die Gaststätte Jungfernburg auf Holdereggen eingeladen wurden. Neben Theater, Concert, Gesangsvorträgen und Tanz war auch ein Vortrag von SPD-Landtagsabgeordnetem Timm aus München zum Thema "Die Bedeutung des 1. Mai" angekündigt. Als Eintrittsgeld wollte das Comité dafür 20 Pfg.

Am 1. Mai 1906 selbst stand in der Zeitung ein Kurzbericht über die Maifeier. Er ist hier im Original dokumentiert: Vierzehn Tage später rief die Streikkommission der Zimmerleute auf, "Zimmerleute, Schreiner, Maschinisten - meidet

## Arbeiter von Lindau und Umgebung. Einladung.

Sonntag, den 29. April, nachm. 3 Uhr findet auf der „Jungfernburg“

# Mai-Feier

statt, verbunden mit

Vortrag des Landtagsabgeordneten Timm aus München über:  
„Die Bedeutung des 1. Mai“,

hierauf

**Concert, Theater, Gesangsvorträge und Tanz**  
Eintritt pro Person 20 Pfg.

Lindauer Tagblatt vom 28. April 1906

Das Comité

**Maifeier.** Die hiesigen Sozialdemokraten veranstalteten gestern auf der „Jungfernburg“ eine Maifeier. Herr Arbeiterssekretär Timm, der von dem Zentrum mit, in den Landtag entsandte sozialdemokratische Landtagsabgeordnete des Altkreis, sprach in mäßiger, sachlicher Weise über die Bedeutung des ersten Mai für die internationale sozialdemokratische Arbeiterchaft. Zwei der Tendenz der Maifeier entsprechende Theaterstücke sowie Gesangsvorträge der Sängervereinigung und abends ein Ländchen trugen zur Unterhaltung bei. — Im übrigen hat die Maifeier seit ihrer Einführung durch den Pariser Kongreß 1889 schon wesentlich an seiner ursprünglichen Bedeutung verloren. Sie hat, obwohl zum programmatischen Werkzeug der Sozialdemokratie gehörend, längst ihre magnetische Wirkung auf die Masse der Genossen verloren und die letzten Jahre haben bewiesen, in welcher rascher Weise trotz aller Sprüche des „Vorwärts“ und Bitaneln der Parteipäpste die Teilnahme an der Maifeier im allgemeinen abgenommen hat. Die gestrige Maifeier auf der „Jungfernburg“ war zu den gewaltigen Demonstrationen der sozialdemokratischen Parteien Holzjapfelkreutz bei München seinerzeit harmlos zu nennen. Das stolze Wort „Alle Räder stehen still . . .“ hat heute nur noch eine platonische Bedeutung.

Lindauer Tagblatt vom 1. Mai 1906

## Zimmerleute, Schreiner, Maschinisten

meidet den Platz St. Gallen, werde keiner zum  
Verräter!

Die Streikkommission der Zimmerleute.

Lindauer Tagblatt vom 15. Mai 1906

Sonntag den 3. Mai 1908

# Mai-Feier

im Gärtchen a. d. Mauer.

Reichhaltiges Programm.

Eintritt 20 Pfg.

Hierzu ladet freundlich ein

Das Festcomité.

Lindauer Tagblatt vom 3. Mai 1908

# Sozialdemokratisch. Verein Lindau-Reutin.

Die diesjährige

## Maifeier

findet am Sonntag den 5. Mai 1912 nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zum „Schwarzen Adler“ in Reutin statt.

Tagess-Ordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Referent: Landtagsabgeordneter Frik E n d r e s s, Würzburg.  
Anschließend hieran

## Familien-Unterhaltung mit Mai-Tanz.

Eintritt einschließlich Maizeichen 20 Pf.

Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen

Der Ausschuß.

Lindauer Tagblatt vom 5. Mai 1912

den Platz St. Gallen, werde keiner zum Verräter!“ Offensichtlich wurde dort gerade auch ein Kampf zwischen den sich widersprechenden Interessen von Unternehmern und Arbeitern ausgetragen.

1907 berichtete das örtliche nationalliberale Blatt ohne vorherige Werbeanzeige am 7. Mai:

“Die Maifeier, welche gestern nachmittag im Gärtchen auf der Mauer von den hiesigen Sozialdemokraten abgehalten wurde, war bei schönstem Wetter zahlreich besucht. Herr Heinz sprach über die Be-

deutung der Maifeier. Gesänge, humoristische Vorträge und turnerische Vorführungen folgten in reicher Abwechslung. Auch ein Theaterstück gelangte zur Auf-führung, so daß für die Unterhaltung aufs beste gesorgt war, nachdem selbstver-ständiglich auch der Tanz auf dem Pro-gramm nicht fehlte. Die Feier nahm einen würdigen Verlauf.“

Mit einer gut platzierten Werbe-Anzeige am 3. Mai 1908 und einer formal berich-tenden Kurznotiz zwei Tage später, war es in Lindaus evangelischem Bürgerblatt

dann erst einmal für drei Jahre wieder aus mit der lokalen 1.Mai-Information. Der Bericht von 1908 dokumentierte wie-der, daß damals die 1. Mai-Feiern Lin-daus noch echte kulturelle Höhepunkte der hiesigen Arbeiterschaft waren, daß selbstgeschaffene Kultur und Politik ver-bunden wurden und daß über das vorbe-reitende Festkomitee die Gewerkschaf-ten, die Arbeiterkulturvereine und die damals einzige Arbeiterpartei, die SPD, verbunden waren. Über die politischen Inhalte allerdings verhängte die Lokalre-daktion eine Zensur:

“Die Maifeier, die von den hiesigen So-zialdemokraten gestern im „Gärtchen auf der Mauer“ veranstaltet wurde, konnte sich trotz der herrlichen, zu Ausflügen einladenden Witterung eines sehr zahl-reichen Besuches erfreuen. Die Festrede über die Bedeutung der Maifeier hielt der Landtagsabgeordnete Eduard Schmidt. Das reichhaltige Programm wies neben prächtigen Liedervorträgen der Gesangs-sektion der freien Gewerkschaften, leben-den Bildern des Arbeiter-Turnvereins, auch ein sinnreiches Theaterstück auf. Die Pausen wurden durch Musikvorträge ausgefüllt. Die Feier, die mit Tänzen schloß, nahm einen schönen, gemütl-ichen Verlauf.“

1912 lud dann erstmals der Sozialdemo-kratische Verein Lindau-Reutin auf

Maifeier. Zum erstenmale fand am 1. Mai ein von den sozialdemokratischen Vereinen Lindau und Reutin veranstalteter Demonstrationzug in den Straßen Lindaus statt, welcher ein großer Teil der Lindauer Einwohnerschaft auf die Straßen lockte, und dank der sehr übersichtlichen Führung in schönster Ordnung verlief. Schon am Vormittag fanden sich die Genossen in ihrem Vereinslokal Gasthaus zur Vinde sehr zahlreich ein, um dem Akt der Fahnen-weihe beizuwohnen, bei welcher der „Radfahrer-Verein Freiheit“ Lindau die Patenstelle übernommen hatte. Diebel trug der Arbeiter-Gesang-Verein Lindau einige Blieder vor und Genosse O s t e r t a g übernahm die Weihe. Um halb 3 Uhr erfolgte die Aufstellung auf der nördl. Seerauffüllung. Die Spitze des Zuges bildeten die Roten Madler mit ihren Ehrendamen, hierauf dann das Musikkorps und dann die neue Fahne mit den Ausschüssen der beiden Vereine, dann das Gros, welches ca. 600 Personen umfaßte. Auch von Bindenberg, Fried-riehshafen, Bregenz (mit den 2 Radfahrstandarten) waren Genossen erschienen. Der Sturm, welcher zum Glück den Zug bis an sein Ziel (Gärtchen a. d. Mauer) verschonte, setzte gleich darauf so heftig

ein, daß sich Niemand im Garten aufhalten konnte und somit der Theatersaal viel zu klein wurde, so daß ein großer Teil das Lokal wieder verlassen mußte. In der Begrüßungsrede wurde ausgeführt, was der Verein seit seinem 10 jährigen Bestehen alles durchzumachen hatte und daß man mit Stolz auf die 10. Maifeier zurückblicken könne. Das Re-ferat wurde von Redakteur K r a t s c h - M ü n c h e n gehalten und fand bei großer Aufmerksamkeit großen Beifall. Auch die Resolution, welche vom Vorstand verlesen wurde, ist einstimmig angenommen worden. Nachdem die Kapelle einige Musikstücke spielte und der Arbeiter-Gesang-Verein 3 Blieder zum Besten gab, sowie der Arbeiter-Turn-Verein schöne Gruppen auführte, wurden 2 Theaterspiele und zwar von den Lindauern ein Einakter, welcher großartig ge-spielt wurde und von den Reutinern ein Zweiakter, welcher ebenfalls sehr gut ausgeführt wurde, gegeben, somit den Schluß des so großartig verlaufenen Festes bildeten, jedoch die Genossen bis in später Stunde noch verhielten. Allgemein wurde unter der Beobach-terung Lindaus die Disziplin und die Ruhe des Zuges bewundert, welche ein Beweis ist, daß auch unter den R o t e n Ordnung herrscht. (Mitg.)

Lindauer Tagblatt vom 6. Mai 1913

Sonntag, den 5. Mai zur Mai-Feier in das Reutiner Gasthaus *Schwarzer Adler* ein. Über Inhalte und Verlauf der Feier wurde nicht berichtet.

### Erste 1. Mai-Demonstration in Lindau

Zum 1. Mai 1913 verhielt sich die Lokalredaktion genau umgekehrt. Es wurde nur ein Bericht veröffentlicht. Der allerdings war für lindauer Verhältnisse recht ausführlich. Hattte doch erstmals in der Inselstadt, und von dieser zum „Gärtchen auf der Mauer“ am Äschacher Ufer des Kleinen Sees, anlässlich des proletarischen 1. Mai eine Demonstration stattgefunden, und die gleich mit rund 600 Beteiligten.

Mit einem Schreiben schon am 10. März (!) des Jahres hatte der Sozialdemokratische Verein Lindaus den „löblichen Magistrat der königlichen bayrischen Stadt Lindau im Bodensee“ um eine Erlaubnis dafür gebeten:

„Ich unterzeichnender bin beauftragt, an den löblichen Magistrat Lindau i.B. das Gesuch zu richten, um Erlaubnis, am 1. Mai einen Umzug mit Musik in der Stadt veranstalten zu dürfen.

Der Zug nimmt Aufstellung auf der nördlichen Seeauffüllung, und marschirt um 3 Uhr die Stobäusstraße entlang, Paradiesplatz, Karolinenstraße, Schmiedgasse, Fischergasse, Ludwigstraße, Bahnhofstraße, Maximilianstraße, Kramergasse und Schmiedgasse bis über die Landtorbrücke. Für Ruhe und Ordnung wird garantiert. Ich ersuche hiermit den löblichen Magistrat, Er wolle das Gesuch berücksichtigen, und zeichne

Hochachtungsvoll  
Hans Hollmein  
Salzgasse B 41.“

Bürgermeister Schützinger genehmigte, unter Benachrichtigung der Ortspolizei, die geplante Demonstration.

Bis zum vorgesehenen Termin tat sich allerdings noch einiges Interessantes für Lindaus Lohnabhängige.

Schon am 2. April wurde ein Unternehmerleserbrief veröffentlicht:

„Eingesandt. Von hiesigen beteiligten Handwerksmeistern wird uns mitgeteilt: Der gewerbliche Lohnkampf macht sich auch hier geltend. Bekanntlich ist im Malergewerbe, um den übertriebenen Forderungen der Gehilfen entgegenzutreten, die Aussperrung der den Gehilfenorganisa-

# Mai-Bock-Fest

im städt. Theatersaale.

Pfingst-Sonntag und Montag ab Nachm. 3 Uhr.  
**Pfingstmontag: Bock-Frühschoppen.**  
Eintritt an beiden Tagen frei.

Xaver Markthaler.  
Bei ausgesprochen günstiger Witterung  
findet das Fest im Schühengarten statt.



Lindauer Tagblatt vom 9. Mai 1913

## Deutscher Flottenverein,

Ortsgruppe Lindau-Land.

Sonntag den 3. Mai abends 8 Uhr  
im Hotel „Traube“ Enzisweiler

# Vortrag

des Hrn. Direktors Eichhorn-München:  
„Der Einfluß eines Seekrieges auf die Lebens-  
Verhältnisse in Bayern“.

Mit zahlreichen farbenprächtigen Vichtbildern.  
Eintritt frei, auch für Damen willkommen.  
Nichtmitglieder.

**Achtung!**

**Achtung!**

**Arbeiter und Arbeiterinnen.**

Sonntag den 3. Mai findet im  
Gärtchen auf der Mauer

# Mai-Feier

statt.

Festrede hält Pfarrer Pflüger, Zürich.  
Anschließend

**Konzert, Gesang & Theater.**

Eintritt 20 Pf. Anfang 3 Uhr.  
Der Ausschuß der Soz. Partei Lindau-Reutin.

Lindauer Tagblatt vom 2. Mai 1914

tionen angehörigen Arbeiter verfügt, welcher Weisung mit Ausnahme von zwei Meistern sämtliche übrigen Malermeister von Lindau und näherer Umgebung gefolgt sind. Das Streikpostenstehen kann man, um arbeitswillige Nichtorganisierte von Lindau fern zu halten, nun seit längerer Zeit beobachten. In manchen Fällen ist es auch schon zu Drohungen und Beleidigungen gegen Arbeitswillige gekommen. Die Einwohnerschaft wird daher wiederholt ersucht, die Meister in ihrem gerechten Lohnkampf dadurch zu unterstützen, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt mit ihren Aufträgen zurückhält und jedenfalls nicht auf schleunige Ausführung derselben drängt.“

Noch am 23. April meldete die Zeitung, daß die Aussperrung anhalte.

Vier Tage zuvor war aber noch folgende Meldung hinzugekommen:

“Tarifverhandlungen. Mittwoch den 16. ds. Mts. fanden in Lindau die Tarifverhandlungen im Baugewerbe für die Bezirke Lindau, Immenstadt und Sonthofen statt. Die Verhandlungen sind gescheitert, da die Arbeitgeber den Forderungen der Arbeitnehmer nach Lage der obwaltenden Verhältnisse nicht entsprechen konnten.“

Diese „obwaltenden Verhältnisse“ des deutschen Kapitalismus befanden sich damals gerade wieder einmal in einer der bekannten Überproduktionsflauten. Außerdem waren die führenden Teile des deutschen Bürgertums ja mit „Wichtigem“, der Kriegsvorbereitung und -werbung, beschäftigt.

#### Wieder die Autoplage

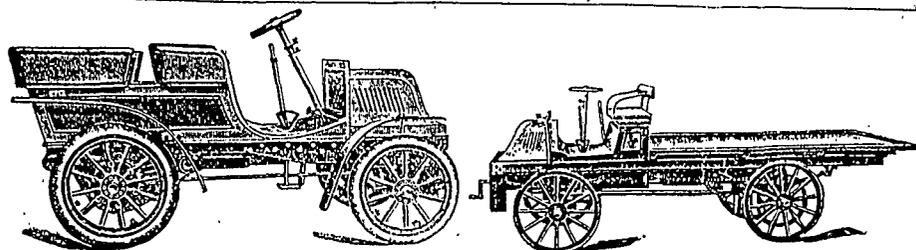
Zusätzlich meldeten sich am 27. April 1913 mit Hilfe eines Leserbriefes erstmals ganz neue Konfliktlinien an, die damals nur vordergründig harmlos klangen:

*Eingesandt. Mit Beginn des Frühjahres mehrt sich bei dem steigenden Fremdenverkehr auch wieder die Autoplage, die darin besteht, daß die auf den Chausseen dahinrasenden Automobile den Straßentaub in dicken Wolken aufwirbeln, so daß den Fußgängern die Benutzung der Gemeinde-, Districts- und Staatsstraßen, zu deren Unterhaltung doch gerade sie am meisten beizusteuern haben, beeinträchtigt wird. Oftmals, wenn gleich ein paar Automobile hintereinander mit den verächtlich auf die armen Staubschlucker herabblickenden Insassen so dahersausen, kann man kaum noch atmen vor all*

*dem Staub. Doch alle Klagen helfen nichts; sagt man etwas, so heißt es gleich, man geht nicht mit der Zeit, man schädige mit seinen Lamentationen den Fremdenverkehr etc... Ein Landbewohner.“*

„Die Zeit“, beziehungsweise ihre finanzstarken Gestalter, hörten nicht auf diese oder ähnliche frühen Klagen über den motorgetriebenen Individualverkehr, welcher zudem damals noch ein reines Vergnügen der Oberklasse war. Zwar sind seither Lindaus stark ausgebauten Straßen nicht mehr so staubig wie 1913, doch erträglicher wurden sie dadurch nicht.

Die lindauer Genossinnen und Genossen, die in jenem Jahr mit neuerstandener roter SPD-Fahne interessanterweise ihre zehnte Mai-Feier mit einer Demonstration ehrten, hatten damals in den seltensten Fällen auch nur ein Fahrrad. Doch dokumentieren wir lieber den Bericht vom 6. Mai 1913 im Original, allerdings anmerkend, daß die dabei beschlossene Resolution, im Unterschied beispielsweise zu der weiter oben wiedergegebenen kriegstreiberischen Bürger-Resolution vom Jahre 1900, zwar erwähnt, aber ihr vermutlich unangenehmer Inhalt nicht berichtet wird.



## Fahrzeugfabrik Laiblach bei Bregenz

empfiehlt:

Motorzweiräder,  
Luxusmotormwagen,  
Lastwagen

von 8 bis 45 HP Leistungsfähigkeit, 2- und 4-cylindrig, in vorzüglichster und solidester Konstruktion.

Zugleich erlaubt sich der Gefertigte bekanntzugeben, daß derselbe neben seinen eigenen Fabrikaten noch den Vertrieb der berühmten „Stoewer-Wagen“, Stettin, übernommen hat, und erteilt derselbe Interessenten jederzeit in der bereitwilligsten Weise jede gewünschte Auskunft, ohne Kaufzwang.

Eigene Montierhalle, Garage, zuverlässige Monteure und Chauffeure stehen zu jeder Zeit zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

**C. Lauster, Fahrzeugfabrik Laiblach.**

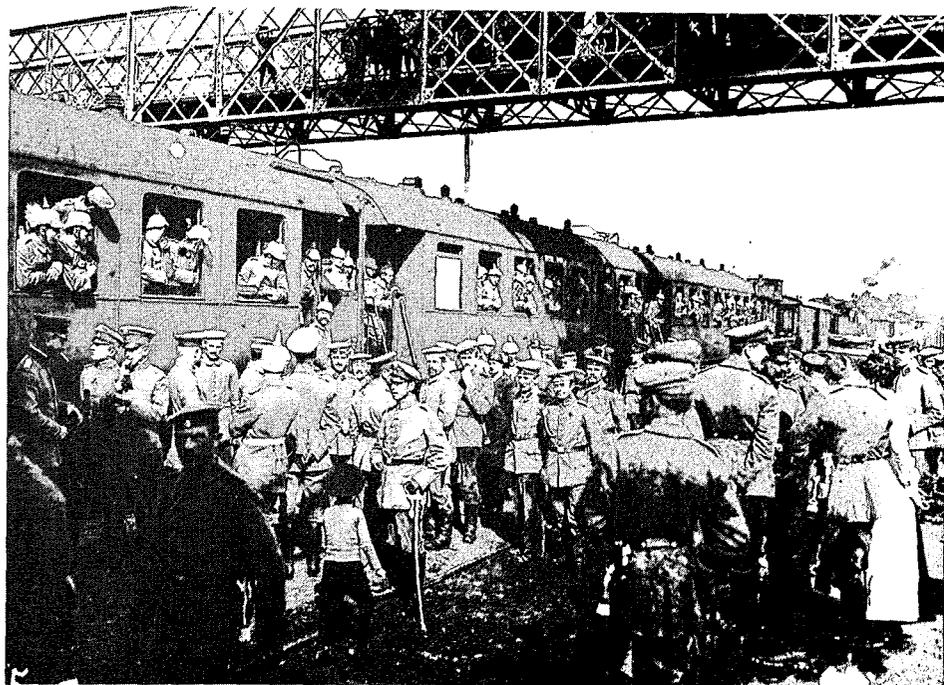
Lindauer Tagblatt vom 30. April 1905

### 3. Während des 1. Weltkrieges

Hatte das *Lindauer Tagblatt* in seinem Bericht zum 1. Mai des Jahres 1913 noch zufrieden registriert, daß bei dieser ersten Lindauer Mai-Demonstration "...die Disziplin und die Ruhe des Zuges bewundert..." worden sei, und dies "...ein Beweis ist, daß auch unter den ROTEN Ordnung herrscht", so brachte gerade die von dieser Zeitung mitvertretene bürgerlich-kapitalistische Ordnung Deutschlands jene bis dahin nicht gekannte Unordnung und Unruhe des 1. Weltkrieges hervor, welche die bürgerliche Ruhe und Sicherheit völlig auflösen sollte. Doch vorher noch konnte die arbeitende Klasse des Landes ihr internationalistisches Mai-Fest ein vorläufig letztes Mal in einem von Aufrüstung strotzenden Frieden feiern. Das Lokalblatt berichtete am 6. Mai 1914 darüber:

*"Maifeier. Am verflossenen Sonntag hielten die Lindauer und Reutiner Genossen ihre diesjährige Maifeier im Theatersaal "Gärtchen auf der Mauer" ab. Zahlreich waren die Genossen herbeigeeilt, um den Worten des Festredners, des Stadtpfarrers P. Pflüger aus Zürich zu lauschen. Leichtverständlich schilderte er die Bedeutung des 1. Maies. Eine Resolution, welche auch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Teile des Geschlechts über 20 Jahre verlangte, wurde mit Begeisterung angenommen. Ein Theaterstück und Gesang und Konzert verherrlichten den Nachmittag, und mit Stolz können die Lindauer und Reutiner Arbeiter auf die diesjährige Feier zurückblicken."*

Deutlich mehr Platz auf der gleichen Seite erhielt allerdings der Bericht über den Ausflug des Lindauer *Wehrkraftvereins*, welcher unter Leitung der beiden Herren Oberleutnant Kammerknecht und Eisenbahnsekretär Prandtner zur *Kugel* unternommen worden war. Schon Tags zuvor war einem langen Artikel über den Enzisweiler Vortrag der lindauer Ortsgruppe



des "Deutschen Flottenvereins" zum Thema "Der Einfluß eines Seekrieges auf Bayern" viel Platz zur Verfügung gestellt worden: "...Für den Kriegsfall sei, führte der Redner aus, nicht nur eine militärische, sondern auch eine ökonomische Vorsorge, durch Sicherung einer möglichst andauernden Lebensmittelversorgung nicht nur für das Heer, sondern auch für das Volk dringend vonnöten... Der Entgang der Arbeitskräfte durch Einberufung der Gestellungspflichtigen, deren Zahl sich für die erste Zeit eines Krieges für Bayern auf ca. 800 000 Mann stellen dürfte, wird ihren Einfluß in ungünstigster Weise auf unser Wirtschaftsleben rückwirken lassen..."

Damit waren einige Folgen dieses längst geplanten Völkermordens schon angedeutet: Zwangsarbeit für Kriegsgefangene in ersten Konzentrationslagern, Kriegs-Hilfsdienstpflicht für die nicht zu Soldaten gemachten Arbeiter, Frauen als „Ersatz-Arbeitskräfte“ für die an die Fronten geschickten Männer.

**Lindauer Truppen vor ihrer Verschickung an die Front.**

Es fehlte nur noch der Vorwand zum Loschlagen.

Dieser kam am 28. Juni 1914 mit dem Attentat serbischer Unabhängigkeitskämpfer auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und dessen Gemahlin. Am 1. August erfolgte die allgemeine Mobilmachung in Deutschland und Frankreich und die Kriegserklärung des Deutschen Kaisers Wilhelm II. an das zaristische Russland. Das Kriegsrecht wurde erklärt, und damit die Pressezensur, der Beginn der deutschnationalen Kriegslügen und das Verbot von Protestversammlungen. Noch am 30. Juli hatten in Paris, Berlin und zahlreichen anderen deutschen Städten auf Initiative der SPD hin Massenversammlungen gegen einen Krieg stattgefunden. Zu einem internationalen Generalstreik zur Verhinderung des Krieges aber konnten sich die sozial-

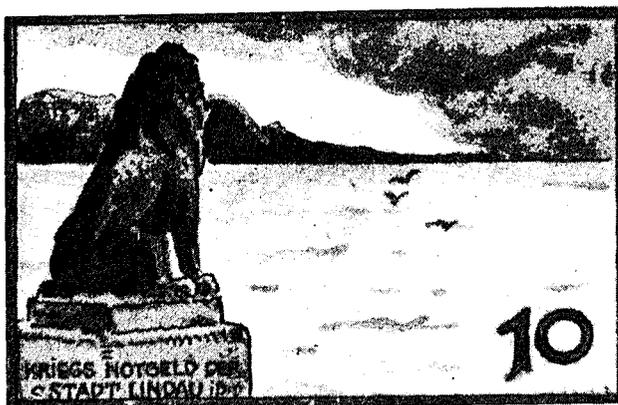
demokratischen Führungen in Europa nicht durchringen. Der Aufruf der II. Sozialistischen Internationale vom 31. Juli vermied genau diese Konsequenz. Am 4. August marschierte die deutsche Armee in das neutrale Belgien ein und bewilligte der Reichstag in Berlin mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten dem Kaiser und seinen Generälen die erwünschten Kriegsfinanzierungs- Kredite. Der bisherige sozialdemokratische Internationalismus war über Bord geworfen worden, für die Zeit des Völkermordens wurde von den Vorständen der freien Gewerkschaften und der SPD die „Burgfriedenspolitik“ proklamiert. Am 17. August beschloßen in direkter Folge davon die Vorstände der freien Gewerkschaften, auf Lohnkämpfe zu verzichten.

Innerhalb der SPD und den Gewerkschaften bildete sich aber noch im selben Jahr eine antimilitaristische Opposition um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Franz Mehring, Hugo Haase und andere. Aus ihr gingen 1915 die Gruppe Internationale, 1916 die Spartacus-Gruppe, 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervor.

In Lindau verschwand die Arbeiterbewegung erst einmal von der veröffentlichten politischen Bühne. Nicht nur die lindauer Sektion des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins mußte per Inserat am 1. August ihre für den nächsten Tag geplante Sektionstour absagen. Am 25. Oktober 1914 zierte die Titelseite des „Zweiten Blattes“ der Lokalzeitung ein Aufruf zur Gründung eines Ortsausschusses für militärische Jugenderziehung, damit „...die Jungmannschaften vom 16.-20. Lebensjahr während des Krieges nach militärischen Richtlinien erzogen und so für den Krieg vorbereitet werden.

Eltern und Lehrherren! Sorgt dafür, daß Eure Söhne und Pflegebefohlenen sich den Jugendabteilungen anschließen und ihre Übungen regelmäßig besuchen!

Laßt uns alle zusammenwirken in vaterländischer Arbeit und nicht müsig sein, während unsere Söhne für uns bluten! ...Mitten im tiefsten Frieden, freventlich überfallen von alten und neuen Feinden, steht unser geliebtes Vaterland heute im Kampfe mit einer Welt von Haß und Mißgunst...“.



Lindauer Kriegsnotgeld von 1917/18



## Stellen-Angebote

Einige Arbeiterinnen in Fabrik für Seereslieferung (Holzindustrie) nach auswärts gesucht. Zu erfragen bei Peter Saug (Marmelade-Fabrik).

Ein jüngeres, ordentliches Mädchen gesucht. Zu erfragen in der Exped.

Mädchen gesucht für kleinen Hausstand in Meschach. Näheres Expedition.

Lindauer Tagblatt vom 9. November 1917

Wichtig hierbei zu erwähnen sind die Unterzeichner:

„Für den Ortsausschuß: Schützinger, Bürgermeister. Für den Wehrkraftverein: Studienrat Hook. Für den Christlichen Verein Junger Männer: Pfarrer Dr. Wolfart. Für den Turnverein: Magistratssekretär Herrmann. Für den katholischen Gesellenverein: Kaplan Ulrich Felber. Für den katholischen Lehrlingsverein: M. Jung.“

Immerhin starben vom ganzen 20er-Regiment 3.229 Soldaten und wurden 6.611 verwundet. Lindau zählte 238 Tote, Äschach 49. Hoyren 27 und Reutin 119. „Natürlich“ gab es vorerst auch in Lindau keine Feiern mehr zum internationalen 1. Mai. Kurz vor Weihnachten des ersten Kriegsjahres meldete die Lindauer SPD mit einer Zeitungsanzeige vom 11. Dezember 1914 eine öffentliche Versammlung im Reutiner Colosseum mit dem Landtagsabgeordneten Albert Roßhaupter an. Thema war die Kriegsfürsorge für Frauen, Kinder und Eltern. Als Einberufer unterzeichnete ein Hans Nimmerfall.

Eine der seltenen Meldungen über lindauer Gewerkschaftsaktivitäten war jene vom 2. Mai 1915, wonach die freien und die christlichen Gewerkschaften Lindaus zusammen ein Protestschreiben gegen

die Bierpreiserhöhungen verfasst hatten. Die Kriegsfolgen traten auch in der Bodenseestadt nun immer deutlicher hervor. Schauen wir dazu nur kurz in einige Zeilen des *Lindauer Tagblattes* hinein:

**Lindauer Kriegsalltag**

“30.7. 1914: Lindau. Panik im Geschäftsleben. Zahlreiche Einwohner unserer Stadt sind anscheinend durch die Alarmmeldungen, die sich geradezu jagen, außer Fassung gebracht. Verkaufsläden, besonders von Kolonialwaren, werden von ihnen geradezu gestürmt...”

2.8. 1914: Die Fremden reisten massenhaft ab... Da den Redaktionen strengstes Schweigegebot über militärische Maßnahmen auferlegt ist, können wir auf Einzelheiten nicht eingehen... Wir möchten die Frauen aufmerksam machen, sie sollten möglichst viel Wintergemüse pflanzen und sich Schweine zur Mast anlegen...

1.9. 1914: Ein Deserteur vom Regiment in Weingarten wurde in hiesiger Gegend aufgegriffen und nach Friedrichshafen weitertransportiert. Ihn erwartet die Todesstrafe...

30.9. 1914: Laßt die Schulmädchen überall Socken stricken!

6.10. 1914: Eine größere Anzahl Verwundeter, meist Angehörige des 20. Inf. Rgt., sind in den letzten Tagen hier eingetroffen und auf die verschiedenen Lazarette verteilt worden...

15.1. 1915: Was das Erwerbsleben in der Stadt anbelangt, so hat allerdings der Krieg, namentlich auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs, großen Schaden verursacht...

27.7. 1915: Mangelnde Siegesfreude. Während früher an Siegestagen Lindau im Schmucke zahlreicher Flaggen prangend, auch äußerlich seine Freude an den Siegen unserer Braven zum Ausdruck brachte, vermißt man in letzter Zeit sehr diese äußere Anteilnahme...

24.10. 1915: Die Abstellung von Kriegsgefangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten...

9.11. 1915: Schulfrei hat heute unsere Jugend anlässlich der Eroberung von Nisch... Ein Transport Russen kam gestern abend 4.45 Uhr hier an und wurde auf Schloß Moos gebracht...

21.5. 1916: Der Verband der dt. Buchdrucker feiert heute das Fest seines 50-jährigen Bestehens... Auch die hiesigen

# Lindauer Tagblatt



für Stadt und Land

Kunstblatt für den Stadtmagistrat Bldau und das kgl. Amtsgericht Bldau  
Mit der Gratisbeilage „Spezi“

Nr. 63

Samstag, den 17. März 1917

65. Jahrgang.

## Der Zar hat abgedankt!

**Kämlicher Abendbericht.**  
Mittw. 16. März, abends. [Kämlich.]  
Zum Wollen und Ofen ist nichts besonderes zu melden.  
Saag. 15. März. Die 11 das Gericht eingelassen, daß der „Bramplins“ in der Nacht verurteilt wurde.  
**Die österreich-ungar. Tagesberichte.**  
Wien, 16. März. Kämlich wird verurteilt...

daß die Bevölkerung und das Oze ihm in seiner schmerzigen Aufgabe helfen, eine neue Regierung zu schaffen, die den Wünschen des Volkes entsprechen kann und sein Bestreben genügt. Die Vollstreckungsmaßnahme stütze sich auf die in Kasubur befindliche Bevölkerung der Garnison und auf die Garnison von Petersburg, die, mehr als 80.000 Mann stark, sich vollständig mit den russischen Vereinigte. Sie derbotste alle Minister und stürzte sie ins Gefängnis. Die Duma erklärte das Regime als nicht bestehend. Druht, am 8. Tage des Aufstandes, ist die ganze Bevölkerung, in der die

Interessen zu lassen. Es scheint sich zu befähigen, daß die Stelle, die Dmitri Petrowitsch Böhrenschin, die gleichen sind, die dem englischen Reichshofen, Wachen, dem eigentlichen Ozean in Kasubur, nachstehen. Von ihnen haben sie lediglich zu erwarten, daß sie im Falle Englands nachmals alles in Kasubur aufstellen und zusammenstellen zu einem neuen gewaltigen Anprall gegen andere Offiziere. Andererseits ist die Revolution immerhin indirekt und möglich, denn die Ozeanisten, die sie stützt, müssen Kasubur Kraft schwächen und so stütze nicht von der Hand zu weisen sein, daß eine

Buchdrucker werden den Gedenktag in dem Ernst der Zeit angepaßter würdiger Weise begehen...

14. 9. 1916: Der wegen Bettels wiederholt vorbestrafte Fabrikarbeiter Paul Hübel aus Ebersbach, Sachsen, wird auf 6 Monate ins Arbeitshaus Rebdorf eingewiesen...

7. 10. 1916: Heute Vortrag im Saale des Vereinshauses „Zur Herberge“ zum Thema: „Durchhalten und Umdenken, die Höchstgebote unserer Zeit“...

16.11. 1916: Auf die im Rathauseingang und an den Plakatsäulen angeschlagene Bekanntmachung, betreffs Einschränkung des Fahrradverkehrs wird aufmerksam gemacht...

22.12. 1916: Kohlennot. Bei der sich jetzt mit Eintritt der größeren Kälte sehr fühlbar machenden Kohlennot werden namentlich die Minderbemittelten darauf aufmerksam gemacht, daß im Städt. Gaswerk unsortierter Koks billig abgegeben wird...

11.3. 1917: Auf das von dem Ortsverband Lindau der Deutschen Gewerksvereine gestellte Gesuch um Einrichtung einer städtischen Volksküche in Lindau, beschließt der Magistrat, bei anderen Städten, in welchen bereits Volksküchen bestehen, nähere Erkundigungen über die Einrichtung und den Betrieb derselben einzuziehen...

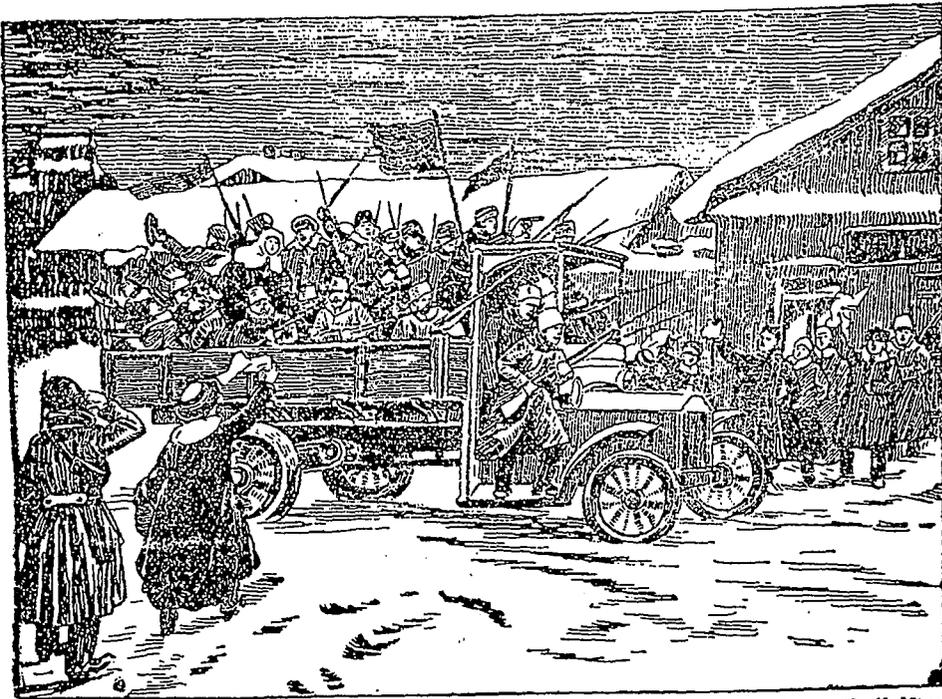
9.5. 1917: Von den 300 jungen Türken, die, wie gemeldet, als Handwerkerlehrlinge in die Lehre deutscher Handwerksmeister gegeben wurden, sind zwei auch in unseren Bezirk gekommen, einer zu Schmiedmeister Vogler und einer zu Glasrmeister Meier in Schwätzen...“

Lindauer Tagblatt vom 17. März 1917

Petrograd und Lindau 1917

Wie zu Beginn der proletarischen Tradition von 1. Mai-Feiern und Demonstrationen um 1889/90, kam auch inmitten des Schlachtenlärms von 1917 aus dem Ausland das revolutionäre Signal für eine Wende des Zeitgeschehens. Mit bis dahin unbekannter Klarheit berichtete das *Lindauer Tagblatt* gelegentlich über die bürgerliche und die sozialistische Revolution im Russland des Jahres 1917: “14.3.1917: Russische Lebensmittel-Unruhen... Die Schwierigkeiten der regelmäßigen Versorgung der Hauptstadt hatten zur Folge, daß die Bevölkerung aus Furcht, daß auch die Brotvorräte zur Neige gingen, anfang, das Brot mit Gewalt fortzunehmen. Besonders die Frauen der unteren Stände riefen in einigen Stadtteilen Unruhen hervor...

17.3. 1917: Der Zar hat abgedankt! Ein Ausschuß aus 12 Mitgliedern der Duma (russisches Parlament, K.S.) erklärte sich als vorläufige Regierung und erließ folgenden Aufruf: „...In Anbetracht der schwierigen Lage sieht sich der Vollzugausschuß der Duma gezwungen, die öffentliche Ordnung in seine Hände zu nehmen... und eine neue Regierung zu schaffen, die den Wünschen des Volkes entgegenkommt und sein Vertrauen genießt. Der Vollzugausschuß stützt sich auf die in Aufruhr befindliche Bevölkerung der Hauptstadt und auf die Garnison von Petersburg, die, mehr als 30.000 Mann stark, sich vollständig mit den



**Rotbeflaggter Motorlastwagen mit revolutionären Soldaten auf einer Polizistenjagd.**  
Nach englischer Darstellung.

**Seb. Vregenz, 2. Mai. Die Innsbrucker Blätter (Mittags- und Abendausgabe) konnten, infolge der sozialdemokratischen Maifeier, am 1. Mai nicht erscheinen. Die wichtigsten Nachrichten wurden abends durch Sonderblätter bekanntgegeben.**

Lindauer Tagblatt vom 3. Mai 1917

Aufständischen vereinigte. Sie verhaftete alle Minister und steckte sie ins Gefängnis... 22.3. 1917: Sowohl in englischen, wie in neutralen Blättern wird bestätigt, daß sich in der russischen Revolutionsbewegung zwei Strömungen gegenüberstehen, von denen sichtlich die, die sich auf die Arbeiter stützt die stärkere ist, wenigstens in Petersburg. Nach dem „Sozialdemokrat“ bestehen zwei Revolutionsausschüsse, das Exekutivkomitee der Duma, ...und auf der anderen Seite eine Delegiertenversammlung der Petersburger Arbeiter... Die Macht hat letztere, denn sie hat die Arbeiter und die Truppen hinter sich... Das Arbeiterkomitee wollte schon nicht, daß mit dem Zaren verhandelt würde... Der weitere Konflikt entstand, weil die Duma-Mehrheit eine energische Kriegspolitik fortzusetzen wünschte und daher so bald als möglich im Inneren Ordnung zu schaffen wünscht... Ein Aufruf der Petersburger Arbeiterschaft fordert neben anderen sozialistischen Forderungen: Abschaffung der

Kaiserwürde, Volksabstimmung über die Fortsetzung des Krieges...“

Am 3. Mai zierte gar eine Zeichnung zu den revolutionären Ereignissen in Rußland das lindauer Lokalblatt, unterschrieben mit dem Satz: „Rotbeflaggter Motorlastwagen mit revolutionären Soldaten auf einer Polizistenjagd. Nach englischer Darstellung.“

Und auch über den vorläufigen Ausgang der Ereignisse wurde die Leserschaft am Bodensee, beispielsweise am 11. November 1917 informiert: „Umsturz in Petersburg... Die Maximalisten, d.h. diejenigen Anhänger des Arbeiter- und Soldatenrates, die sofortigen Frieden fordern, haben in Petersburg Kerenski die Macht entwunden und sie in einer kühnen Erhebung an sich selbst gebracht. Der Konflikt zwischen der Regierung Kerenskis und dem Sowjet, der seit kurzer Zeit unter der maximalistischen Führung Trotzki steht, ist ziemlich plötzlich, aber nicht unangekündigt, angebrochen... Sofortiger Friede, das ist das Programm der Maximalisten,

bei denen neben Trotzki, des aus Amerika zurückgekehrten russischen Sozialisten, auch Lenin wieder aufgetaucht ist...“.

In Lindau, ja in ganz Deutschland war die Situation noch nicht so weit. Doch gab es schon etliche Anzeichen, die in eine solche revolutionäre Richtung zeigten.

In den Polizeiakten des Lindauer Stadtarchivs ist u.a. auch das Original eines auf den April 1917 datierten Flugblattes mit folgendem aufmüpfigen Text erhalten:

„Es braust ein Ruf wie Donnerhall in Lindau gibts kein Käs beim Grall kein Schmalz, keine Butter und kein Fett das fressen uns die Schachener weg; für uns arme Leut in Stadt und Land sorgt fürsorglich der Komunalverband, er füttert uns wie's liebe Vieh mit Dorschen und Kohlrabenbrüh.“

„Grall“ war damals ein bekannter Käse- und Milchladen auf der Insel und in Schachen lebten, noch extremer als heutzutage, fast nur ausgesprochen reiche Bürger.

Im gleichen Jahr setzten die 262 Arbeiter des eben gerade errichteten und unter der Leitung von Claude Dornier stehenden Lindauer Zeppelin-Flugzeugwerkes in Reutin und im Zech trotz Streikverbotes eine wöchentliche Lohnerhöhung von 22 Mark durch. Dadurch wuchs nebenbei innerhalb des Jahres 1917 die Mitgliederzahl der Lindauer Gruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von 5 auf 216 an. Trotzdem erbrachte diese lindauer Filiale des Friedrichshafener Zeppelin-Konzerns mit der Kriegsgeräteproduktion in diesem Jahr noch einen Reingewinn von über 14 000 Mark.

Für 1918 verweist die Streikstatistik der Metallgewerkschaft für Lindau darauf, daß es in drei Lindauer Betrieben zu Lohnauseinandersetzungen kam, an der vier Gewerkschafter beteiligt waren und Lohnerhöhungen von wöchentliche 3 bis 27 Mark erreicht wurden.

Am 28. Oktober des Jahres 1918 kam es während des Abtransportes neuer Truppen an die Westfront gar zu einer Soldaten- Meuterei. Rufe wie „Nieder mit dem Kaiser. Hoch die Revolution. Hoch Wilson“ erschreckten die örtlichen Militärs und Staatsvertreter enorm. Sie wußten, daß die Meutereien und Widerstandshandlungen gegen die Fortsetzung des militärisch eh schon verlorenen Krieges in anderen Teilen Deutschlands zu dieser Zeit schon viel weiter gediehen waren.

# 4. Novemberrevolution 1918 und 1. Mai 1919

Samstag, der 8. November 1918 war der Lindauer Revolutionstag zur Beendigung von Krieg, Königs- und Kaiserherrschaft. Die ganze letzte Seite des *Lindauer Tagblattes* war mit einem Revolutionsaufruf gefüllt:

„...Eine neue Zeit ist angebrochen und unser Bayerland ist nach Absetzung der Dynastie zur freien Republik erklärt worden. Heute hat sich auch hier ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der im Einvernehmen und in steter Fühlungnahme mit der neuen Volksregierung in München die ausübende Vertretung des Volkswillens bildet. Die Militär- und Zivilgewalt ist in unseren Händen...“.

Speziell die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zeppelinischen Flugzeugwerke, zusammen mit jenen der Milchfabrik und der Eisenbahnbetriebswerkstätte waren die führenden Kräfte jener Tage. Zusammen mit einer Abordnung der örtlichen SPD demonstrierten die Reutiner Arbeiter/innen mit roten Fahnen auf die Insel. In den Kasernen und vor dem Rathaus wurden Kundgebungen abgehalten. Die in Lindau stationierten Soldaten schlossen sich dem Aufstand an.

Im Anschluß an die Demonstration konstituierte sich der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt und der Festlandsgemeinden. Den kleinen Sitzungssaal im Rathaus bestimmte er vorerst zu seinem Büro. Später verlegte der Soldatenrat sein Büro in das Stabsgebäude der Luitpoldkaserne, der Arbeiterrat das seinige in das Messungsamt. Vor den öffentlichen Gebäuden, wie Post, Bahnhof, Offizierskasino usw. wurden bewaffnete Posten aufgestellt, die Straßen von Räte-Patrouillen kontrolliert.

Der ursprünglich stark proletarische Arbeiter- und Soldatenrat wurde bis 14. November von acht auf 14 Mitglieder erweitert. Dabei kamen dann auch stärker Vertreter bürgerlicher Schichten hinzu. Frauen waren nie Mitglied. Vorsitzender

St. 281

Lindauer Tagblatt (Kauflot)

Samstag, den 9. November



## Volksgenossen!

**Soldaten, Arbeiter, Landwirte und Bürger von Stadt und Land!**

Eine neue Zeit ist angebrochen und unser Bayerland ist nach Absetzung der Dynastie zur freien Republik erklärt worden! Heute hat sich auch hier ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der im Einvernehmen und in steter Fühlungnahme mit der neuen Volksregierung in München die ausübende Vertretung des Volkswillens bildet. Die Militär- und Zivilgewalt ist in unseren Händen. In allen bisherigen Ämtern: Bezirksamt, Magistrat, Gericht und Gemeindef Verwaltungen werden Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates Hand in Hand mit bewährten Beamten die Geschäfte weiterführen. Wir erwarten von dem gesunden Geiste unseres Volkes, der sich in vier unsäglich schweren Kriegsjahren so tapfer bewährt hat, vollste Unterstützung und dass die bisherige Ruhe und würdige Haltung gewahrt bleibt.

Gendarmerte und Schutzmannschaft sind angewiesen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

### Der Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldaten-Rates:

#### Der Soldatenrat:

Lüdke Zeiler Müller Miederer

Beurlaubte Mitglieder: Herr Oberleutnant Hermsen und Herr Oberleutnant Heldenheim.

#### Der Arbeiterrat:

Haas Fässler Haberbosch Liebert.

Der unterfertigte Bürgermeister der Stadt Lindau verpflichtet sich, den zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Stohes mit getroffenen Massnahmen des Arbeiter- und Soldatenrates Folge zu leisten.

Dr. Schützinger.

Für das Bezirksamt Lindau.

Graf Hirschberg.

Lindauer Tagblatt vom 9. November  
1918



### Revolutionsauftakt am 8. November 1918 mit Demonstrationskundgebung vor dem Rathaus

wurde Oskar Groll. Gegen Ende des Krieges hatte er seinen Weg zur lindauer SPD gefunden, zuvor war er für kriegsbegeisterte und kaisertroue Stammtischreden bekannt. Seit 1910 war er Leiter des Lindauer Vermessungsamtes auf der hinteren Insel.

Die täglichen Aktivitäten der lindauer Räte wurden recht bald durch die Verwaltung und Milderung der durch den Krieg hervorgerufenen Elendssituation bestimmt. Dabei wurden sie von zunehmenden Teilen der Bevölkerung langsam mit dieser Situation gleichgestellt, obwohl sie ja nicht deren Verursacher waren.

Auf Anordnung der Räte erfolgte beispielsweise die Beschlagnahme von für Innsbruck bestimmten Kohleladungen und deren Verteilung vor Ort. Den Schwerstarbeiten wurde ihre für November zustehende Lebensmittelzulage schon

am 13. 11. zugewiesen. Haushalte wurden nach gehorteten Lebensmittel- und Kohlevorräten durchsucht und das, insbesondere bei gehobenen Bürgerkreisen in Schachen und Äschach gefundene Material öffentlich verteilt. Unter Leitung seines 1. Vorsitzenden, dem Gefreiten Miller, beschloß der Soldatenrat, dem bisherigen Offiziers-Casino seine Vorrechte zu nehmen, indem er es zu einem Privathaushalt erklärte. Die militärische Standortschlächtereier wurde erst kontrolliert und dann zu Gunsten der örtlichen Metzgereien aufgelöst.

Die bisher mit adeligen Herrscher-Namen versehenen bayrischen Bodenseedampfer wurden nach neutralen Städtenamen umgetauft.

Auf Druck der Räte beschloß dann auch der Lindauer Magistrat für alle städtischen Betriebe die Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages. Anfang Dezember kam hinzu, daß in Bäckereien und Konditoreien die Nachtarbeit verboten wurde.

Eigene Sozialisierungsschritte wurden

auch in den größeren lindauer Betrieben nicht unternommen. Dazu wurde auf Signale von München oder Berlin gewartet. Die lindauer Rätepolitik jener Tage war durch ein Schwanken zwischen klassenbewußten und zauderhaften Positionen gekennzeichnet. Dies zeigt u.a. auch folgender Beschluß vom 13. November: *„Bezüglich der Überwachung des Reiseverkehrs nach der Schweiz soll vor allem die Verschleppung deutschen Vermögens und von Nahrungsmitteln ins Ausland und andererseits der Versuch etwaiger plündernder Banden zum Übertritt auf das deutsche Gebiet, sowie die extra beabsichtigte Einführung bolschewistischer Propaganda nach Deutschland mit allen Mitteln verhindert werden.“*

Am 19. November kam zum Lindauer Arbeiter- und Soldatenrat noch ein 37-köpfiger Bezirks-Bauern-Rat hinzu, dessen Vorsitzender ebenfalls Oskar Groll wurde.

Am 21. Dezember beschloß die sozialdemokratische Mehrheit der 1. Reichsräte-Konferenz in Berlin die Selbstent-

machtung der Räte, keine Einführung der Räte-Demokratie und des Sozialismus in Deutschland, dafür die Errichtung einer parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie.

Nach Ermordung der Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch konterrevolutionäre Offiziere in Berlin fanden am 19. Januar 1919 die Reichstagswahlen statt, bei denen, Dank der Revolution vom Vorjahr, auch erstmals die Frauen wählen durften.

In Lindau erhielt dabei die SPD mit 1 217 Stimmen den größten Anteil, vor der Deutschen Volkspartei mit 1 168 und der Bayrischen Volkspartei mit 784 Stimmen. Die USPD des damaligen bayrischen Revolutions-Ministerpräsidenten Kurt Eisner erreichte ganze 49 Stimmen. Die Kommunisten hatten reichsweit nicht kandidiert.

Nicht nur die bürgerliche lindauer Presse forderte nun immer lautstärker die Zurückdrängung der Räte-Errungenschaften und den Rücktritt Eisners. Dieser wurde am 22. Februar durch den Grafen Arco-Valley auf offener Straße ermordet. Die politische und die wirtschaftliche Situation spitzten sich zu.

Der lindauer Soldatenrat Wenz schrieb am 1. März dem Standortvorgesetzten von Bram, daß diejenigen Offiziere, welche nicht von den Mannschaften gewählt oder bestätigt worden waren, bei Weiterbezug ihrer bisherigen Dienstbezüge bis auf weiteres beurlaubt seien.

Mitte März wurden, um der Wohnungsnot zu begegnen, die Villa Toskana des Großherzogs Ferdinand IV. beschlagnahmt und bisher leerstehende Räume zu Mietwohnungen umgewandelt.

Anfang März 1919 wurde in Reutin eine Ortsgruppe der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei* (USPD) gegründet. Am 5. April traf von München ein SPD-Mann ein, welcher für die Errichtung einer bayrischen Räterepublik warb. Die Mehrheit der lindauer Räte allerdings, darunter auch Vorsitzender Groll "...lehnten eine sozialistische, schon gar eine kommunistische Räterepublik ab."

Zwei Tage später jedoch, am 7. April 1919, rief der Lindauer Arbeiter- und Soldatenrat, ohne den Bauernrat, in Anlehnung an die Entwicklung in München, die Räterepublik aus, da, so Groll, "...sonst die Unabhängigen die Sache in die Hand genommen hätten." In München floh die neue SPD-Regierung Hoff-



Lindauer Volksversammlung vom 19. April 1919 auf der Seeauffüllung

zur Frage: Räte- oder parlamentarische Demokratie?

## Unabh. soz. Parteiversammlung!

Mittwoch, den 30. April 1919 abends 1/8 Uhr  
im Kolosseum-Reutin.

Tagesordnung: Maifeier.

8167

Der Ausfluß.

Lindauer Tagblatt vom 29. April 1919

Blutiger 1. Mai 1919

mann nach Bamberg. Von dort aus organisierte sie zusammen mit der württembergischen SPD-Regierung Bloss die Vorbereitungen zum Militäreinsatz gegen die bayrische Räterepublik.

Am 19. April erschien aus Friedrichshafen Hauptmann Rommel mit 60 Soldaten, unterstützt von zwei bewaffneten Booten, vor den Toren Lindaus. Diese hatte der Arbeiter- und Soldatenrat, gewarnt durch zwei Friedrichshafener Arbeiter, allerdings verschlossen. Nach längeren Verhandlungen auf der Landtorbrücke fand um 11.00 Uhr auf der Seeauffüllung eine Einwohnerversammlung statt, welche sich nun mehrheitlich für einen Anschluß Lindaus an die parlamentarische Landesregierung Hoffmann in Bamberg aussprach. Das Ende der Lindauer Räte-Zeit hatte begonnen.

In München schossen die von der Regierung Hoffmann beauftragten konterrevolutionären Freikorps genau am 1. Mai 1919 den letzten Widerstand der Revolutionäre blutig nieder. Keine guten Bedingungen für den internationalen Arbeiterfeiertag 1. Mai.

Das *Lindauer Tagblatt* vom 2. Mai berichtete darüber mit folgenden Worten:

"Die Maifeier der Sozialdemokraten nahm ihren programmäßigen Verlauf. Bei ziemlich schwacher Beteiligung erfolgte der vormittägige Umzug durch Reutin, Äschach und Lindau, wo er auf der Seeauffüllung endete. Schleicher (SPD, K.S.) las hier eine "Ansprache" vor und Ruppfin (USPD, K.S.) trat für seine Ideen ein. Zum Schlusse wurde noch eine Resolution genehmigt, die die im Programm veröffentlichten Forderungen an die Entente stellt."

# 1. Mai Weltfeiertag. 1. Mai

**Volksgenossen: Arbeiter, Bürger, Bauern  
und Frauen beteiligt Euch an dem  
Weltfeiertag!**

## Festprogramm:

- $\frac{1}{2}$  7 Uhr Weckruf durch die Musikkapelle.  
 $\frac{1}{2}$  9 Uhr Sammlung der Teilnehmer auf der Köchlinwiese.  
9 Uhr Abmarsch durch Reutin, Aeschach, Lindau.  
Aufstellung auf der Seeanfällung. — **Ansprache.**  
Annahme einer Erklärung und Protestkundgebung  
gegen die Absichten der Entente:  
1. Sofortige Auslieferung unserer gefangenen Brüder  
aus dem Feindesland;  
2. Aufhebung der Blockade gegen Deutschland;  
3. Forderung von Sitz und Stimme im Völkerbund;  
4. Räumung des besetzten Gebietes;  
5. Internationaler Arbeiterschutz.  
 $\frac{1}{2}$  2 Uhr nachm. Abmarsch vom Schützengarten nach  
dem Exerzierplatz Zech; Begrüßung der Oester-  
reicher und Schweizer Volksgenossen.  
Ansprache, Gesang und Unterhaltung.  
 $\frac{1}{2}$  8 Uhr abends im Kolosseum in Reutin:  
„Der Zapfenstreich“ ausgeführt von der Gesellschaft  
Ochernal.  
 $\frac{1}{2}$  8 Uhr abends im Theatersaal in Lindau:  
Bunter Abend, ausgeführt von Mitgliedern des  
Stadttheaters. 3158

Der Arbeiter-Rat:  
Dipl. Ing. Groll.

Der Festausschuss:  
Ostertag.

Der weitere Verlauf des Tages brachte eine Begrüßungsfeier mit den Östreichern und Schweizern im Zech und abends fanden im Kolloseum Reutin und im Theatersaale Lindau Unterhaltungen statt, denen ein gutes Programm zu Grunde lag und den Mitwirkenden der Gesellschaft Ochernal und Mitgliedern des Stadttheaters alle Ehre machten.“

## 1. Mai gesetzlicher Feiertag?

Die Arbeiterparteien SPD und USPD hatten in der Nationalversammlung im April 1919 mit ihrem Antrag, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklären zu lassen, erst einmal für das Jahr 1919 Erfolg. Das Lindauer Tagblatt vom 3. Mai erklärte aber gleich auch die Einschränkungen hierzu: „...Damit wird bestätigt, daß der 1. Mai ein gesetzlicher Feiertag ist, wie etwa Neujahr oder Karfreitag und daß in denjenigen Betrieben, in welchen die Feiertage nicht bezahlt werden, auch der 1. Mai nicht bezahlt werden muß. Wer aber z.B. Monatslohn hat oder wer auch sonst für 7 Tage in der Woche bezahlt wird, muß auch den 1. Mai bezahlt erhalten.“

Lindauer Tagblatt vom 30. April 1919

# 1. Mai 1. Mai Volksgenossen

**Arbeiter, Bürger, Bauern u. Frauen beteiligt Euch an dem Weltfeiertag!**

## Festprogramm:

- $\frac{1}{2}$  7 Uhr Weckruf durch die Musikkapelle.  
 $\frac{1}{2}$  9 Uhr Sammlung der Teilnehmer auf der Köchlinwiese.  
9 Uhr Abmarsch durch Reutin, Aeschach, Lindau, Aufstellung  
auf der Seeanfällung. Ansprache, Annahme einer Erklärung  
und Protestkundgebung gegen die Absichten der Entente:  
1. sofortige Auslieferung unserer gefangenen Brüder im Feindesland,  
2. Aufhebung der Blockade gegen Deutschland,  
3. Forderung von Sitz und Stimme im Völkerbund,  
4. Räumung des besetzten Gebietes,  
5. Internationaler Arbeiterschutz.  
 $\frac{1}{2}$  2 Uhr nachmittags Abmarsch vom Schützengarten nach dem  
Exerzierplatz Zech.  
Begrüßung der Oesterreicher und Schweizer Volksgenossen.  
Ansprache, Gesang und Unterhaltung.  
 $\frac{1}{2}$  8 Uhr abends im „Kolosseum“ der Zapfenstreich, ausgeführt  
durch die Gesellschaft Ochernal,  $\frac{1}{2}$  8 Uhr abends im Theatersaal  
„Bunter Abend“, ausgeführt von Mitgliedern des  
Stadttheaters

Der Festausschuss:  
Ostertag.

Der Arbeiterrat:  
Dipl. Ingenieur Groll.

3570

Lindauer Volkszeitung vom 30. April 1919

# 5. Die Zeit der 1. deutschen „Weimarer“ Republik 1920-32

Die bürgerliche Reichstagsmehrheit von 1920 verlängerte den 1. Mai-Beschluß von 1919 nicht mehr.

Nun blieb es den einzelnen Ländern überlassen, ob und wie sie Regelungen zum 1. Mai erließen.

Die Zersplitterung und gegenseitige Bekämpfung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ermöglichte nicht die Kraft, die nötig gewesen wäre, in der ersten Deutschen Republik den 1. Mai zum bezahlten allgemeinen Feiertag zu erklären.

## 1920 - Demonstrationsverbot

Am 24. April 1920 erreichte Lindaus, auch von den SPD-Stadträten gewählten neuen Oberbürgermeister Ludwig Siebert ein Rundschreiben des bayrischen Innenministeriums:

*„Das Gesamtministerium hat für die Maifeier 1920 folgende Anordnung getroffen:*

*An dem Verbote der Versammlungen und Ansprachen unter freiem Himmel und von Umzügen und Demonstrationen ist grundsätzlich festzuhalten.  
gez. Dr. v. Kahr.“*

Wie verhielten sich Lindaus Organisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter hierzu? Neben die Gewerkschaften, die SPD und die USPD war im Dezember 1919 eine Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD-Spartacusbund) hinzugekommen.

Der interne Schriftverkehr von OB Siebert gibt darüber Aufschluß:

*„28.4. 1920. Es erscheint Herr Christian Haberbosch, Vorstand des Gewerkschaftsvereins Lindau und Umgebung und erklärt:*

*Namens der freien Gewerkschaften Lindau und Umgebung ersuche ich um Genehmigung eines Umzuges der Mitglieder derselben für den 1. Mai 1920. Der Umzug soll nachmittags 2 Uhr von Reutin*

---

**U. S. P. Lindau.**  
Samstag, 1. Mai 1920, 6<sup>45</sup> Uhr früh  
Treffpunkt aller Parteigenossen Seehafen-Lindau  
zur **Maifeier-Versammlung Bregenz.**  
Nachm.: **Doppelkonzert (Brauerei Steig).**  
Abends: **Unterhaltungsabend m. Tanz**  
im „Follesseum“, Reutin  
wozu Freunde und Gönner unserer Sache höfl. einladet  
2549. **Der Ausschuß.**

---

*über Äschach nach Lindau erfolgen, von dort ziehen wir wieder nach Äschach. Es soll Festrede und musikalische Veranstaltung stattfinden. Für Aufrechterhaltung der Ordnung übernehme ich mit den anderen Führern jede Garantie. Unterschrift Christian Haberbosch.“*

Dazu Siebert noch am selben Tag in einer Aktennotiz:

*„Ich habe in der Angelegenheit heute mit dem Staatskommissär für Demobilmachung mich telefonisch benommen. Bezirksamtmann Jäger teilte dabei mit, daß an die Stadtkommissäre Richtlinien über eventuelle Genehmigung von Umzügen ergangen seien. Er bitte, daß ich mich mit Regierungsrat Graf Hirschberg benehmen möchte. Nach telefonischem Gespräch rief Assessor Dr. Sepp in der gleichen Sache mich an. Wir einigten uns dann dahin, daß gegen Vornahme des Umzuges Erinnerungen nicht erhoben werden wollen. Das Bezirksamt wird sich in der Sache auch seinerseits mit dem Staatskommissär benehmen und mich alsdann in der Sache wieder verständigen.“*

*30. April 1920. Assessor Dr. Sepp vom Bezirksamt teilt mit, daß vom Staatskommissär auch genehmigt worden sei, daß die U.S.P. gemeinschaftlich mit Vorarlberger Genossen morgen von der österrei-*

Lindauer Tagblatt vom 30. April 1920

*chischen Grenze zur Brauerei Steig zieht, wo Unterhaltung geplant ist.*

*Nun wolle abends die Versammlung im Zug zum Schiff nach Lindau ziehen, da die Vorarlberger Genossen mit demselben zurückfahren. Es sei nun davon dem Staatskommissär nichts berichtet worden.*

*Ich erklärte, daß bei der Sachlage auch dieser Umzug zum Schiff nicht verhindert werden könne und daß es, nachdem der Hauptzug von der Grenze zur Steig genehmigt sei, wohl nicht möglich wäre, den Umzug zu verbieten. Wir einigten uns dann darauf, daß auch dieser Umzug stillschweigend geduldet wird.“*

Nun wurden dem Gewerkschaftsverein, der USPD und für Lindenberg der dortigen SPD die beantragten 1. Mai-Demonstrationen und -versammlungen von Stadtrat und Bezirksamt genehmigt. Das Lindauer Tagblatt, politisch inzwischen über die „Deutsche Demokratische Partei“ unterwegs zur republik- und demokratiefreundlichen „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP), veröffentlichte am Tag des 1. Mai neben einem kurz gehaltenen Veranstaltungshinweis eine längere

Denkschrift.

Eine „Feiertags“-Betrachtung.

Morgen soll nach dem Wunsche der Sozialisten Feiertag sein, Weltkriegstag sogar. Das eifrige Bestreben der deutschen Sozialdemokraten, aus dem 1. Mai einen Nationalfeiertag zu machen, ist vorerst noch Wunsch. Also sind wir nicht verpflichtet, morgen als gehorsame Staatsbürger programmäßig Feiertagsgefühle zu empfinden. Wenn die einzelnen Wünsche über alle Gesetz geworden wären, dann hätten wir bald mehr Nationalfeiertage als strahlende Sonne: 1. Mai, Todestag Eisners, Ausrufung der Räterepublik, Jahrestag der Revolution usw. Ueber die meisten dieser gefühlsbefehligen Wüthel ist die Zeit hinweggeschritten. Auch die Verherrlichung des 1. Mai entspricht einer rein gefühlsmäßigen Wallung, die sich mit einem jener Denkschriften verknüpft, an denen der im seiner übertriebenen Mehrzahl unpolitisch eingestellte Deutsche keinen Mangel hat. Als vor dem Kriege die Märfeler mit der Opferfreude, wie sie nur Zeeensfanatiker aufbringen können, durch die Sozialisten ertröht wurde hätte dies noch einen Sinn. Rindhöft sollte damit symbolisch die Solidarität der „Internationalen der schweißigen Faust“ zum Ausdruck gebracht und dann gezeit werden, daß in Deutschland die vermehrtlich enttäuschte Arbeiterklasse sich wenigstens diese einmalige Selbstherrlichkeit nicht nehmen lassen werde. Mit Vorliebe schrieben die sozialistischen Blätter bei dieser Gelegenheit über die Märfelerberichte das triumphierende Bittat: Alle Wärfeler stehen still. — Nun aber hat die Internationale — leider Gottes! — bei der Feuerprobe kläglich versagt, weshalb ihr auch keine feierlichen Symbole mehr gewidmet werden brauchen, und zum zweiten haben die in der Sozialdemokratie vereinigten Arbeiter seit dem Kriege einen beträchtlichen Anteil an der Leitung des Staates, daß der Feiertag als solcher keinen Sinn verlieren hat. Die Rechnung geht nun dahin, ihn zum Leinwandtag zu stampeln, und während früher am 1. Mai demonstriert werden sollte für das, was man ersehnte, soll jetzt demonstriert werden für das, was man errungen hat. Und da diese Ueberzeugung wie alle ähnlichen mit einem grandiosen Denkschrift zustande kommt, erblickt man das geeignete Mittel zu der „Demonstration“ in der Einstellung der Arbeit. Die logische Betrachtung der Dinge müßte aber die Arbeiterklasse zu der Erkenntnis führen, ihre einflussreiche Stellung im öffentlichen Leben dadurch zu zeigen, daß sie am 1. Mai — wenn dieser Tag schon aus gefühlsmäßigen Gründen eine besondere Rolle spielen soll — ein Wärfeler zu der Arbeit ablegt, nicht aber eine Verherrlichung des Nachmittags der Untätigkeit, des allgemeinen Ausstandes. Dieser Standpunkt wäre schon deshalb der in unserer Lage einzig richtige, weil wir keine Veranlassung haben, Rücksicht auf die anderen Wärfeler zu nehmen, die sich eher einen Feiertag gönnen dürfen, während wir mit jeder Feiertagsstunde uns selbst betätigen. Wenn ein Haus aufgebaut wird, steht man den Namenbaum nicht eher auf, bis der Zirkel gestimmt ist. Wir aber haben kaum den Schutt weggeräumt und ein paar Hiegelsteine am Bau unseres Vaterlandes aufammengetragen. Ist schon der Wärfelerabendtag, unförmlich für alle Vätigen als Rückfälle eingestrichelt, ein schwerer Regelfehler, so erst recht jedes Abbröckeln an dieser ohnehin unzulänglichen Arbeitsfrist. Wo bliebe Deutschland, wenn die geistige Arbeit, die trotz allem die stehende Stellung innehat, ebenfalls auf eine beträchtliche Nationierung und zeitweise Einstellung ihrer Wirksamkeit pochen würde? Ueber der folgenschwersten

Bezirksamt Lindau.

An

die Gemeindebehörde

in Reutin.

Betreff: Märfeler.

Der Staatskommissär für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg hat die Abhaltung folgender Märfelern am 1. Mai 1920 genehmigt:

- 1., des Gewerkschaftsvereins Lindau (verantwortlicher Leiter Expeditionsgehilfe Haberbock in Lindau) mit Ueuzug um 2 Uhr von der Köhlinwiese in Reutin durch die Stadt Lindau zur Wirtschaft "Gärtchen auf der Mauer" in Aeschach und Versammlung in dieser Wirtschaft.
- 2., der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Lindau (verantwortlicher Leiter Georg Eisenhut in Reutin) mit Ueuzug von der Landesgrenze in Unterhöchstes um 1 Uhr zur Wirtschaft auf der Steig in Reutin, Versammlung in dieser Wirtschaft und Zug zum Abendseiffel an den Lindauer Hafen.
- 3., des sozialdemokratischen Vereines Lindenberg (verantwortlicher Leiter Karl Assfalg in Lindenberg) mit Ueuzug um 2 Uhr in Lindenberg und Versammlung in Gasthaus zum Löwen.

Die Genehmigung ist an die Bedingung geknüpft, dass durch die Veranstaltung die Ruhe und Ordnung in keiner Weise beeinträchtigt, hierbei alle gesetzlichen Bestimmungen genauestens beachtet werden und etwaigen Anordnungen der Polizeibehörde genauestens Folge geleistet wird.

Abhandlung gegen diese Arbeitertradition und die Arbeiterbewegung im allgemeinen.

1921: Sozialdemokraten gegen Kommunisten

Für das Jahr 1921 wurde dem Lindauer Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Leitung des Kommunisten Georg Eisenhut am 21. April vom Bezirksamt Lindau eine Demonstration am 1. Mai vom Exerzierplatz Äschach über Reutin auf die Insel Lindau zwar unter der Bedingung genehmigt, "...daß durch die Veranstaltung die Ruhe

und Ordnung in keiner Weise beeinträchtigt, hierbei alle gesetzlichen Bestimmungen gewissenhaft beachtet werden und etwaigen Anordnungen der Polizeibehörde genauestens Folge geleistet wird." Allein, die Demonstration fand nicht statt. OB Siebert notierte am 23. April: "Wie der Vorsitzende Wilhelm Penn (SPD, K.S.) hiesigen Bauarbeiterverbandes mitteilt, würde der Plan eines Umzuges in Lindau, Äschach und Reutin seitens der in Frage kommenden Verbände fallengelassen und findet nachmittags 2 Uhr lediglich ein zwangloser Mai-Spaziergang nach Zech statt,..." Welcher Konflikt zwischen SPD, USPD,

\* Der 1. Mai. Der Gemeindefortschrittsverein Lindau und Umgebung fordert durch Plakate auf, den 1. Mai zu feiern. Mittags 2 Uhr ist Aufstellung auf der Köhlinwiese in Reutin, von da aus Demonstration mit Aufzügen im "Gärtchen auf der Mauer". Die U. S. B. laden durch Festtagsinszenare ihre Mitglieder ein sich um 1/7 Uhr am Seeufer in Lindau zu sammeln zur Märfeler in Bregenz. Nachmittags ist Doppelkonzert auf der "Steig" und Abendunterhaltung mit Tanz im Kolosseum.

\* An die Leser! Da wegen der Märfeler morgen in den Druckereien die Arbeit ruht, erscheint am Samstag keine Ausgabe unserer Zeitung.

\* Bahndienst: Bis Samstag, den 1. Mai verkehren mit Ausnahme der Sonntage wieder täglich Schnellzüge

Lindauer Tagblatt vom 1. Mai 1920



KPD und Einzelgewerkschaften dafür den Hintergrund bildete, blieb bisher unbekannt. Siebert notierte hierzu in seinem Wochenbericht an den Herrn Staatskommissär für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg in Augsburg folgendes: "Der 1. Mai ist hier vollständig ruhig verlaufen. Im Stadtbezirk hat weder ein Umzug, noch Versammlungen stattgefunden. Morgens führen gegen 100 Angehörige der sozialdemokratischen Parteien mit dem ersten Schiffe nach Bregenz, um dort an der Maifeier und dem Umzuge teilzunehmen. Lediglich abends fand im städt. Theatersaale in Lindau eine gesellige Unterhaltung mit Theateraufführung der sozialdemokratischen Parteien statt."

#### 1922 Rote Fahnen auf Lokomotiven

Am 22. April 1922 schlug das Lindauer Bezirksamt wegen des bevorstehenden 1. Maies Alarm und erhielt dazu von OB Siebert die erhoffte Unterstützung:

*"Im vorigen Jahre wurde die Wahrnehmung gemacht, daß zur Feier des 1. Mai die zwischen Brègenz und Lindau wie die übrigen in Vorarlberg verkehrenden Eisenbahnzüge, und zwar hauptsächlich die Lokomotiven, von den österreichischen Bahnangestellten, die offenbar alle oder überwiegend den sozialistischen Parteien angehören, mit Kränzen und roten Bändern geschmückt und mit Aufschriften wie „Dem Sieg der Arbeit“ und dergleichen versehen waren. Nun hat zwar jeder das Recht, seine politische Gesinnung, wie er will, kundzutun, soweit er dabei die Gesetze nicht verletzt; dieses Recht hört aber da auf, wo es sich um eine der Allgemeinheit dienende öffentliche Einrichtung handelt. Als solche ist wohl zweifellos auch die hier in Frage stehende Bahn anzusprechen, obwohl sie nicht vom Reich oder bayrischen Staat, sondern vom österreichischen Staat, jedoch auf bayrischem Gebiet betrieben wird.*

*Meines Erachtens verlangt die Staatsautorität, gegen einen derartigen Mißbrauch einer öffentlichen Einrichtung zu Zwecken einer Partei, sei sie, welche sie wolle, einzuschreiten.*

*Ich gestatte mir daher ergebenst, die Vorkehrung geeigneter Maßregeln gegen die wohl sicher auch heuer zu erwartende Wiederholung dieses Unfugs, soweit bayrisches Gebiet in Frage kommt, anzuregen. Das Bezirksamt ist im Vorjahr zu spät davon unterrichtet worden, um noch*

## Kommunistische Partei Deutschlands Ortsgruppe Lindau.

### Einladung

zu der morgen, Samstag, 28. April 1923, stattfindenden

# Oeffentl. Versammlung

im Kolosseumsaale in Reutin abends 8 Uhr

## Thema: Ruhrfrage und Faschismus

Referent: Gen. Schwlenbacher, München

Zur Deckung der Unkosten werden 100.— M Eintritt erhoben.

Die Ortsleitung.

1857

#### Lindauer Tagblatt vom 27. April 1923

*dagegen vorgehen zu können. Es dürfte es sich hierbei empfehlen, mit den österreichischen Behörden ins Benehmen zu treten. Daß dieselben in einem Vorgehen bayrischerseits etwa eine unfreundliche Handlung erblicken, ist keineswegs zu befürchten, da die österreichischen Behörden, soweit ich unterrichtet bin, selbst gerne den Unfug abstellen würden, aber hierzu offenbar nicht die Macht besitzen, und vor allem an dem unter sozialistisch parteipolitischen Gesichtspunkten einseitig zusammengesetzten Militär in Österreich keinen Rückhalt haben."*

Wachtmeister Aubele konnte dann am 2. Mai melden, daß, gemäß dem Schreiben des Lindauer Bezirksamtes an die in Reutin ansässige kommerzielle Vertretung der österreichischen Staatsbahnen, am 1. Mai 1922 diese politischen Willensbekundungen nicht mehr stattgefunden hatten. OB Siebert machte sich in seinem Bericht an die Regierung von Schwaben und Neuburg vom selben Tag dafür stark, das Demonstrationsrecht weiter einzuschränken:

*"Die Maifeier des hiesigen Gewerkschaftskartells und des Afa-Bundes (Angestellten-Verband des ADGB, K.S.) ist gestern vollständig ruhig verlaufen. Früh 6 Uhr fand Tagwacht unter Vortritt einer Musikkapelle statt, welche von Reutin bis zum Seehafen nach Lindau*

*zog. Die Beteiligung an diesem Zuge war sehr gering.*

*Mittags 1 Uhr erfolgte auf der Seeauffüllung lediglich die Aufstellung des Demonstrationzuges, eine öffentliche Versammlung, in der Ansprachen gehalten wurden, fand nicht statt. Die Beteiligung an dem Zuge, der ebenfalls vollkommen geordnet durch die Straßen von Lindau-Altstadt nach Reutin zog, wird auf etwa 350 Personen geschätzt. Bei der am Abend im Theatersaal sich anschließenden Maifeier wurden lediglich Unterhaltungen wie Musik und Theaterstücke geboten.*

*Wenn auch im Allgemeinen derartige Umzüge ohne Störung der öffentlichen Ruhe vor sich gehen und sich nicht öfters wiederholen, so wäre es doch wünschenswert, wenn für öffentliche Versammlungen oder Umzüge eine Genehmigungspflicht, mindestens aber eine Anmeldepflicht eingeführt wäre. An und für sich stehen z.Zt. die Bestimmungen des Artikels 123 der Reichsverfassung entgegen. Öffentliche Versammlungen oder Umzüge erst dann zu verbieten oder aufzulösen, wenn sich eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ergibt, ist meist viel schwieriger, als wenn von vornherein die Genehmigung versagt oder nur unter besonderen Bedingungen und Vorsichtsmaßregeln genehmigt wird. Es könnte übrigens auch dazu führen, daß deartige Umzüge aus beliebigen Anlässen veranstaltet werden und so den öf-*

# Fahnen heraus!

Es ist Pflicht aller Vaterländischen am 1. Mai als Protest gegen die Umzüge der deutschfeindlichen Halb- und Ganz-Bolschewisten die Stadt in ihren alten deutschen Landesfarben zu schmücken. 1905 D.V.B.

Lindauer Tagblatt vom 30. April 1923

*fentlichen. Verkehr behindern, ohne jedoch eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu geben.*

1923 Vaterländisch oder internationalistisch?

Die Geldinflation erreichte in diesem Jahr ihren gallopierten Höhepunkt. Das Ruhrgebiet wurde durch französische und belgische Truppen besetzt. Monopolkapitalist Stinnes heizte die Geldentwertung durch spekulative Devisengeschäfte weiter an. Im Jahr zuvor hatten die italienischen Faschisten die Macht an sich gerissen. Im November 1923 versuchte Hitlers faschistische NSDAP erfolglos mit Hilfe eines Putsches die Demokratie in Deutschland zu beseitigen. Die Situation drängte nach einer Lösung.

In Lindau meldete sich Kollege Kinkelin für den Betriebsrat der städtischen Arbeiterschaft bezüglich des 1. Mai schriftlich beim Stadtrat:

*„Die städt. Arbeiterschaft hat mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, den 1. Mai 1923 durch Arbeitsruhe zu feiern und ersuchen den Stadtrat um Dispensation für diesen Tag.“*

Das Lindauer Gewerkschaftskartell beschloß darüber hinaus, am 1. Mai in allen lindauer Betrieben die Arbeit ruhen zu lassen.

Die Ortsgruppe Lindau der KPD meldete per Zeitungsanzeige im Lindauer Tagblatt vom 27. April eine Veranstaltung zum Thema „Ruhrfrage und Faschismus“ am 28. April im Reutiner Koloseum an. Wegen der Inflation mußten 100 Mark Eintritt verlangt werden.

Drei Tage später meldete sich die lindauer Gruppe des Deutsch-vaterländischen Bundes mit einer hetzerischen Anzeige zum 1. Mai zu Wort: *„Fahnen heraus! Es ist Pflicht aller Vaterländischen am 1. Mai als Protest gegen die Umzüge der deutschfeindlichen Halb- und Ganz-Bolschewisten die Stadt in ihren alten deutschen Landesfarben zu schmücken. D.V.B.“*

Und die katholische Lindauer Volkszeitung widmete den größten Teil ihres Titelblattes am 1. Mai einem ebenso hetzerischen Leitartikel gegen den marxistischen Internationalismus am 1. Mai und in der Arbeiterbewegung, der von Demagogie nur so strotzte:

*„...Der Marxismus ist und bleibt ein Schädling am deutschen Volk; das hat sich im Weltkrieg gezeigt und wird heute jeden Tag offener. Hinter ihm aber steht der internationale Kapitalismus als leitender Faktor, heute genau so wie im Weltkrieg.“*

Es fehlte nur noch ein Hinweis auf angebliche jüdische Hintermänner, und die deutsch-völkische Volksverhetzung wäre auch außerhalb der NSDAP komplett gewesen.

Der machtarrogante Bericht im Lindauer Tagblatt vom 2. Mai über die Ereignisse lautete folgendermaßen:

*„Die Maifeier der Lindauer Sozialisten, die durch Arbeitsruhe „geweiht“ wurde, nahm dem aufgestellten Programm entsprechenden Verlauf. Von der nördlichen Seeauffüllung aus wurde mittags 2 Uhr ein Demonstrationszug unter Vorantritt einer Musikkapelle durch das Stadtgebiet unternommen. Die Beteiligung war, wenn man jene abrechnet, die „um des lieben Friedens willen“ mitgelaufen sind, keineswegs überwältigend. Besonders die Weiblichkeit, die in früheren Jahren noch einen starken Prozentsatz solcher Veranstaltungen ausmachte, zog es diesmal vor, am häuslichen Herd zu bleiben. Aufgefallen ist ferner, daß nicht einmal die sozialdemokratische Stadtratsfraktion vollzählig dabei war. An den Spaziergang schloß sich ein Konzert im Schützengarten. Um 8 Uhr war Festabend im Theatersaal. Die ganze Veranstaltung verlief vollständig ruhig und ohne Zwischenfall. Eine Gegendemonstration von irgend einer anderen Seite, wie sie vereinzelt erwartet wurde, erfolgte nicht.“*

1924 Vom 1. Mai in die Aussperrung

Ab diesem Jahr kam die „Weimarer Republik“ für fünf Jahre in eine wirtschaftlich ruhigere Phase als zuvor. Politisch konsolidierten sich die Arbeiterorganisationen, nachdem es den revolutionären und kämpferischen Kräften unter ihnen in den vier Jahren zuvor nicht gelungen war, die elende Lage der Arbeiterschaft,

## Gewerkschaftskartell Lindau

Donnerstag, den 1. Mai

### Alljährlicher internationaler Verbrüderungs- und Feiertag, der nach Freiheit strebenden Arbeiterschaft.

Tagesprogramm:

- Früh 6 Uhr Bedruf
- 1/8 Uhr Fahrt des Arbeitergesangsvereins nach Bregenz zur dortigen Maifeier
- 1/10 Uhr Gewerkschaftsversammlungen: für die Kollegen der Altstadt im „Schühengarten“, für die vom Land im „Röcklin“.
- 1/2 Uhr Zusammentreffen aller Gewerkschaftskollegen im „Kolosseum“, von da gemeinsamer Marsch in den „Schühengarten“. Bei günstiger Witterung Unterhaltungskonzert.
- 8 Uhr abends im „Kolosseum“ Maifeier mit reichhaltigem Programm.

Jeder Kollege, der im Besitz eines Maizeichens ist, hat freien Zutritt zu allen Veranstaltungen.

2236

Der Ausschuß.

Lindauer Tagblatt vom 29. April 1924



nen zu einer tagelangen antikommunistischen Presseorgie verwendet.

In den Jahren 1930 bis 1932 diente der deutschnationalen Redaktion des *Lindauer Tagblattes* die sich seit 1929 ausbreitende weltweite Wirtschaftskrise des Kapitalismus zusätzlich dazu, nun gegen jegliche Art von Arbeiter-Mai-Feiern zu schießen.

Genüßlich zitierte das schwarz-braune Blatt am 25. April 1931 eine Meldung aus ihrer sozialdemokratischen Konkurrentin vor Ort:

„Keine Arbeitsruhe am 1. Mai. Wie die „Schwäbische Volkszeitung“ meldet, hat das Kartell der freien Gewerkschaften beschlossen, in diesem Jahre im Hinblick auf die außerordentliche Wirtschaftsnot von der Ausgabe der Parole der Arbeitsruhe Abstand zu nehmen. Auch ohne einen solchen Beschluß würde sich wahrscheinlich die Mehrzahl der Arbeiter überlegt haben, einen formalen Feiertag einzulegen, wo andererseits durch die Wirtschaftskrise unfreiwillige Feierschichten sowieso das Einkommen schmälern.“

Allerdings war damals nicht nur die internationale Arbeitertradition des 1. Mai in Gefahr. Finanziell hochgehalten durch massive Geldspenden von deutschen Industriellen und Bankiers, ideologisch vorbereitet durch die deutschnationale Rückständigkeit breiter bürgerlicher Schichten des Landes und geschickt genug, mit Lügen, falschen Versprechungen und einem bis dahin unbekanntem Medienaufwand zur erfolgreichen Gewinnung von Wähler/innen-Stimmen, wurde Deutschlands faschistische „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) an die Übernahme der Staatsmacht herangeführt. Die Arbeiterbewegung stand dem, durch verheerende interne Befehdungen zerstritten und durch die Millionenarbeitslosigkeit materiell geschwächt, nicht mit ihrer größtmöglichen Stärke entgegen.

# Beilage zum „Lindauer Tagblatt“

Gr. 90

Montag, 2. Mai 1927

74. Jahrgang



Lindauer Tagblatt vom 2. Mai 1927

## Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausfluß Lindau i. B.

### Maifeier 1929

Beschluß der Gewerkschaften: **Arbeitsruhe in den Betrieben** Programm:

6 Uhr: Tagwacht (ab Volkshaus) // 9 Uhr: **Gesamtsappell** im Volkshaus „Potenteller“ für alle Gewerkschaften. Bekanntgabe des Programms // 14 Uhr: **Dampferrundfahrt** ab Seehafen Lindau (Beste Anmeldung beim Vormittagsappell) // 20 Uhr: **Festabend** im Theatersaal (Musik: Stadtkapelle, Gesang: Arbeitergesangverein, Festrede: Kollege Berger-Flugsburg, Filmvorführung)

Maizeichen zu 50 Pfennig pro Person berechnen zum Eintritt. Fahrpreis für Dampferrundfahrt 1.50 RM.

Die Arbeiterschaft Lindaus wird aufgefordert, sich zahlreich mit ihren Angehörigen an den Veranstaltungen zu beteiligen. **Der Ausfluß.**

ADGB-Flugzettel zum  
1. Mai 1929

..: Lindau, 2. Mai. (Die Maifeier der Sozialisten) machte sich in Lindau öffentlich nicht stark bemerkbar. Am Morgen des gestrigen Mittwoch erfolgte Weckruf mit Trommel und Pfeifen, nachmittags eine Rundfahrt mit dem Dampfer „Lindau“. Von einem Demonstrationzug wurde Abstand genommen. Böse Leute legen dies dahin aus, es mache die Weltverbrüderungsfeier einen schlechten Eindruck, wenn das Bild eines Umzuges die erwartete Wucht einer Massenbeteiligung vermissen lasse. Und schließlich hat man bei Gelegenheit andere Veranstaltungen nach dieser Hinsicht etwas voreilig abgetan. Wenn nun am Ende im eigenen Lager keine größere Liebe zu öffentlichen Kundgebungen bestünde . . . . So etwas könnte unter Umständen mißlich empfunden werden. Und — unter uns gesagt — mit den Prominenten ist es bei solchen öffentlichen Dingen auch mandymal so eine Sache . . . also hat man sich lieber fest und treu im geschlossenen Kreise eingefunden, eine zündende Festrede genossen und zum Schluß sich an der Erhabenheit des Potentkin-Filmes erbaut. Die Weltverbrüderung und der Weltfriede haben dadurch zweifellos auch von den Gestaden des Bodensees aus einen gewaltigen Auftrieb erhalten.

Lindauer Tagblatt vom  
2. Mai 1929

# Lindauer Tagblatt

Generalanzeiger für das bayer. Bodenseegebiet und Allgäu  
 Amtsblatt für die Stadt Lindau

Erkenntnisangelegenheiten der Justizverwaltung, des Amtsgerichts Lindau, sowie der Gemeinden Föding, Stammersdorf, Oberreitens, Waffersberg u. Weihenring

Das Lindauer Tagblatt erscheint wöchentlich, Donnerstags monatlich, Postgebühren 1.10 M frei im Inlande; abgeholt bei der Postanstalt Lindau 2.20 M; durch die Post monatlicher Postgebühren 1.10 M, Postgebühren und Anzeigenpreise gelten freilich. Verlags- und Expeditionsanstalt Lindau (Telefon) — Verantwortlich für Geschäftsverhältnisse und Anzeigen August Wehler in der Schriftleitung Ernst Prilinger, beide in Lindau (Hohenstr.)

Freitag

3. Mai

1929

Nr. 102 / 76. Jahrg.

Verlagen: „Die Wochenschrift „Wochenblatt“ (wöchentlich), „Wochenblatt“ (monatlich) (14-tägig), „Die deutsche Woche“ und „Die Jugendbewegung“ (monatlich)

Anzeigenpreise: für Lindau und Umgebung die 46 mm breite, sechszeilige Zeilenbreite 7 M, für Vertriebsgebiete 8 M, für besondere Anzeigen 11 M. Die 90 mm breite Vollzeilenbreite im Layout 10 M. — Tel. 17 Lindau; Postfach Lindau Nr. 1011. — Abbestellung und Bestellungen 10 Lindau — Geschäftsstelle Lindau, Hohenstr. 7 90 — Druck und Verlag: „Lindauer Tagblatt“ Dr. Karl Böhm, Lindau (Hohenstr.)

## Der Aufruhr in Berlin.

Einmal blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten bis in die Morgenstunden des Freitag  
 Weitere Opfer — Die Kommunisten greifen mit Streik und Rache — Kundgebungen im Reich

### Die Vorgänge am Mittwoch.

Streikführer auf der Straße. — Wahlkampfleiter Kampfplan der Kommunisten.

Berlin, 3. Mai. Heber die Straßenkämpfe in Neudöhlen bricht eine Berliner Korrespondenz nach folgende Einzelheiten:

erwähnen, die auch hier Vorbereitungen erreicht hatten, aus den Straßen zu fliehen und die Polizei mit einem Angriff überfallen. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte.

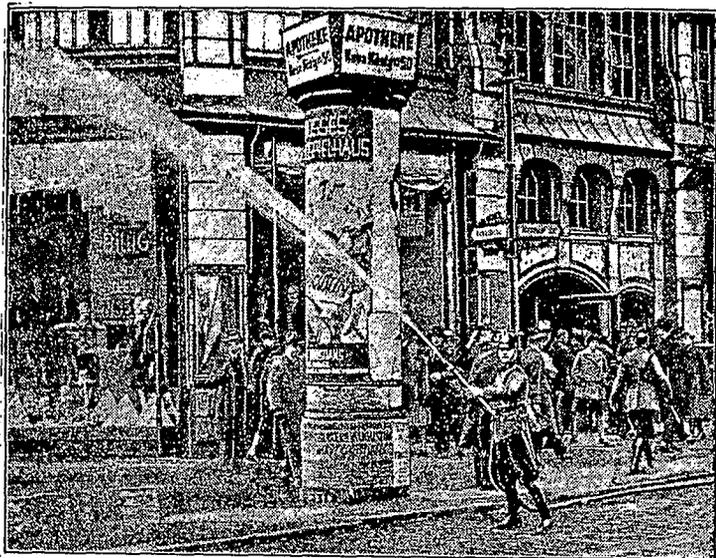
Zusammenstöße auch im Suburbium.

Streifen legt man dem Streifenführer der sogenannten Streikkomitee keine Bedeutung bei.

Polizeipräsident Regebel und die Westauer Anführer. 311 Berlin, 3. Mai. Polizeipräsident Regebel ist heute schon heute von Vertretern der Streik zu den beflügelt weitere Zusammenstöße anlässlich der Kundgebungen. Es ist zu erwarten, dass die Mäule, die die Kommunisten in wochenlanger Propaganda vorbereitet hatten sich nicht als durchführbar erweisen. Es müsse außerordentlich bedauert werden, dass eine Anzahl von Seiten und 117 Bewusstse, darunter viele Polizeibeamte, zu befragen seien. Wenn man sich vor Augen halte, was passiert der kommunistischen Partei vorbereitet und anfallen werden bei wenn man, bedeu-

Lindauer Tagblatt vom 3. Mai 1929

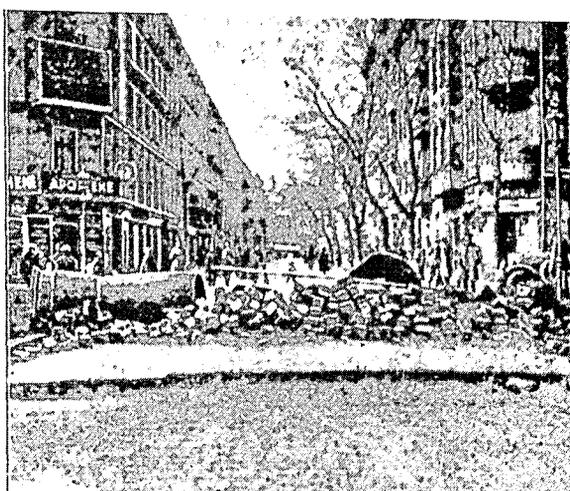
## Der Mai-Aufruhr in Berlin.



Abführung der Demonstranten.

Lindauer Tagblatt vom 4. Mai 1929

## Die kommunistischen Unruhen in Berlin.



Lindauer Tagblatt vom 6. Mai 1929

## Das Ende der Berliner Unruhen.

Keine weiteren Ausschreitungen mehr.

Berlin, 6. Mai. Der Polizeipräsident teilt mit: Die Laststunden des 4. Mai und auch die Abendstunden sind sowohl in Neudöhlen als auch am Wedding vollkommen ruhig verlaufen. Es ist zu erwarten, dass die Kundgebungen in den genannten Unruhezentren, die nur einen verhältnismäßig kleinen Teil Berlins umfassen, die Ruhe wieder hergestellt zu sein, die in den übrigen Stadtteilen nie gefährdet worden war.

Ruhe auch im mitteldeutschen Industriegebiet.

Halle, 6. Mai. Der Aufforderung der Kommunisten, anlässlich der Berliner Vorgänge in den Ausstand zu treten, hat die mitteldeutsche Arbeiterschaft fast durchwegs nicht Folge geleistet. In Halle wurde nur in einigen kleineren Betrieben gestreikt. Im Leunaer Ruhe an einigen Baustellen die Arbeit. Ein am Samstag von den Kommunisten veranstalteter Kundgebungszug, an dem sich 1500 Personen beteiligten, verlief ohne Zwischenfälle. Der Zug löste sich, nachdem ein kommunistischer Redner gesprochen hatte, in voller Ordnung auf. Am Samstag nachmittag kam es noch zu einem unbedeutenden Krawall vor dem Gebäude des sozialistischen Volksblattes in der Nähe des Polizeipräsidiums.

Die gerichtliche Untersuchung gegen die Berliner Aufreißer.

Berlin, 6. Mai. Bisher sind dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium 60 Personen, die wegen Beteiligung an den Unruhen am Wedding und in Neudöhlen festgenommen waren, vorgeführt worden. Gegen 10 der Vorgeführten wurden Haftbefehle erlassen, hauptsächlich wegen des bringenden Taterbotes des Aufreißers oder des Landesfriedensbruchs. Die Verhörigen mussten, wie amtlich mitgeteilt wird, entlassen werden, weil sich ihnen schwere Vergehen nicht nachweisen ließen. Die Verführungen stehen jedoch bevor.

Ein weiterer Richter tätig, damit die Untersuchung gegen die Beteiligten an den Unruhen so schnell wie möglich durchgeführt werden kann.

Vor dem Schöffengericht im Polizeipräsidium hatte sich am Samstag der erste Mai-Aufreißer zu verantworten und zwar der 53 Jahre alte, mehrfach vorbestrafte Steinbrücker Arthur Krause, der am 1. Mai den Lieberfall auf den Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, verübt hat. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Todesopfer der Berliner Unruhen.

Berlin, 6. Mai. Die Berliner Feuerwehr musste von der Zietenstraße 64 in Neudöhlen einen durch einen Schlag schwer verletzten Mann nach dem Krankenhaus Budow transportieren. Die Zahl der bei den Unruhen in Neudöhlen und auf dem Wedding ums Leben gekommenen Personen ist größer als 24; nicht mitgerechnet sind alle diejenigen Personen, die an den Verletzungen inzwischen verstorben sind, darunter auch die in Kliniken, in der Charité und anderen nicht städtischen Anstalten behandelten Verwundeten.

Ein kommunistischer Krawall in Prag.

Prag, 6. Mai. Am Samstagabend fand eine Versammlung der kommunistischen Partei statt, die u. a. auch gegen die Berliner Ereignisse protestierte. Nach der Versammlung zog ein Trupp von 50 bis 60 Kommunisten nach dem Bahnhof und versuchte, in dem in der Nähe befindlichen Gebäude der sozialdemokratischen „Pravda“ einzudringen. Hierbei wurden Schmährufe gegen die tschechischen, deutschen und reichsdeutschen Sozialdemokraten laut. Den Kommunisten stellte sich ein Wachaufgebot von 30 Polizisten entgegen. Es kam zu einem Handgemenge, wobei die Polizei vom Gewaltsuppel Gebrauch machte und Verhaftungen vornahm. Flugblätter, die zur Teilnahme an einer verbotenen kommunistischen Versammlung aufgerufen, wurden beschlagnahmt.



# Der Südmark Bekenntnis zum Fest der Arbeit

## Lindau brangt in einem niegelebten Flammenmeer — 106 Vertrauensmänner und 20 Betriebsführer legen ein feierliches Gelöbnis ab — 910 Angehörige der Staatsjugend zum großen Appell angetreten — 2010 Teilnehmer im Festmarsch zum Stadion — Lindaus Hohensträger sprechen über die ewige Bluts- und Volksgemeinschaft

Lindau, 2. Mai. Zum dritten Mal feierte das deutsche Volk sein Maifest im nationalsozialistischen Deutschland. Die Wiegeburt des deutschen Menschen und des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit kam bei keiner Gelegenheit ergreifender zum Ausdruck als am 1. Mai, dem alten und doch völlig neuen Feiertag der schaffenden deutschen Gemeinschaft. Es dünkt uns heute die Zeit schon lange her, als wüste Demonstrationen mit roten Fahnen und lautem Geschrei durch die Straßen zogen. Singende Arbeiterkataloge marschierten heute auf den gleichen Straßen und Plätzen. So ist der 1. Mai ein nationales Fest des Friedens des ganzen deutschen Volkes geworden. Der Geist des Nationalsozialismus, der Geist der Treue und des Glaubens an die stehhafte Kraft der Volksgemeinschaft, der wir alle auf Gedeih und Verderb verschworen sind, hat die Höhen der Internationalen gekürzt. Damit hat ein schwerer, tragischer Marsch des deutschen Arbeiterturns sein Ziel gefunden, und das schöne Frühlingsfest erhielt seine höchste Weihe durch die Kundgebung der Versöhnung im deutschen Volk.

Wie alle deutschen Städte eifrig in den Vorbereitungen zum Nationalen Feiertag des deutschen Volkes standen, hatte auch Lindau als wichtiger Volkswert des Nationalsozialismus an der Reichs-Grenze dem 1. Mai einen würdigen, im ersten Grün des Frühlings prägnanten Ausdruck gegeben. Ein Gang durch unsere Inselstadt am Vorabend des gemaltigen Volksfestes ließ spüren, daß alles auf den 1. Mai abgestimmt war. Gefährlich und feierlich, mit großem Kunstsinne, verwandelten sich die Straßen der Stadt, wanden sich Girlanden und Wimpelketten von Haus zu Haus. Man wurde sich klar, daß alle nicht allein in den Händen, sondern was mehr wiegt, mit ihrem Herzen dabei waren. So hatten sich die Lindauer Volksgenossen bereits am Vorabend freigegeben von dem Kram des Alltags und die Herzen schlugen im Einklang der großen Volksgemeinschaft, die am 1. Mai zu einem wunderbaren Bekenntnis wurde.

### Die Malbaumfeier am Vorabend

Wie im vergangenen Jahr, kam auch heuer wieder allenthalben der Malbaum zu Ehren. Diesem uralten deutschen Volksbrauch wurde man besonders bei uns in Lindau gerecht. Auf dem kleinen Egerzertplatz an der Seebühne gelangte wieder der gleiche, sinnvolle, von Braut Kerstine in der Erinnerung und von Meister Brodbeck neu übermalte Malbaum der Stieber vom Stiebertsdorf zur Aufstellung, den wir bereits im letzten Jahr bei der Feier auf der „Säbte“ bewundern konnten. Auf dem Platz nahmen neben der Staatsjugend unter Unterführer Dr. Butting die übrige Schülerenschaft mit ihren Lehrern und Lehrerinnen sowie die PD mit Kreisleiter Wagner teil. Unser Stadtoberhaupt, Bürgermeister Dr. Siebert war ebenfalls erschienen.

Der SA-Musikzug 3/20 unter Leitung von Kapellmeister Brand eröffnete die Feier mit einem gefälligen Vederpotpourri, worauf der gemächliche Chor der Sängervereinigung Lindau unter der Stabführung von Chorleiter Heibel mit zwei Märlchern erklang. Die kleine Elise Roth trug hierauf ein frisches WM-Gedicht vor. In der folgenden Ansprache wies

### Ostgrippenleiter Hg. Herzfeld

auf die verdienstvollen Malträuer in unserem Volke hin und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Führer anstelle des einstigen internationalen Spotts uns wieder ein echtes deutsches Maifest geschenkt habe. Zudem er sich in einbringlicher Weise an die versemblte Jugend wandte, führte der Redner weiter aus:

„Zum dritten Mal im neuen Reich feiern wir jetzt den 1. Mai. Dieses neue Deutschland soll Erfüllung bringen der Sehnsucht vieler deutscher Generationen. Ein Reich soll entstehen, stark und kraftvoll. Seine Kraft und seine Stärke aber kann nur liegen in seinen Bürgern. Seine Bürger aber werden einfi nur das sein, was sie vorher gelernt haben. Was wir von jungen Deutschland erlernen und erwarten, das müßt ihr deutsche Jungen und Mädchen erfüllen.“

Wenn wir ein Deutschland der Stärke wünschen, so müßt ihr eifrig sein; wenn wir ein Deutschland der Kraft wollen, so müßt ihr einfi kraftvoll sein; wenn wir ein Deutschland der Ehre wünschthalen wollen, so müßt ihr einfi die Ehre des Reiches wünschthalen; wenn wir ein Deutschland der Ordnung und des Rechts wollen, müßt ihr die Ehre dieser Ordnung sein; wenn wir ein Deutschland der Treue gewinnen wollen, müßt ihr jetzt lernen, treu zu sein.

Es gibt keine Jugend im Vaterlande, die nicht von euch selbst vorher geübt wird. Keine Kraft, die nicht von euch ausgeht; keine Größe, die nicht in eurer Disziplin ihre Wurzel hat. Ihr seid das Deutschland der Zukunft und wir wollen daher, daß ihr so seid, wie dieses Deutschland der Zukunft einfi sein soll und sein muß. Ihr müßt den Geist der großen Volksgemeinschaft, wie er euch in der Kindheit so eigen ist, pflegen, auf daß ihr einfi als Erwachsene nicht wie in den Zeiten der Vergangenheit in Klassen, in Ständen usw. auseinanderfällt, sondern einfi in der Zukunft im Großen das seid, was ihr im Kleinen in eurer Jugend ward: „Eine Volksgemeinschaft deutscher Menschen, die deutsche Volksgemeinschaft.“ Sie beruht auf euch, ihr seid bereit ihre Träger und ihr müßt jetzt in eurer Jugend lernen, diese Träger zu sein. In vielen Jahrhunderten wurde das erlernt, was heute Wirklichkeit ist. Und ihr habt das Glück, mit in diese große Zeit hineinzuwachsen. Die Nation

aber erwartet von euch, meine deutsche Jungen, daß ihr dieser großen Zeit würdig seid!“

„Allerliebste war dann das Singlied unserer Jungmädel — einfiuberte von Anneliese Steiner —, bei dem sich die Mädel in ihren bunten Gewändern in anmutigen Rhythmen um den Malbaum bewegten. Ebenso erregten auch die nachfolgenden Reigen: der hübsche Bandelzug, das alte Märlch aus dem 18. Jahrhundert und der reizende Volksstanz des WM, bei denen die Schrammelkapelle Dandere aufspielte, allgemeines Gefallen.“

Mit einem dreifachen „Sieg Heil“ auf unseren Führer und dem gemeinsamen Gesang des Deutschen und Horst-Wessel-Liedes schloß die Feier, die in so recht anschaulicher Weise darbot, wie die deutsche Seele doch in unseren alten Volksbräuchen zum Ausdruck kommt.

### Das große Weden

Trüb und grau erwachte der Tag am 1. Mai, zum erstenmal schon das Wetter nicht so zu sein, wie wir es bei großen Veranstaltungen der NSDAP Lindau sprichwörtlich gehabt haben. Um 6 Uhr früh wurde der Morgen

mit Wällen angeflogen; in der Nacht sandte das Wehrmacht-Musikorps mit einem Schrenzug schneidigen Morgenzug, während in Schachen-Neuhagen-Boyren der SA-Musikzug 3/20 und in Keutin der SS-Standarten-Musikzug das große Weden vornahm.

Im Morgenschein bot sich dem Beschauer ein überwältigender Eindruck unserer Stadt, die in ein grünes Meer, in ein leuchtendes Frühlingsgrün verwandelt war. Tausende von Fahnenkreuzwimpeln, die als Girlanden das Straßenschild schmückten, standen im Wettstreit mit den Feiern der Häuserköpfe, von denen Fahnen und Wimpeln den 1. Mai grüßten. Die von Stadtbaurat Kerstine in der Flammende Idee, die Lammbräutigamen an bedeutenden Häuserfronten mit bunten Bändern zu schmücken, nahm sich außer vorteilhaft im Gesamtbild der Verzierung aus.

Der reizige Flaggenschmuck bot einen überwältigenden äußeren Eindruck, der zum Symbol der herrlichen Wandlung im deutschen Volk wurde, weil er zu Ehren der schaffenden Menschen angelegt wurde.

## Jungdeutschland marschiert

Wie überall im Reich, war auch in Lindau eine gewaltige Jugendkundgebung der Aufstakt des Feiertages der nationalen Arbeit. Im Appellplatz an der Sängerkasse sammelte sich unsere Staatsjugend mit Fahnenordnung und blumengeschmückten unzähligen Wimpeln, sowie die übrige Schuljugend. Unter Trommelwirbel der HJ- und W-Spielmanszüge begann gegen 8 Uhr der Wömarsh zum großen Appell im Stadion, voraus die Staatsjugend, an deren Spitze HJ-Unterführer Butting und Kreisleiter Wagner marschierten. In glänzender Marschbildung und mit schneidigen Liedern auf den jungen Lippen, bot unsere Staatsjugend ein Bild unwürdiger Kraft im Rahmen einer neuen Zeit, die in ihr ewig und unvergänglich lebt. Jungdeutschland marschiert, das war der überwältigende Eindruck dieses wuchtigen Aufmarsches, wenn auch einige Lindauer Volksgenossen, was wir hier einmal mit Nachdruck feststellen, immer noch nicht den Geist der Zeit verstanden haben. Es könnte sonst nicht möglich sein, daß die Fahnen der Bewegung, Deutschlands Symbole, einfach nicht begrüßt oder mit einem flüchtigen, fast herausfordernden Arminken abgetan werden. Man gewinnt den Eindruck, daß die Dummen nicht alle werden...

Am Sportplatz gliederte sich die Schuljugend von Keutin und Neuhagen dem Zug an und in breiter Front vor dem Hohensträger trat dann die Jugend zum großen Appell an. „540 HJ- und WJ, 370 WM- und WJ-Angehörige unserer Staatsjugend angetreten“, war die schneidige Stärkemelung an den Aufmarschleiter und an den pol. Hohensträger. Zu den 910 kam noch eine große Zahl der übrigen Schuljugend, die das Rund des Sportplatzes umfäumten.

Dann begann die Kundgebung, die mit Trommelwirbel des HJ-Spielmanszuges eingeleitet wurde.

### HJ-Unterführer Butting

hielt in flammenden Worten Appell in den Herzen der Jugend, wenn er ausführt:

„Deutsche Jungen und Mädchen! Der 1. Mai, der Feiertag des deutschen schaffenden Volkes, nimmt seinen Aufstakt mit der Kundgebung der Jugend. In diesem weiten Rund seid ihr nur ein kleiner Teil der gesamten Jugend Deutschlands. Überall in deutschen Landen ist die Jugend, jetzt wie ihr hier verammelt, in jeder Stadt und jedem Dorf, von Ostpreußen bis zum Bodensee, von Schlesien bis zum Jbeln. Wir alle wollen so in innerer Verbundenheit den Feiertag gemeinsam erleben, diesen Tag, den unser Führer seinem Volk als Fest der Arbeit und Gemeinschaft geschenkt hat. So können wir alle hören, wie der Führer in der Hauptstadt des Reiches, in Berlin, zur verammelten Staatsjugend spricht. So wendet sich auch unser Führer mit seinen Worten an uns alle, an jeden einzelnen von uns, damit wir den Sinn dieses Feiertages recht erfassen.“

Der Winter ist überwunden, überall flüht Blüten und Reagen den Einzug des Frühlings. Überall grünen Fahnen, stehen frische Malträuer vor den Türen. So wie in der Natur neues Leben aufsteht, bedeutet dieser Tag das Fest neuer Hoffnung und neuer Leistung des deutschen Volkes. Und so wie in der Natur alles sich vereint in der Gemeinschaft der Schönheit, so vereint sich das deutsche Volk an diesem Tag zu immer festerer Gemeinschaft der Arbeit und der Freude. Das stimmt uns glücklich und fröhlich zugleich. Der 1. Mai ist Feiertag für arm und reich, für alt und jung, für hoch und niedrig. Wir sind in der Natur das Wissen und Wissen im Frühling finden, so finden wir im Volk sein Werden und seine Entwicklung in seiner Jugend. Und darum beginnt die Jugend die Feiern im Reich. Wie dieser Tag in den letzten beiden Jahren schon der Beweis des gemeinsamen nationalen Aufbaus war, ist der heutige, Ausdruck wieder erzwungener deutscher Freiheit. Deutsche Jugend, Arbeiter, Bauern und Soldaten danken an diesem Tag der Deutschen ihrem Führer und geben der Welt Zeugnis, daß wir alle ein Volk sind, ohne Klassen und Standesunterschiede, eine Volksgemeinschaft, die nur der Ehre der Arbeit und der Ehre der Volksgemeinschaft lebt.

Auch die Jugend leistet Arbeit und Dienst zum Wohle der Nation, wenn sie sich in Gehorsam, Treue und Opfermut übt.

Wir werden, wenn wir dies gelernt haben, in Zukunft würdig sein, das Erbe des Nationalsozialismus zu übernehmen, uns einzureihen hinter denen, die heute die Träger des Staates sind. Darum müssen wir alles, was wir von Deutschland in der Zukunft fordern, erst von uns selbst verlangen.“

So bekennen wir heute, daß Deutschland einfi ein Reich sein soll. Und so schwören wir heute unserem Führer und unserem Volk aufs Neue, daß wir mutig und hart werden wollen, daß wir die Ehre als das höchste Lieben wollen, dann wird Deutschland in uns weiterleben.

Stets wollen wir daran denken, daß es bei uns, bei der Jugend des Volkes liegt, ob dieses Wert der deutschen Freiheitsbewegung vollendet wird, das so groß und gewaltig begonnen hat.

Was wir auch arbeiten und was wir tun, das wollen wir nie für die einzelnen oder gar für uns selber tun, das werden wir stets für unser Volk, unseren Führer und unser Reich leisten.

Dann erkoh uns alle das große, stolze Glück, daß wir in der heutigen Jugend des Volkes den Weg zur Vollendung sehen können für das eine, freie, stolze, erziehende deutsche Volk. In der Jugend der Nation lebt derselbe Geist, der die Kämpfer der Bewegung beherzt. Und wenn am heutigen Tage die Kolonnen des schaffenden Volkes marschieren, dann schreiten wir als Deutschlands Zukunft uns diesen Kolonnen an im gleichen Takt und gleichen Schritt, denn in ihnen, wie in uns marschiert Deutschland. Und keine Macht der Welt soll uns je diese Gemeinschaft der Opferbereitschaft, der Disziplin, des Gehens, des Volkes und des Blutes zerfalten können. Wir alle marschieren mit unserem Führer und unserem Volk in die Freiheit!

Vom Großlautsprecher wurde anschließend die Jugendkundgebung im Lustgarten Berlin übertragen. Während man in Berlin Sonnenregen anfangte, trieb ein schneidiger Nordost über unseren Sportplatz dunkle Wolken, die sich leider bald und ausgiebig mit Donnerstagslag entluden. So wurde diese Weltstunde empfindlich gestört. Wenn es auch noch so kitzelte, tapfer hielten die Jungen und Mädchen aus, weil unsere stolze Jugend weder empfindlich noch verwelklich ist. Mit Begeisterung verfolgte sie die Rede des Führers und das gemeinsame gelungene Kampflied „Vorwärts, vorwärts“ hallte, ebenso wie des Hohensträgerführers „Sieg Heil“ auf Volk und Führer mächtig über den Appellplatz.

Geschlossen und in musterbildiger Disziplin erfolgte dann unter Trommelwirbel und frohen Liedern der Wömarsh des Juges, der sich auf dem kleinen Egerzertplatz auflöste.

### Das Gelöbnis der 106 Vertrauenskräfte

Innerhalb des Kreises Lindau der Deutschen Arbeitfront legten in der Zeit zwischen 8 und 9 Uhr vormittags in 21 Betrieben 106 Vertrauens- und Erghmänner einfi schließli der Betriebsführer vor der jeweils verammelten Belegschaft das Gelöbnis gemäß der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit ab. Und überall nahmen diese Feiern einen würdigen und erhebenden Verlauf. In Treue und Einmütigkeit zu ihren Gefolgschaften sollen die Betriebsführer für das Wohl aller Arbeitsetamern sorgen, wie für sich selbst; in Treue zum Betriebsführer werden die Gefolgschaften ihrerseits ihr Bestes und Bestes einsehen im Wiederaufbau und in der Entwicklung der deutschen Arbeitsstätten.

Von all den vielen Betriebsfeiern greifen wir kurz jene der städtischen Betriebe heraus, die gemeinsam mit der Belegschaft der Lindauer Nationalkassette im großen Mischleinsaal des Elektrizitätswerkes stattfand. Alle Näher der Licht- und kraftpendenden Maschinen dieses lebenswichtigen Betriebes unserer Stadt fanden sich und doch floß, wenn auch lautlos, das Blut durch die vielen Adern und Weiden, um jeder Zelle des vielseitigen, fromverbrauenden Körpers unserer Stadtgebietes Leben zu spenden. Und gerade in dieser ehrfurchtgebietenden Maßnahme alle

Jammerten sich die Belegschaften, um durch den Mund anderer Stadtoberhauptes auf die Ablegung des Gelübdes vorbereitet und auf den tiefen Sinn dieses Feiertages der Arbeit hingewiesen zu werden.

Bürgermeister Dr. Siebert

logisch das Wort und führte etwa folgendes aus:

Meine deutschen Volksgenossen! Wieder sind wir in der Halle der Arbeit zusammengetreten, um auf unsere Weise den ersten Mai zu begehen und ein Gelübnis gegenständlichen Vertrauens zwischen Betriebsführer und Vertrauensmänner und damit der gesamten Belegschaft abzulegen.

Wenn wir heute das Facit seit der Machübernahme ziehen, können wir getrost sagen: Es ist ständig aufwärts gegangen in Deutschland nach Jahren der Schmach und Schandbel. Endlich ist die Sonne am wirtschaftlichen Horizont erschienen.

Wir wissen, daß noch Probleme gewaltiger Arbeit ihrer Lösung harren. Dem Problem der Arbeitsbeschaffung folgt das der Wohnbildung. Wir wollen, daß unsere in Arbeit stehenden Familienernährer so begahlt werden, daß sie ihre Kinder zu bestbildeten Staatsbürgern heranzuziehen vermögen.

Der Gemeinschaftsgeist gilt heute der erste Mai. Wenn wir heute unsere Häuser schmücken und den Tag festlich begehen, so ist das alles nichts anderes als der Ausdruck dessen: Wir sind die Glieder eines stolzen Volkes und wollen in diesem Sinne zusammenarbeiten, um Volksgemeinschaft zu pflegen.

Nachdem die Vertrauens- und Geschäftsmänner, sowie der Betriebsführer der Lindauer Nationalzeitung, vorgetreten waren, legten diese bei erhabener Reize folgendes Gelübnis ab:

„Ich lege das feierliche Gelübnis ab, in meiner Amtsführung nur dem Wohle des Betriebes und der Gemeinschaft aller Volksgenossen unter Zurückstellung eigenmächtiger Interessen zu dienen und in meiner Lebensführung und Dienstverrichtung den Betriebsangehörigen Vorbild zu sein.“

Bürgermeister Dr. Siebert nahm dann noch durch die Beschäftigten die Verpflichtung ab und wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß wir uns heute auf dem Lindauer Stadion klar darüber werden, daß wir nichts anderes sind als die Gemeinschaft der lebenden Deutschen.

Der Umzug durch die Altstadt

Dem Festzug lag heute eine ähnliche Idee zu Grunde wie im vergangenen Jahre: Jeder Stand und Beruf sollte hymnisch dargestellt werden. Die von Lehrlingen mitgeführten, etwa zehnmal vergrößerten Handwerkzeuge wiesen auf das entsprechende Handwerk der Festzuggruppen hin.

um. Bei der Gruppe „Städtische Werke“ fielen besonders der EM-Wagen mit der goldenen Blühugel und der Kofswagen mit seinen Flammenlichtern auf. Der Handelswagen mit Frucht an Rillen und Paketen trug die Schlagzeile „Eiert die Lebensader des Verkehrs“.

Der Zug bewegte sich von der Sängerkhalle aus durch die Zwangsgerstraße zum Paradeplatz, weiter durch die Karolinenstraße, Gramergasse, Magmilanstraße, zum Bahnhof und über die Ludwigstraße und Fischerstraße zurück zur Sängerkhalle.

Lindaus Hoheitsträger spricht

Nach einleitendem Musikstück unserer Militärkapelle nahm Bürgermeister Kreisleiter Wagner das Wort zu folgender Ansprache:

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen! Der 1. Mai 1935 als Nationalfeiertag der deutschen Arbeit erfüllt uns heute zum dritten Mal seit der deutschen Revolution mit dem beglückenden Bewußtsein, daß alle Schichten der deutschen Menschen unter der genialen Führung Adolf Hitlers zu einem Volk zusammengeweiht sind, zu einer Nation arteligenen Gepräges, wiedergeborener Souveränität.

Der Name Arbeiter wurde zum Ehrenglied aller ehrlich Schaffenden, ganz gleich, ob sie den Samen der heiligen Mutter Erde anvertrauten, im Gevöhr hühnernder Maschinen Werkstücke fertigen oder ob im Arbeitszimmer wirtschaftliche Berechnungen gemacht werden, Pläne und Entwürfe ausbrachten.

Immer wieder wird die Arbeit als Dienst am Volksgenossen gelehrt und der Träger ohne Unterschied der Art seines Berufes, als pflichttreuer Mitarbeiter gewertet und im nationalsozialistischen Staat auf Grund seiner Leistungen hochgeschätzt.

Er verdient auch diese Auszeichnung, denn er hat in den Vertretungsorganen am 12. und 13. April deutlich bewiesen, daß er sich zum nationalsozialistischen Staat bekennt, ja noch mehr, er hat gezeigt, daß er trotz Arbeitslosigkeit, die heillose Gefährdung und den mangelvollen Opfermut blutsmäßig in sich trägt, in sich trotz der Härten des Daseins in seinem idealen Glauben nicht erschauern läßt, geschweige, daß er vom Marxismus und Sozialismus hindurch festlich versichert ist.

Im Bauern erkennt der Nationalsozialismus den Ursprung deutscher Volkserneuerung, die mystische Verbundenheit von Rasse und Blut. Ihm wurde durch das Reichserbhofgesetz und seine Ausführungsbestimmungen Grund und Boden wieder heiliges Vaterland und nicht Objekt kapitalistischer Akkumulation.

Zum Arbeiter und Bauern gesellt sich der deutsche Soldat. Der Waffentragende des deutschen Volkes steht heute im Mittelpunkt des Interesses; sein Dienst am Volk wird im In- und Ausland ganz besonders beachtet. Ein Zahl festlicher Verehrung läßt das Wehrgeleit unseres mutigen soldatischen Führers v. 10. März 1935 aus, im folgen Bewußtsein: Das ganze deutsche Volk hat sich seine Wehrhoheit zurückgewonnen.

Wir sind überglücklich, mit dem Soldatendienst die gewaltigste Schule der deutschen Nation wieder unter eigen nennen zu dürfen; denn dieser Schule dankt das Volk alles: Erziehung zur unbedingten Verantwortlichkeit, zu persönlicher Mut, zur gestiegenen geistigen Entschlossenheit, zu äußerster Ehrlichkeit und völliger Hingabe für Führer und Volk, für Deutschlands Sicherheit und Frieden.

Die Wehrmacht und die nationalsozialistische Organisationsform, sie sind aus dem höchsten Wunsch und Befehlswort der Schmelztiegel zur Erziehung des deutschen Menschen geworden.

Arbeiter nat.-soz. Bewegung, Bauer, Soldat in Stadt und Land, ja aus unserem in Vaterland zurückgekehrten Saarland und hier an der Grenze unserer Reichsgrenzen unserer Nachbarstaaten, alt und jung, reich und arm, geistlich und ungebildet, alle sind angezogen vom Magnet des Nationalsozialismus, symbolisiert in unserem Hymnenbuch, wir stehen jetzt in dieser Stunde in Seelengemeinschaft mit Millionen unserer Brü-

Die große Kundgebung im Stadion

Satte sich das Wetter während des Umzuges noch einigermassen gehalten, so gab es bei der nachfolgenden Veranstaltung umfänglich unerwünschte Kühlung von oben. Es schien, als habe der Monnonomst Mai die Launen seines Vorgängers übernommen: Es regnete und schneite abwechselungsweise und gelegentlich blinzelte für wenige Momente auch die Sonne zwischen den Wolken wieder hervor.

Der Bodenleger hat recht: Es gibt nichts Besseres für den Boden als Schrankpapier

Nach einem weiteren Musikstück folgte die Übertragung der Veranlassung vom Tempelhof. Über zwei Rednerauspfeifer der Firma Radio-Goetze mit der großen Füllrede. Die eindringlichen Worte unseres Führers und Reichszanlers Adolf Hitler hinterließen bei den versammelten Volksgenossen aller Schichten und Berufs tiefen Eindruck.

„Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben begehren als den, einst am Ende meiner Tage sagen zu können: Ich habe dem Deutschen Reich den deutschen Arbeiter erlöst.“

So erlebten wir mit Freude und Stolz diesen 1. Mai, dessen umfangreiches und glänzendes Programm unter der Schirmherrschaft unseres Kreisleiters Wagner eine gewaltige Kundgebung und ein einmütiges Bekenntnis zu Volk und Führer in des Reiches Glückworte. Und schon heute wissen wir, daß das Wort des Führers in Erfüllung geht, das er am 1. Mai 1933 in Berlin aus sprach:

Die Abendveranstaltungen der drei Ortsgruppen

Großen Umfang und Umfang fanden die abendlichen Veranstaltungen der drei Ortsgruppen, die Maitage. Sie haben sich nun auch mit ihrem besonderen Reiz in den Städten etabliert, während sie früher nur auf dem Land üblich waren.

Die Zeitung kommt in jedes Haus

Nutz das durch Inserate aus

Advertisement for Schrankpapier (wallpaper) and Papier-Endertlin (paper) with a logo for 'ERKA' and 'Papier-Endertlin Lindau 18'.

fang, Einlagen, Humor, Tanz und bei den mittelstehenden Klängen des Wehrmacht-Musikkorps unter Leitung von Obermusikmeister Kozlin zu einem echten Maitenfest umgebunden und sorgfältig entwickelt.

Ortsgruppenleiter Berchtold begrüßte in einer kurzen und launigen Ansprache die Volksgenossen, insbesondere die später erschienenen Reichsbewußten aus Dorariberg, was stimmungsvollen Beifall hervorrief.

Einige treffliche Vorträge der Gesangsvereine „Frohstimm“ und „Niedertranz“ fanden ungeheuren Beifall. „D'Bayrisch Bodenfeer“ schupplattelten mit ihren Dirndl um die Wette. Dann kam zwischenbüch der Tanz zu seinem ausgiebigen Recht, bis die Zeit, vielleicht für viele zu rasch, den gemüthlichen und lustigen Stunden einhalt gebot.

**Auch aus Schachen-Weichach-Hoyren**

fanden sich die Tanzlustigen in hellen Scharen zum Maitanz in der Brauerei Schachen ein. Auch hier waren Humor, Stimmung und Freude Gast, und der Fröhlichkeit im Herzen.

Der neue Ortsgruppenleiter Pg. Eissler hieß in einer herzlichen Begrüßung die Erschienenen willkommen; besonders dankte er dem SA-Musikzug 3/20 und dem Gesangsverein Weichach für die unentgeltliche Indienststellung und sollte den Angehörigen der Zelle 16 für die gesamtdaunische Aus schmückung des Saales, der einem Frühlingsgarten gleich, lobende Anerkennung. Dann gab er dem Abend einen schönen Verlauf als aller Wunsch zum Geleit.

Bei den schneidigen Vorträgen und Langweilen des SA-Musikzuges unter Leitung von Georg Buchner kam der Jubel halb in Schwung. Die Pflege des deutschen Liedes gelang dem Weichacher Gesangsverein und seinem Dirigenten Musiklehrer Seiffert durch ausgezeichnete Vieder. Inzwischen gaben auch hier „D'Bayrisch Bodenfeer“ eine glänzende Gastvorstellung mit ihren Original-Schupplattlern. Eine Stimmungsgaunone regte in dankbarer Weise die Rhythmuskette an. Kurzweil war auch bei dieser Veranstaltung Parole.

**In Lindau-Keutin**

hatte sich in der festlich geschmückten Halle der Brauerei Steig die Bevölkerung in großer Zahl eingefunden, jedoch bald lärmliche Sitzplätze vergeben waren. Ortsgruppenleiter Müller hieß die Versammelten mit herzlichen Worten willkommen und wies auf Sinn und Bedeutung der Feyer hin. Die Keutiner Stadtmusik unter Leitung von Kapellmeister Stritzberg schuf mit ihren frohen Melien bald die richtige Stimmung. Und als dann der Trachtenverein „D' Eichwälbler“ mit seinen urwüchsigsten Volkstänzen auf den Plan trat, hatte die frohe Feststimmung bald ihren Höhepunkt erreicht. Der Gesangsverein „Niedertranz“ bot unter der Stabführung von Lehrer Reisinger vier wunderschöne Maitlieder, die ebenfalls starken Beifall fanden, auch die Volkstänze und Reigen des Turnvereins Keutin konnten sehr gut gefallen. Die Vergleikung wurde zum Teil von Mitgliedern des „Niedertranz“ mit ihren Juppinstrumenten gestellt. Der Maitanz wurde von Paaren in Berufskleidung eröffnet, bis dann alt und jung froh das Tanzbein schwang. Alles in allem verlief auch dieser Abend im Frohsinn und im Geiste echter Volksgemeinschaft.

**Lindauer Tagblatt und Nationalzeitung vom 2. Mai 1935**

wurde später der NS-Zwangsorganisation „Deutsche Arbeitsfront“ zugeführt.

Ab nun dienten die Feiern am 1. Mai in Deutschland nur noch der Zurschaustellung und Propagierung des faschistischen NS-Systems. Die Teilnahme daran wurde zur Pflicht gemacht.

Lindau erlebte ab nun seine zahlenmäßig größten Maitern, für die jetzt auch einheimische Kaufleute per Zeitungsinserat ihre Fahnen- und Transparentstoffe anboten. Es lohnt nicht, die maßlosen Lügen der damaligen Herrschenden in Lindau zusammenzufassen. Zur Information hierüber stehen die abgedruckten Dokumente zur Verfügung.

Aufschlußreicher über die sich nun breit machende spießbürgerliche Doppelmoral sind die vom Lindauer Eduard Riedel in der Lindauer Zeitung vom 2. Mai 1936 veröffentlichten Erinnerungen.

**In Wasserburg und Nonnenhorn fanden sinnvolle Maitiern statt**

Wasserburg, 2. Mai.

In einfacher schlichter Art feierte die Gemeinde Wasserburg den 1. Mai. Alles, was sich volksverbunden schloß, scharte sich am Vorabend um den bereits aufgerichteten Baum am Turnplatz. Einem passenden Vorpruch eines WDM-Mitglieds erfolgte das von der Schulfugend hübsch gesungene Lied „Kun will der Denz uns grüßen“. Dann hallte der Männerchor „Frühling am Rhein“, vorgetragen vom Gesangsverein Wasserburg, in die Stille der Nacht. Kurz und einbruchsvooll sprach der Ortsgruppenleiter von hier, Pg. Minn, über die Bedeutung des 1. Mai, über das, was er früher war und wie ihn der neue Staat aufgehoßt wissen will. Der Marxismus war der Weg der Zerlegung, der Nationalsozialismus ist der Pfad zur Rettung.

Abschließend wartete der WDM mit einem munteren Reigen auf, während der Gesangsverein noch einige fröhliche Vieder zum Besen gab. Dann marschierte der Zug unter den Klängen des Keinen aber recht zühtigen Spielmannszuges des Jungvolks zum Ausgangspunkt am Bahnhofsplatz zurück, wo er sich auflöste. Der mit Grün, Krängen und bunten Bändern geschmückte Maitbaum zeigt 18 Handwerker-Abzeichen und das des Reichsnährbundes in beglückener Handwerkskunst.

Am 1. Mai in den Morgenstunden versammelten sich 53 WDM in der „Krone“, wo sie die Uebertragung der Jugendkundgebung von Berlin anhörien. Beim Gemeinschaftsempfang um die Mittagszeit im gleichen Saale war der Besuch leider recht schwach. Dagegen lodte der abendliche Maitanz viel junges Volk in die Turnhalle, wo bei freudvollem Treiben der Tag seinen Ausklang fand.

Auch die Gemeinde Nonnenhorn würdigte den Tag der Arbeit in einer besonderen Feyer. Zum erstenmale wurde hier der schöne Brauch des Maitbaums stellens übernommen und dazu der mitten im Ort gelegene Schulplatz gewählt. Dabei wirkten der Marine-Musikzug und der Spielmannszug in hervorragender Weise mit. Die der Bedeutung des Tages entsprechende Ansprache hatte Ortsgruppenleiter Pg. Lindemann übernommen, der den Gedanken der Maitfeier sinnvoll herausstellte. Einige Reigen und Tänze vom WDM und Viedervorträge des Gesangsvereins Nonnenhorn gaben der abendlichen Feyer einen hübschen Rahmen.

Am 1. Mai gogen die Formationen der Partei in die Kapelle zum Gottesdienst. Dort hielt Benefiziat Wilhelm eine erbauende Predigt über den Tag der Arbeit. Nachmittags versammelten sich eine Anzahl Volksgenossen zu einem Ausflug nach Heiligenberg, der allen Teilnehmern genussvolle Stunden verschaffte.

**Und in Oberreitnau**

Oberreitnau, 2. Mai.

Auch in Oberreitnau wurde der Tag der nationalen Arbeit in feierlicher Weise gefeiert. Am Vorabend versammelte sich

die ganze Gemeinde zahlreich vor der Turnhalle, woselbst nach einem schneidigen Marsch der Musikkapelle Oberreitnau ein schön befränkter Maitbaum erstellt wurde. Die ganze Schulfugend sowie Jungmüdel und WDM gaben durch Frühlingslieder und Aufführung gutgelungener Reigen ihrer Freude Ausdruck.

Ortsgruppenleiter Weichler hob in martanten Worten den tiefen Sinn unseres Nationalfeiertags hervor und gedachte dabei dessen Schöpfer, unserem großen Führer, der die Arbeit wieder geabelt und die Freude an der Arbeit wieder geweckt hat. Unsere Frühlingsfreude an der Natur, gleich unserer Arbeitsfreude unter dem sieghaften Zeichen des Hakenkreuzes im deutschen Volke.

Der Abend wurde verhönt durch waterländische Vieder, gesungen vom Männerchor Oberreitnau. Stramm durchgeführte Turnpyramiden des LB Oberreitnau sowie Musikentlagen bildeten den Abschluß der Veranstaltung, bei der alle Mitwirkenden großen Beifall ernteten.

Am 1. Mai zog nach dem Gottesdienst die gesamte Jugend in die festlich geschmückte Turnhalle zur Uebertragung der Jugendkundgebung, welche von allen Parteigliederungen gut besucht war. Ebenso wurde die Uebertragung der Mittagskundgebung eine Feierstunde für alle Anwesenden, in deren Mittelpunkt die Führerrede große Begeisterung auslöste. Den Abschluß des Tages bildete ein gemüthlicher bunter Abend mit Maitanz in der vollbesetzten Turnhalle, woselbst Musik und humorvolle Gesangsvorträge die Gäste bis in die Morgenstunden in froher Feststimmung beisammenhielten.

**Bücher und Zeitschriften**

Bund Naturschutz in Bayern.

Mit jedem jungen Jahr erscheint auch wieder das Frühlingsheft der „Blätter für Naturschutz“ (Schriftleitung: Müllbacher 28, Kömerstraße 4), das diesmal mit einem Leitwort zum Lobe der Natur von Hans Schemm beginnt. Ein Schmuck ist wieder eine der prächtigen farbigen Pflanzenzetseln von Murr, K. von Wiffel bekrönt in Wort und Bild von Fichtbäumen und ihren Gestalten, Julius Wiede von den pfälzischen Stechpalmen, K. Kueh erzählt von überraschenden und doch alltäglichen Beobachtungen in der Schule. An die eingehende Beschreibung des Schutzgebietes im Eringer Moos von Dr. H. Paul schließen sich neue Gedanken an von Dr. Wallner über Entlebung von Uim- und Tuffbildungen. Wiffel-Randsberg gibt in Wort und Bild Aufschluß über Naturdenkmäler zwischen Ammersee und Lech. Aus fränkischen Gauen berichten Dr. H. Stadler-Rohr, K. G. d. d. t. Wiedorf, A. R. v. d. r. g. e. r. e. u. a. Des Interessanten und Neuen viel birgt in den „Mitteilungen“ und eine reiche Schriftenschau führt uns hinein in die geistige Abwandlung gegenwärtiger Fragen über Natur und Naturschutz. Eine Einleitung durch ein ausführliches Vorkursprogramm zur Pfingstfahrt ins Saargebiet und auf die vielversprechende Pfingst-Naturschutzausstellung in Kaiserslautern schließt das ebenso schöne, wie wissenschaftlich und volkstümlich merkwürdige Heft. (Satzesmitgliedsbeitrag zum Bund Naturschutz: 1 RM.)

41. Jahrgang, Nr. 99

Redaktion: Lindauer Tagblatt, Postfach 110, 7000 Stuttgart 1, Postfach 110, 7000 Stuttgart 1, Postfach 110, 7000 Stuttgart 1

Montag, 30. April 1934

Verlag: Lindauer Tagblatt GmbH, Lindauer Tagblatt, Postfach 110, 7000 Stuttgart 1, Postfach 110, 7000 Stuttgart 1, Postfach 110, 7000 Stuttgart 1

Lindauer National-Zeitung vereinigt mit Lindauer Tagblatt

Amliches Organ der NSDAP + Amtsblatt für alle Behörden in Stadt und Bezirk Lindau



Volk der Arbeit

Unternehmer rief nicht das Bereitschaftsamtmannd gegen | nun: immer und immer wieder wird der Führer zum den Arbeiter. Unternehmer und Arbeiter vereinigen sich | Ramat aegen die Arbeitslosigkeit rufen und zum be-

Lindauer Tagblatt und Nationalzeitung vom 30. April 1934

Auch ein Erster Mai:  
Eine Reminiszenz an „gloreiche“ Zeiten

„Nachdem ich mich vergewissert hatte, daß die Fahne vorschriftsmäßig im Mai-lüftchen über der Straße flatterte, trafen wir unsere Vorbereitungen, um durch einen heimlichen separaten Tagesausflug, der Marschmusik, den Ansprachen und den Aufmärschen der Arbeiter der Stirn und der Faust zu entrinnen. Wir mußten das ganz verstohten machen, weil unser Hausgenosse, ein älterer Pensionist, uns nicht gut gesinnt war, nachdem wir endlich darauf gekommen waren, daß er sich als stiller Teilhaber in den Verbrauch unserer Vorräte im Keller eingeschaltet hatte. Ganz waren wir seiner Rache sowieso nicht entgangen; nach dem letzten Heldengedenktag hatte er mich nämlich bei der Parteileitung angezeigt, weil ich kurz zuvor ins Krankenhaus gekommen und über diesen Zwischenfall vergessen worden war, die Fahne herauszuhängen. Auch pflegte er seither in der wärmeren Jahreszeit bei dem geringsten Dämmerlicht in dem altertümlichen Haus grundsätzlich immer die Treppenbeleuchtung einzuschalten, die über meinen Zähler ging und so hell schien, daß man bei geöffneter Tür recht gut das eigene Licht im Zimmer sparen konnte.

Auf Schleichwegen schlängelten wir uns zur Stadt hinaus in die tolerantere Natur. Wenn man es vermied, in die Nähe eines Wirtshauses zu geraten, aus dessen offenen Fenstern das Radio das Fortissimo einer Ansprache oder die Zwischenmusik eines zackigen Marsches hinausgeschleuderte, war alles ringsum ländlicher Friede, Waldeinsamkeit und darüber ein ungetrübter blauer Maienhimmel, ein wahres Arkadien.

Als wir aber dann im vorgerückten Tag beim Eistobel in einem benachbarten Gehölz die Stellung ausfindig machen wollten, wo Waldmeister wuchs, und zu diesem Zweck die Straße überqueren mußten, brauste ein Omnibus die Straße entlang. Es war eines jener zahlreichen, mit Menschen vollgestopften Fahrzeuge, die nach Erledigung des Vormittagsprogrammes die Arbeiter der Stirn und der Faust in geschlossenen Massen durch die Maienlandschaft transportierten. Empörte Gesichter schauten auf uns herunter, Fäuste reckten sich drohend heraus, und eine Frau spuckte sogar nach uns abtrünnigen Saboteuren aus. Andern Tags be-



### Festabzeichen und 1. Mai gehören zusammen

#### Vereidigung des Betriebs-Vertrauens- rates am 1. Mai 1934

Für den Gau Schwaben wird nunmehr endgültig bestimmt, daß die Ablegung des feierlichen Gelöbnisses der Betriebsführer und Vertrauensmänner der Betriebe

am 1. Mai 1934, vormittags 9 Uhr,

in den Betrieben erfolgt.

Nähere Durchführungsanweisungen erläßt der Gau-betriebszellenobmann.

kam ich eine Vorladung von der Kreisleitung.“

Interessant ist auch, daß es in Lindau mit Beginn des von den Nazis 1939 systematisch angezettelten 2. Weltkrieges ab 1940 keine 1.Mai- Umzüge, sondern nur noch Saalveranstaltungen gab. Dafür wurde nun auch selbstverständlich die 1.Mai-Propaganda in den Zeitungen, Reden und den Wochenschauen voll in den Dienst der Nazi-Kriegsführung gestellt. Die Arbeiterklasse, inzwischen durch die NS-Faschisten mit Zwangsarbeitern/innen, Kriegsgefangenen und KZ-Gefangenen auch in Lindau, beispielsweise bei den Firmen Dornier, Escher-Wyss, Wankel und Elektra und Geiger in Schlachters international zusammengewürfelt, verlor nochmals einen Großteil

der ihnen verbliebenen mageren Schutzrechte. Die Zwangsverpflichtung an einen bestimmten Arbeitsplatz war eines der Mittel hierzu.

Interessant aber auch folgende Kurznotiz in der Lindauer Ausgabe des Südschwäbischen Tagblattes vom 29.4. 1944:

„Am 1. Mai Arbeitsruhe. Der Nationale Feiertag des deutschen Volkes am 1. Mai 1944 ist auch in diesem Jahr ein Tag der Arbeitsruhe. Er dient ausschließlich der Entspannung der schaffenden Bevölkerung. Veranstaltungen finden nicht statt. Beflagung unterbleibt.“

Zum 1. Mai des dann folgenden Jahres 1945 waren auch die Lindauer/innen vom „Nationalsozialismus“ befreit, allerdings nicht aus eigener Kraft, sondern durch Armeen anderer Staaten.

# 7. Neuanfänge nach dem 2. Weltkrieg



## Anzeiger für die Stadt Lindau

### Stadtnachrichten

#### Maifeier der Gewerkschaften

In demokratischer Tradition leiteten die Mitglieder der Lindauer Gewerkschaften den Weltfeiertag der Arbeit mit einer Maifeier ein, die am Vormittag von der Gewerkschaft der Metallarbeiter des Kreises Lindau im Kolosseum durchgeführt wurde. Die große Beteiligung an dieser ersten gemeinsamen Zusammenkunft der Arbeiter innerhalb ihrer Gewerkschaften gestaltete die Feierstunde — mit Chören und festlicher Musik umrahmt — zu einem verheißungsvollen Auftakt für ein weiteres gemeinsames Wirken auf demokratischer Grundlage.

Nach dem Eingangsmarsch, recht flott gespielt von der Kapelle Heimpel, die der Feierstunde mit ihrer Musik ein freudiges Beginnen gab, eröffnete der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Pfister, die Arbeiterkundgebung. Er wandte sich in seiner Begrüßungsansprache vor allem an die anwesenden Gewerkschaftsmitglieder der übrigen Branchen und führte aus, daß die Gewerkschaften von jeher Vertreter des demokratischen Gedankens und damit Gegner von Militarismus und Faschismus gewesen seien. Hätte man damals schon den Ruf nach Völkerfriede und Völkerverständigung, der besonders in den deutschen Arbeiterkreisen ertönt sei, beherzigt, anstatt an die Phrasen der Trommler und politischen Scharlatane zu glauben, wäre nicht jenes Elend über uns gekommen. So aber hätten wir keinen Grund, ein Freudenfest zu feiern, weil wir es nicht aus eigener Kraft fertiggebracht hätten, uns dieser Bedrücker und Tyrannen zu entledigen.

Der Kreisrat für die allgemeine Verwaltung, Dittrich, der nach dem Chor „Weltenfriede“ von Schweitzer, vom Arbeitergesangsverein „Eintracht“ stimmungsvoll vorgetragen, das Wort ergriff, erinnerte an das Jahr 1932, in dem zum letztenmal der 1. Mai als ein Tag der Willenskundgebung der unabhängigen und freien Gewerkschaften abgehalten wurde. Mit dem 1. Mai 1933 habe man in dem neu errichteten Dritten Reich den „Tag der nationalen Arbeit“ eingeführt. Dittrich, der sich mit den Forderungen der Gewerkschaften von einst und jetzt befaßte, geißelte in seinen weiteren, sich mit den Phrasen nationalsozialistischer Führer auseinandersetzen den Ausführungen besonders die leeren Worte und Doktrinen des ehemaligen deutschen Reichsorganisationsleiters Dr. Ley, dem es nicht darum gegangen sei, junge Menschen zu einem anständigen Beruf zu führen, sondern vor allem darum, Kanonenfutter für Hitler und seine Schergen zu schaffen. Er gab alsdann einen kurzen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften vor dem ersten Weltkrieg, sprach von dem Zweiten Reich als einer Demokratie ohne Demokraten und brachte schließlich zum Ausdruck, daß nunmehr die Konsequenzen gezogen werden müßten aus allen bisher begangenen Fehlern.

Der Vortrag, den der Redner mit den Worten schloß: „Viele wenig machen ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel“, wurde zu einem Appell an die Arbeiterschaft, die nach 14 Jahren Unterdrückung zum erstenmal wieder ihrer Maifeier unabhängig, frei und zwanglos zu gestalten vermochte. Mit zwei weiteren Chören und einem Musikstück klang die Feierstunde, der u. a. auch Präsident Groll beiwohnt hatte, würdig aus.

O. K.

### Achtung! Gewerkschaftsmitglieder!

## Maifeier!

Die Maifeier in Lindau wird von der Gewerkschaft der Metallarbeiter des Kreises Lindau am Mittwoch, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im Kolosseum durchgeführt. Die Mitglieder der Gewerkschaften:

der Eisenbahner  
der Bauarbeiter  
der Holzarbeiter  
der Lebens- und Genussmittelarbeiter  
der Angestellten  
der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
der Buchdrucker

werden zur Teilnahme an dieser Feier hiermit aufgefordert  
Der Vorsitzende.

Amtlicher Anzeiger für den bayrischen  
Kreis Lindau vom 30. April 1946

### Aus der Inselstadt

Zum 1. Mal. Die Militärregierung in Lindau hat für den 1. Mai eine Sonderzuteilung von 20 Zigaretten je Raucherkarte bewilligt. Die Ausgabe erfolgt in den einschlägigen Geschäften ab heute Dienstag. Besitzer von Raucherkarten, die beim letzten Aufruf nicht mehr in den Besitz ihrer Rauchwaren gekommen sind, können diese ebenfalls heute noch beziehen. Um in Zukunft Stockungen in der Lieferung von Rauchwaren zu vermeiden, sollen von den Bezüglern nur in dem für ihren Wohnort zuständigen Geschäften eingekauft werden.

Milch am 1. Mal. Wie die Milchzentrale mitteilt, erfolgt die Milchauslieferung und -zustellung wie werktags, jedoch öffnen die Ladengeschäfte erst gegen Mittag.

Ärztlicher Sonntagsdienst, Mittwoch, den 1. Mai 1946. Dr. Davidson, Kemptener Straße 110, Tel. 300. Hirschapotheke, Cramergasse 17, Tel. 2814. — Der Rettungsdienst ist Tag und Nacht telephonisch unter der Nummer 340 zu erreichen.

»Schwäbische Zeitung« vom  
30. April 1946

Amtlicher Anzeiger für den bayrischen  
Kreis Lindau vom 3. Mai 1946

## 2600 Mitglieder

### Die Entwicklung der Gewerkschaften des Kreises Lindau

Der Neuaufbau der Gewerkschaften des Kreises Lindau begann bereits wenige Wochen nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Damals, im Sommer 1945, fanden sich einige bewährte Kollegen aus den früheren, von den Nationalsozialisten zerschlagenen Gewerkschaften zusammen, um mit Erlaubnis der Militärregierung erste Voraussetzungen für eine neue Organisation der Arbeitnehmer zu schaffen. Diese Aufgabe gestaltete sich zunächst außerordentlich schwierig. Doch allmählich wuchs in allen Berufen und Betrieben das Verständnis der Arbeiter für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Heute gibt es im Kreis Lindau neun Berufsverbände mit insgesamt 2800 Mitgliedern. Es handelt sich dabei im einzelnen um die Gewerkschaften der Bauarbeiter, der Behördenangestellten, der Buchdrucker, der Eisenbahner, der Holzarbeiter, der Metallarbeiter, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, des Personals der öffentlichen Betriebe und der Textilarbeiter. Die Textilarbeiter bilden mit über 600 Mitgliedern die zweitstärkste Gewerkschaft im Kreis. Ihr Vorstand hat seinen Sitz in Lindenberg, dem Zentrum der Hutindustrie. Alle anderen Verbände werden von Lindau aus geleitet.

Die verschiedenen Gewerkschaften schlossen sich im vergangenen Jahr zu einem Kreiskartell, dem Ortsverband der Gewerkschaften des Kreises Lindau, zusammen. Zur Gründungsversammlung des Kartells am 12. September war neben deutschen Behördenvertretern auch Herr Capitaine Whilm aus Ravensburg als Vertreter der Militärregierung erschienen. In den geschäftsführenden Vorstand des Ortsverbandes wurden die Kollegen Klemm (1. Vorsitzender), Simmolet (2. Vorsitzender), Pietsch (1. Schriftführer), Braun (2. Schriftführer) und Schellmann (Kassierer) gewählt.

Im Herbst 1946 wuchsen die organisatorischen Aufgaben und die Verwaltungsarbeit in einem Maße, daß sie nicht mehr nebenberuflich zu bewältigen waren. Die Einrichtung eines Büros erwies sich als notwendig, sofern die weitere Entwicklung der Gewerkschaften nicht gehemmt werden sollte. Der Ortsverband berief den bisherigen Vorsitzenden der Bauarbeitergewerkschaft, Kollegen Mössinger, zum hauptberuflich angestellten Sekretär.

Die wichtigsten ersten Aufgaben des neuen Büros bestanden in der Organisation der Weihnachtsfeier für die Kinder der Gewerkschaftsmitglieder und in der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen. Die Weihnachtsbescherung, für welche die Kollegen in den Lindauer Betrieben namhafte Beträge gesammelt hatten, gestaltete sich zu einem großen Erfolg: mehr als 1500 Kinder wurden mit Backwerk, Äpfeln und anderen kleinen Geschenken bedacht. Außerdem reichen die gesammelten Mittel aus, um unseren Kindern im Laufe des Frühjahrs einige geschlossene Vorstellungen im Neuen Filmtheater zu bieten. Die Betriebsrätewahlen konnten trotz kurzer Vorbereitungszeit im ganzen Kreisgebiet termingemäß durchgeführt werden. Nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind in Lindau auch bei den Behörden Betriebsräte gewählt worden.

Ein wesentlicher Teil der gewerkschaftlichen Arbeit vollzieht sich im Rahmen öffentlicher Körperschaften. Vertreter der Gewerkschaften sind in zahlreichen Ausschüssen der Stadtverwaltung, der Kreisversammlung, des Arbeitsamts, des Wirtschaftsamtes und verschiedenen anderen Einrichtungen tätig. Die Bildung eines Arbeitsgerichts ist vom Ortsverband beantragt.

Zur Wahrung wirtschaftspolitischer Belange ist im Februar mit Genehmigung der Militärregierung der „Gewerkschaftliche Verein zur Förderung wirtschaftlicher Interessen“ ins Leben gerufen worden. Mitglieder der Gewerkschaft haben sich damit — als erste Organisation dieser Art in Deutschland — ein wichtiges und beispielgebendes Instrument für die Entwicklung demokratischer Wirtschaftsformen geschaffen. Der Verein gewinnt besonders auch im Hinblick auf die Neubildung der Verbrauchergenossenschaften große Bedeutung.

Das Kreiskartell hielt am 8. März seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Klemm, schilderte in einem ausführlichen Tätigkeitsbericht die Arbeit des Ortsverbandes und hob dabei die verständnisvolle Unterstützung hervor, die den Gewerkschaften seitens der Militärregierung zuteil wird. Er hoffte, daß sich künftig eine ähnlich gute Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden ergeben möge.

Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Leitung des Ortsverbandes. Die Delegierten beschlossen die Errichtung von Ortsausschüssen in Lindenberg und Weiler. Dieser Beschluß ist inzwischen bereits in die Tat umgesetzt worden.

Nachdem nunmehr auch Arbeitnehmer unter 18 Jahren in die Gewerkschaften aufgenommen werden können, ist im Kreis Lindau mit einer weiteren Steigerung der Mitgliederzahlen zu rechnen. Die Werbetätigkeit wird von den Funktionären der Fachverbände und dem Sekretär des Kreiskartells laufend fortgesetzt. Als vordringlichste Aufgabe aber gilt in den nächsten Wochen und Mo-

naten die Schulung der Betriebsräte. Abschließend sei vermerkt, daß Lindau infolge seiner eigenartigen politischen Lage eine Sonderstellung einnimmt. Lindau hat trotz seiner Zugehörigkeit zur französischen Besatzungszone nicht aufgehört, ein bayerischer Kreis zu sein. Für die Gewerkschaften des Kreises ergab sich daraus die Notwendigkeit, ohne feste Bindung an Süd-Württemberg, ganz auf sich selbst gestellt, mit den Aufgaben des Tages fertig zu werden. Daß ihnen dies dank der engen Fühlungnahme mit den Gewerkschaften Süd-Württembergs weitgehend gelungen ist, wird durch den Erfahrungsaustausch mit württembergischen und bayerischen Kollegen immer wieder aufs neue bestätigt. op.

### Der 1. Mai in Lindau

Das Programm für die Feier des 1. Mai sieht am Vormittag um 9 Uhr eine Massenversammlung im Stadttheater vor. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht, umrahmt von einem Sprechchor und musikalischen Darbietungen des Arbeiter-Gesangsvereins „Eintracht“, die Festrede des Generalsekretärs der Bayerischen Gewerkschaften, Kollegen Georg Reuter aus München. Für den Abend ist im Stadttheater und im Konzertsaal allgemeiner Maitanz vorgesehen.

### Theatergemeinde der Gewerkschaft

Vorläufige Erhebungen über das Interesse der Gewerkschaftsmitglieder für die Vorstellungen des Lindauer Stadttheaters haben ergeben, daß alle Aufführungen des Sommerspielplans heuer in geschlossenen Sondervorstellungen für die Gewerkschaften wiederholt werden müssen. Dank weitgehenden Entgegenkommens des Städtischen Kulturamtes können diese Vorstellungen zu erheblich verbilligten Preisen durchgeführt werden. Die über Erwarten starke Anteilnahme der Kollegen hat den Anstoß zur Bildung einer Theatergemeinde der Lindauer Gewerkschaften gegeben. Diese Organisation sichert ihren Mitgliedern zu günstigen Eintrittspreisen vier Opern, fünf Operetten und mehrere Schauspiele und Unterhaltungsstücke.

### Die Gewerkschaften fordern:

#### Vier Vertreter in den Kreiswirtschaftsausschuß

Im Kreiswirtschaftsausschuß, dem Kontrollorgan des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes, ist gegenwärtig nur ein Gewerkschaftler vertreten. Abgesehen davon, daß damit keineswegs eine Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeitergewerkschaft gewährleistet wird, ließen in letzter Zeit mehrere Vorkommnisse deutlich erkennen, daß der Kreiswirtschaftsausschuß in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht fähig ist, grobe Verstöße gegen die Vorschriften zur Sicherung der Ernährung zu unterbinden. Der Ortsverband der Gewerkschaften hat deshalb wiederholt gefordert, daß der Kreiswirtschaftsausschuß mit mindestens vier Gewerkschaftsvertretern besetzt werden soll. Nach einem Schreiben des Landrats Dr. Bernklau wurde dieser Antrag vorläufig abgelehnt. Die Gewerkschaften haben sich jedoch damit nicht abgefunden und bleiben auf

ihrer Forderung bestehen. Die geringen Zuteilungen an Bekleidung, Schuhen und Fahrradersatzteilen sowie die fortschreitende Verschlechterung der Ernährungslage machen eine genaue Ueberprüfung der Erfassung und Verteilung aller Mangelwaren durch einen Kontrollausschuß, in dem die Gewerkschaften entsprechend stark vertreten sind, zu einer zwingenden Notwendigkeit.

#### Organisation der Transportarbeiter

Lindauer Transportarbeiter haben sich zusammengeschlossen, um bei der Militärregierung die Zulassung einer Gewerkschaft der Transportarbeiter des Kreises Lindau zu beantragen. Damit entsteht, sobald die Gründung genehmigt wird, die zehnte Berufsgewerkschaft in unserem Kreisgebiet.

Gewerkschaftszeitung des Württembergischen Gewerkschaftsbundens, Tuttlingen am 1. Mai 1947

# Kundgebung der Lindauer Gewerkschaften zum 1. Mai

Nach langen Jahren der Knebelung des Geistes, der Wahrheit und der Freiheit feierten die Lindauer Gewerkschaften in diesem Jahre erstmalig wieder im Stadttheater einen 1. Mai, der die große Tradition eindrucksvoller Feierstunden aus den Jahren vor 1933 würdig fortsetzt. Den bis zum letzten Platz gefüllten Saal des Stadttheaters schmückte ein Transparent mit der mahnenden Inschrift: „Völker aller Länder, vereinigt euch! Nie wieder Krieg!“ Der Vorsitzende des Ortsverbandes der Gewerkschaften, Wilhelm Klemm, eröffnete die Kundgebung und begrüßte die Gäste, an deren Spitze Capitalne Whilm aus Ravensburg als Vertreter der Militärregierung, den Kreispräsidenten, den Landrat, den Bürgermeister der Stadt Lindau, die Mitglieder der Kreisversammlung und des Lindauer Stadtrats sowie die Vorstände der politischen Parteien.

Nach musikalischen Darbietungen eines Orchesters unter Leitung von Militzer und des Arbeitergesangsvereins „Eintracht“, der bei dieser Gelegenheit erstmalig unter seinem neuen Dirigenten Prestele vor die Öffentlichkeit trat, wurde eine Sprechchorszene vorgetragen, die in ergreifender Weise Sinnlosigkeit und Fluch des Krieges darstellte. Im Mittelpunkt der Kundgebung stand die Festrede des Generalsekretärs des Bayeri-

schen Gewerkschaftsbundes, Georg Reuter aus München. Der Redner übermittelte zunächst die Grüße des Vorstandes des Bayerischen Gewerkschaftsbundes und gab eine Rückschau auf die Geschichte des 1. Mai, die zugleich ein wesentliches Stück der Geschichte der Arbeiterbewegung ausmacht. Mit Worten des Dankes an die Vereinten Nationen, die Deutschland von Hitler und dem Nationalsozialismus befreit haben, verknüpfte er das Gelöbnis, die Gewerkschaften zu einem Instrument des Friedens zu machen, damit es nie wieder zu einem Krieg kommen könne. Mögen die Wellen des Bodensees, so führte Reuter aus, unsere Sehnsucht nach Frieden und Völkerverständigung und unseren Willen zur Zusammenarbeit auch nach Oesterreich und zur Schweiz hinübertragen. Der Tag müsse wieder kommen, an dem Deutschland aus der Diffamierung gelöst und in den Kreis der friedfertigen Nationen aufgenommen werde. Unsere Aufgabe sei es, das Ausland davon zu überzeugen, daß der Haß aus unseren Gedanken verschwunden sei und die Liebe Einkehr gehalten habe.

Die Gewerkschaften wünschen keinen Wiederaufbau der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie treten ein für eine Ordnung, deren Mittelpunkt der Schaffende und seine Familie bildet. Eine ehrliche Koalition

zwischen wahren Christentum und praktischem Sozialismus sei der Weg in die Zukunft. Die Gewerkschaften sind eine der tragenden Säulen für den Neuaufbau von Land und Volk. Wer die Gewerkschaften zerstören oder angreifen will, sei ein Störenfried wie einer, der die Kirche zerstören will. Nicht Zwietracht, sondern Zusammenarbeit, nicht Heuchelei, sondern praktisches Christentum, kein Lippenbekenntnis, sondern wahre Dienstbereitschaft und ernste Arbeit sind die Bausteine für eine Welt, in der unsere Flüchtlinge Hilfe und die Witwen und Waisen Trost finden könnten. Die Schaffenden wollen jedoch nicht Stein auf Stein fügen, damit andere in dem neuen Hause wohnen können. Sie wollen nicht Schutt wegräumen für die, welche schuld sind an den Trümmern. Nur wer den Tisch mit decken hilft, hat ein Recht, daran Platz zu nehmen. Der Redner schloß seine Ausführungen, die immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen wurden, mit einem Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, zur Völkerversöhnung und zum Frieden.

Weitere eindrucksvolle Kundgebungen der Gewerkschaften zum 1. Mai wurden in Lindenberg und in Weiler veranstaltet. Am Abend hielten die Lindauer Gewerkschaften im Saal des Stadttheaters und im Konzertsaal allgemeinen Maitanz ab.

Schwäbische Zeitung vom 3. Mai 1947

## Der 1. Mai in Lindau

Feierstunde im Stadttheater — Festrede des Präsidenten Fleck

Der Ortsverband der Gewerkschaften beging den 1. Mai mit einer morgendlichen Feierstunde im Stadttheater, das im Schmuck junger Birken prangte. Feier und Ansprachen standen unter dem Motto, das ein rotes Spruchband über der Bühne verkündete: „Für Friede, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“. Der erste Vorsitzende, Wilhelm Klemm, begrüßte den Kreispräsidenten, Bürgermeister Geheimrat Dr. Frisch, Regierungsrat Röhl und als Referenten den Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Hohenzollern, Landtagsabgeordneten Fleck, sowie die Kreis- und Stadträte.

In seiner Festansprache betonte Fritz Fleck die Solidarität, die die arbeitenden Menschen an diesem Weltfeiertag der Arbeit umschlingt, ihre Friedenssehnsucht, aber auch die Tatsache, daß gerade darum der 1. Mai noch immer ein Kampftag sei. Denn alles, was in jahrzehntelangen Kämpfen errungen wurde, sei dem verbrecherischen Krieg zum Opfer gefallen, der unzählige Tote gefordert und namenloses Leid hinterlassen habe. Noch immer aber herrsche Kriegszustand, und nicht nur das: draußen werde schon wieder gerüstet, um für einen neuen Krieg vorbereitet zu sein. Darum müßten sich alle Werktätigen in der ganzen Welt einig sein in dem Gedanken: Nie wieder Krieg! Die Nazis seien für das Geschehen nicht allein verantwortlich, sie seien die willigen Werkzeuge der Kapitalisten, Schwerindustriellen, Großagrarien und Militaristen gewesen. Der Redner erinnerte dabei auch an die Freundschaftspakte, die ausländische Regierungen mit den

Naziführern geschlossen hatten, denen sie damit ihren unheilvollen Weg erleichterten. Die Gewerkschaften seien eine große Familie, in der sich jeder wohlfühlen könne, der guten Willens sei, welche politische Richtung und welch religiöses Bekenntnis er auch habe. Sie forderten eine Neuordnung der Wirtschaft und Verwaltung, in der der Wille des Volkes maßgebend sei. Eine Demokratisierung der Wirtschaft sei notwendig. Den Weg des Wiederaufbaues wollten die Gewerkschaften mit Unternehmertum, Handwerk und Mittelstand gemeinsam machen. Auch eine Beseitigung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land sei dringend erforderlich. Die Wirtschaft müsse genau so kontrolliert werden wie die Landwirtschaft. Der Redner schloß seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Bekenntnis zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands und mit einem Gruß an unsere Kriegsgefangenen, deren Freilassung im Namen der Menschlichkeit noch vor Weihnachten zu fordern sei, sowie an alle Brüder jenseits der Zonengrenzen.

Die festliche Musik eines eigens zusammengestellten Orchesters und Chorgesänge, die der Arbeitergesangsverein „Eintracht“ in seiner eindrucksvollen Art vortrug, machte die Veranstaltung zu einer wirklichen Feierstunde der Schaffenden Lindaus, die dem Ruf der Gewerkschaften bereitwillig gefolgt waren. Der Abend des 1. Mai vereinte die Werktätigen zu einem zwanglosen frohen Fest, bei dem auch der Tanz zu seinem Recht kam.

Schwäbische Zeitung vom 4. Mai 1948

# 8. Bundesrepublik Deutschland 1950 bis zur Gegenwart

## Bekennnis zum 1. Mai!

Von Gewerkschaftssekretär Christian Gärtner, Lindau

Auf der diesjährigen Kundgebung der Gewerkschaften zum 1. Mai — sie beginnt um 10 Uhr im Bahnhof-Terrassensaal — spricht Bundestagsabgeordneter Oskar Rümmele.

Seit einem Menschenalter feiert die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft der ganzen Erde den ersten Mai als ihren Feiertag; an ihm werden immer wieder die berechtigten Forderungen der Werktätigen der Öffentlichkeit unterbreitet und bekräftigt, sei es in Versammlungen, Massendemonstrationen oder festlichen Umzügen; oder im Rahmen kultureller Veranstaltungen. Allen gemeinsam sind die Forderungen und der Wille zu einer Verständigung! Die Voraussetzungen und gleichsam das Unterpfand für den Völkerfrieden sind der Familienfriede und der gerechte soziale Arbeitsfriede. Der Kernpunkt aller gewerkschaftlichen Forderungen ist die soziale Gerechtigkeit.

Wie könnte der Familienfriede besser gesichert sein als durch den ausreichenden Verdienst des Ernährers, der Anspruch erhebt auf einen gerechten Lohn für die mit seinen Händen und mit seinem Geist geschaffene Arbeit, der Anspruch hat auf einen gerechten Anteil an den Produkten, die aus den Millionenhänden der Arbeitnehmer zum Nutzen des gesamten Volkes stammen. Das Kapital allein ist tot und wertlos, wenn nicht die Geistes- und Händearbeit die Werte schaffen würden, deren das Volk zum Leben bedarf.

An der Nutznießung aus allen den durch die Arbeit geschaffenen Werten werden die Arbeitnehmer überhaupt nicht oder nur gering beteiligt. Sie erhalten kaum den ihnen zustehenden gerechten Lohn, der zudem noch bitter und hart erkämpft werden muß. Aus den Sälen der bayerischen Arbeitsgerichte liegen für das Jahr 1950 über 8500 Entscheidungen vor, die den organi-

sierten Arbeitnehmern durch die Rechtshilfe des Deutschen Gewerkschafts-Bundes rund 2 1/2 Millionen DM an vorenthaltenen Löhnen zuerkennen.

Die Not der alleinstehenden Frauen, der Vertriebenen und Rentner ist riesengroß. Ihre Renten oder die sehr kargen Verdienste reichen nicht hin, das Notwendigste zu kaufen. Verständigung unter uns tut not. Sie kann in sich den inneren Frieden bergen, den Frieden in der Familie, den Frieden am Arbeitsplatz. Damit wäre der Weg geebnet zur sozialen Sicherheit, die alle glücklich werden lassen könnte. Das ist der ewige Wunsch und die uralte Forderung am Feiertag der Werktätigen, am 1. Mai!

Die Völkerverständigung ist das höhere Gebot. Die Flammenzeichen am politischen Horizont sind drohend beängstigend. Die Hintergründe dieser unheilvollen sogenannten „hohen“ Politik, die tiefsten Ursachen hierzu sind immer die gleichen: Die Profitraten der kapitalistischen Mächtigkeitsgruppen dürfen nicht geschmälert werden, im gegenseitigen Haß und in der konkurrierenden Gier wird der Friedenswille der Völker untergraben. Die gesamte Arbeitnehmerschaft der ganzen Erde, in allen Ländern der Welt legt deshalb am 1. Mai zugleich das Bekenntnis ab zum wahren Völkerfrieden, zur Völkerverständigung und erhebt an die verantwortlichen Staatsmänner der Erde den Millionen schrei: Friede! Friede! Friede!

Aus ihm allein wächst die Wohlfahrt der Menschheit, die jahrzehntelang durch ein Meer von Blut und Tränen schritt! Aus dem Völkerfrieden allein erwächst die soziale Sicherheit und damit die Freiheit aller Arbeitnehmer. Für diese hohen und heiligen Ziele kämpfen wir. Für diese Forderungen legen wir am 1. Mai ein Bekenntnis ab.



Oskar Rümmele (MdB) beim  
Lindauer 1. Mai 1951,  
Foto Pankow, LZ 5. Mai 1951

Lindauer Zeitung vom 31. April 1951

## „Der Mensch darf nicht verstaatlicht werden“

Eindrucksvolle Kundgebung der Lindauer Gewerkschaften am 1. Mai

× Im Mittelpunkt der Maifeyer im Bahnhofterrassensaal, an der auch Bundestagsabgeordneter Graf von Sprei, Kreispräsident Zwilser und Oberbürgermeister Geheirat Dr. Frisch teilnahmen, standen Anspachen des Bundestagsabgeordneten Oskar Rümmele und des Lindauer Gewerkschaftssekretärs Christian Gärtner. Letzterer erinnerte einleitend daran, daß am Ende des vergangenen Jahrhunderts, als der Tag der Arbeit zum ersten Male begangen wurde, Bekennernut dazu gehörte, den 1. Mai unter Verzicht von Lohn und unter Androhung von Maßregelungen zu feiern. Inzwischen haben die Gewerkschaften einen weiten Weg zurückgelegt. Aus dem Proletarier von einst ist heute der gleichberechtigte Sozialpartner geworden. 54 Millionen Werktätige legen heute in der Welt ein einmütiges Bekenntnis zum wahren Völkerfrieden, zur Freiheit und zur sozialen Gerechtigkeit ab. Gewerkschaftssekretär Gärtner streifte in seinen Ausführungen, die mehrfach von Beifall unterbrochen wurden, auch die Preisentwicklung der letzten Zeit. Er bezeichnete sie als einen Ausdruck der Unfähigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung.

Nach der Verlesung einer Grußadresse der französischen freien Gewerkschaften an die deutschen Arbeiter, worin die Ueberzeugung ausgesprochen wurde, der Schumanplan werde keine Quelle der Schwierigkeiten zwischen den deutschen und französischen Arbeitern sein und die Verständigung der deutschen und französi-

schen Arbeiter sei eine wichtige Etappe auf dem Wege zum vereinten Europa, betrat Bundestagsabgeordneter Oskar Rümmele, einer der führenden Männer in der Gewerkschaft der Eisenbahner, das Rednerpult. Auch er erinnerte an die Geburtsstunde des Tags der Arbeit im Jahre 1889. Heute sei der 1. Mai ein gesetzlicher Feiertag, den die Werktätigen in Freiheit, Würde und Gleichberechtigung feiern können. Der 1. Mai sei immer ein Bekenntnis für die Freiheit und gegen Diktatur und Gewissenszwang gewesen. Die Verhältnisse in der Ostzone berührend, erklärte der Redner, dort rede man von Freiheit und meine die Gewalt. Dort zeige das Henckede- und das Stachanow-System, um wieviel schlimmer der Staatskapitalismus sei als der freie Kapitalismus, der wahrhaftig auch viele Schattenseiten habe.

Gewerkschaft sei kein revolutionäres Mauern-Einrennen, sondern unermüdete Tagesarbeit für den kleinsten Mann im Betrieb. Die deutschen Gewerkschaften, deren verstorbener Vorsitzender Dr. Böckler gleichberechtigt mit dem Bundeskanzler verhandeln konnte, dürfen stolz sein über das errungene Mitbestimmungsrecht in der stahl- und eisenschaffenden Industrie.

Dieses Mitbestimmungsrecht sei erst ein Anfang. Doch nirgends in der Welt gäbe es ein Recht, das nicht mit Pflichten verknüpft sei. Die Gewerkschaften übernahmen nun die Verpflichtung zur Mitverantwortung in der Wirtschaft. Unter stürmischem Beifall erklärte

Rümmele: „Der Mensch muß im Mittelpunkt der Wirtschaft und des Geschehens stehen. Wir wollen, daß der Staat vermenschlicht wird und wir wollen nicht, daß der Mensch verstaatlicht wird.“ Auf die hohen Kriegsfolgelasten eingehend, erklärte der Redner, wir müßten heute für zwei verlorene Weltkriege büßen. Es komme nicht darauf an, wie hoch der Stundenlohn sei, aber es gehe den Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen darum, wie groß die Kaufkraft des Stundenlohns sei. Der Preiswucher müsse unterbunden werden. Der deutsche Gewerkschaftsbund fordere mit Recht eine schärfere Preisüberwachung und eine Wucherbekämpfung. Die Offenlegung der Handelspapieren sei zu erwägen. Wenn die Werktätigen nun in Betrieben bestimmter Größenordnungen das Mitbestimmungsrecht erkämpft haben, so denke das deutsche Bürgertum zumeist nur daran, was man dabei hergegeben habe. Man vergesse ganz, was man dadurch auf der anderen Seite an gesteigerter Arbeitsfreude, Leistung und Verantwortung gewonnen habe.

Den sozialen Ausgleich bezeichnete der Redner als eine kulturelle Tat. Zum Schluß seiner Ausführung, die bei den Zuhörern einen nachhaltigen Eindruck hinterließen, betonte er den Wert der heutigen Einheitsgewerkschaft. Wenn gegenseitige Achtung und Toleranz geübt werden, so sei gewährleistet, daß die Einheitsgewerkschaft weiterhin die Interessen aller Werktätigen mit Erfolg wahrnehmen könne.

Lindauer Zeitung vom 5. Mai 1951

## Maiaufruf des DGB

Am morgigen Tag feiert die Arbeitnehmerschaft der freien Welt ihren Feiertag. Es war und ist seit jeher der Tag, an dem die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammengeschlossen sind, ihre Forderungen an Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erheben. Auch der diesjährige Maitag steht in Westdeutschland wie kaum ein anderer 1. Mai in der Gewerkschaftsgeschichte im Zeichen einer fälligen weiteren Existenzbesserung für die Arbeitnehmer. Mag es sich um die Arbeitszeit, den Lohn oder die Sozialreform handeln, auf allen Gebieten müssen die Forderungen erhoben und durchgesetzt werden. Ueberall künden sich im sozialen Raum verschärfte Spannungen an. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wünschen sie nicht, sie lassen sich aber auch nicht von ihnen schrecken. Ein gesunder sozialer Fortschritt ist nicht nur die beste Visitenkarte für den demokratischen Staat, sondern die einzig erfolversprechende Abwehr aller destruktiven Kräfte. Wenn es sein muß, wird sich deshalb die westdeutsche Arbeitnehmerschaft am 1. Mai 1956 auf die kämpferische Tradition ihres Feiertages besinnen.

Darum rufen wir die Arbeitnehmerschaft der Stadt Lindau und Umgebung auf, geschlossen an der Kundgebung des DGB-Kreis Ausschusses in der Sängersalle teilzunehmen. Zeigt durch Eure Teilnahme, daß die Lindauer Arbeitnehmerschaft einig und geschlossen für ihre Forderungen eintritt. An die Bevölkerung appellieren wir, zu Ehren des Feiertages der Arbeit ihre Häuser zu beflaggen.

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Kreis Ausschuss Lindau  
(gez.) Franz Fiala.

Lindauer Zeitung vom 30. April 1956

Der 1. Mai in der Bundesrepublik Deutschland war seit deren Gründung am 23. Mai 1949 zu einem großen Teil ein Spiegelbild der Entwicklung der Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaften. Bis zu ihrem erneuten Verbot 1956 kamen noch die Feiern und Besonderheiten der KPD hinzu. Ab der Zeit der *Ausserparlamentarischen Opposition (APO)* und der *Studentenbewegung* Ende der sechziger Jahre und den daraus herrührenden Neugründungen revolutionärer Gruppen und Parteien wurden teilweise auch wieder klassenkämpferische Inhalte und Formen an diesem Tag praktiziert. Die SPD trat als Veranstalterin von 1. Mai-Feiern nicht mehr auf, sondern gestaltete durch Personalunionen jene des DGB. Halbradikale Mai-Reden kamen nun immer offensichtlicher und häufiger in Widerspruch zur kampfsscheuen Alltagspraxis des Verhandeln seitens des bundesdeutschen DGBs.

Franz Fiala erinnert sich

In einem Gespräch zur Erstellung dieser Schrift mit dem langjährigen Vorsitzenden des Kreises Lindau, bzw. des Kreises Allgäu des *Deutschen Gewerkschaftsbundes*, dem 1954 nach Lindau gekommenen IG-Metaller und Sozialdemokraten Franz Fiala, erinnerte sich dieser auch an die lindauer DGB-Feiern zum 1. Mai während 31 Jahren Funktionärsarbeit. Hier nun die Passagen, welche sich direkt auf den lindauer 1. Mai beziehen.

*„Am 1. Februar 1954 begann ich meine Tätigkeit beim DGB- Lindau und war dann gleich zusammen mit dem Kreisvorsitzenden für die 1. Mai-Feier 1954 tätig. Ursprünglich waren diese Feiern immer im Stadttheater. Erst als uns zu Beginn der 60er-Jahre die Veranstaltung der Psychotherapeuten verdrängte, gingen wir in den Filmpalast, dann in das Schlechterbräu und danach in die Inselhalle. In der Sängersalle fanden schon auch Mai-Feiern statt, aber nur, wenn Auswärtige mit halfen die Halle zu füllen. Für das Kino mußten wir Miete bezahlen. Da wir für das Stadttheater keine Miete bezahlen mußten, erhielten wir für die Kinobenutzung einen Zuschuß der Stadt Lindau. Während der Zeit der Schlechterbräubenutzung machte man am Vorabend des 1. Mai dort auch einen Tanz in den Mai. Dies führte man ein, weil man glaubte,*

daß man unsere Kolleginnen und Kollegen auch gesellschaftlich etwas vereinen und nicht nur zum Appell am 1. Mai rufen sollte. Dies ging aber ziemlich rasch zu Ende, weil die finanziellen Defizite immer größer geworden sind.

Mit dem örtlichen Anteil an dem Erlös vom Verkauf der Mai- Abzeichen, muß der hiesige DGB ja alles für den 1. Mai, wie Zeitungsanzeigen, Saalmiete usw. bezahlen. Der Einheitspreis der Abzeichen betrug damals noch 50 Pfennige. Davon blieben uns 40 Pfennige für die Finanzierung der Feiern. Die restlichen 10 Pfennige mußten wir dem DGB für die Herstellung der Zeichen bezahlen.

In den ersten Jahren florierte der Verkauf der Mai-Abzeichen recht gut. Bis zur Vereinigung des DGB-Kreises Lindau mit dem DGB-Kreis Allgäu verkauften wir bei rund 7 000 Mitgliedern in DGB-Gewerkschaften innerhalb des Kreises Lindau rund 8 000 Mai-Abzeichen.

Damals machten wir regelmäßig in Lindau und Lindenberg, manchmal auch in Heimenkirch noch eine Mai-Feier. Die waren noch recht gut besucht, denn die Leute hatten noch einen ganz anderen Zusammenhalt als heute. Damals hat man noch mehr Solidarität bewiesen als heute, da ist man noch zum demonstrieren und nicht bloß zum Vergnügen in eine Mai-Kundgebung gegangen.

Von meinem früheren Arbeitsplatz in der

„Annahütte“ bei Freilassing war ich das, teilweise mit roten Fahnen auf Lastkraftwagen, so gewohnt. Das habe ich dann dem Lindauer DGB- Kreisvorstand vortragen. Dort sagte man aber, man sei das nicht gewohnt. Man habe bisher immer Saalveranstaltungen gemacht. Da wäre man vom Wetter unabhängig. Jedenfalls war es weder in Lindau noch Lindenberg möglich, daß man einen Mai-Umzug mit anschließender Kundgebung durchführte.

Vielleicht war es auch ein Teil Bequemlichkeit, daß man sich nicht so in der Öffentlichkeit zeigen wollte, obwohl dies damals eigentlich noch nicht so war. Erst in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre ist man nicht mehr gern zum demonstrieren gegangen.

In der Zeit der Feiern im Stadttheater hatten wir mit bis zu 650 Leuten immer ein volles Haus. Selbst im Kino waren es noch über 400 Leute und im *Schlechterbräu* waren es so um die 300 Leute.

Die aktuellen Themen des 1. Mai wurden immer wieder geändert. Vom Grundprinzip ist der Tag aber gleich geblieben. Auf Grund der geschichtlichen Ereignisse war es ein Feiertag der Arbeitnehmer und gleichzeitig ein Demonstrationstag für die Ziele der Gewerkschaftsorganisationen. Die Problematiken der heutigen Mai-Feiern sind, näher untersucht, fast identisch mit denen vor hundert Jahren. Nur daß heute der einzelne sich dafür auch öffentlich bekennen kann und ein bißchen Mut dazu zeigt. Aber das ist ja nicht jedem gegeben.

Wir erlebten ja auch Demonstrationen, wo man sich darauf vorbereiten mußte, daß sie unter Umständen empfindlich gestört werden. Damals waren ja auch die Demonstrationen von Seiten der DKP oder auch der Marxisten. Das waren zum Großteil zwar eigene Kollegen, aber sie demonstrierten halt, weil ihnen der DGB scheinbar zu bürgerlich war. Insbesondere ging es ja immer um die Frage des Widerstandes gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten.

Zum Teil meinten auch Leute, die man der NPD zurechnen konnte, sie müßten die Mai-Veranstaltung benutzen, um auf sich aufmerksam zu machen. Die sind in der Regel sehr schnell wieder verschwunden.

Wir haben in Kempten und Kaufbeuren erlebt, in Lindau selbst nicht. Dort

Freitag, den 1. Mai 1959 - 10.30 Uhr, im Stadttheater

## Mai-Kundgebung des D.G.B.

Es spricht:

Bundesverwaltungsrat Richard Kanzler  
Holzkirchen/Oberbayern

Musikalische Umrahmung: Musikverein Lindau-Aeschach  
Eintritt frei! Ab 10 Uhr Platzkonzert!

Ab 20 Uhr in der Sängerrhalle:

## Mai-Tanz für Alt und Jung

bis 2.00 Uhr früh

Es spielt die gesamte Kapelle des Musikvereins Aeschach

Eintrittspreise: mit Maiabzeichen: 1.00 DM einschl. Notgr.  
ohne Maiabzeichen: 1.35 DM einschl. Notgr.

Saaleröffnung um 19 Uhr

Die gesamte Bevölkerung der Stadt Lindau (B) und Umgebung ist herzlich eingeladen!

DGB-Kreisausschuß Lindau (B)

## Amtsblatt der Stadt Lindau (B)

Betr.: Beflaggung am 1. Mai, dem Tag der Arbeit

Auf Grund der besonderen Bedeutung des Tages der Arbeit am Freitag, dem 1. Mai 1959 wird die Bevölkerung der Stadt Lindau (B) gebeten, ihre Gebäude zu beflaggen.

Lindau (B), den 30. April 1959-

gez.: Haas, Oberbürgermeister

Auf Grund der für die Stadt Lindau (B) geltenden Sperrstundenregelung wird die Sperrstunde am 1. Mai 1959 auf 03 Uhr festgelegt.

gez.: Haas, Oberbürgermeister

Lindauer Zeitung vom 29. April 1959

scheint der Mut zur Willensbekundung nicht groß vorhanden zu sein.

Am Anfang, als ich nach Lindau kam, hatte ich wegen des Klassenbewußtseins der Arbeitnehmer zuerst einen positiven Eindruck. Das ist im Laufe der Zeit immer mehr verschwunden. Ich bedauere dies deswegen, weil, wenn ich mir vergegenwärtige, was in den vergangenen Jahrzehnten an Bildungsveranstaltungen und -einrichtungen angeboten und eingerichtet worden ist, so daß man hätte davon ausgehen können, daß das politische Bewußtsein des Einzelnen wesentlich hätte verstärkt werden können, hätte sollen, und daß sie nur in geringem Umfang genutzt und umgesetzt worden sind, so ist das bedauerlich.

Klassenbewußtsein heißt ja nicht, einer bestimmten Partei anzugehören, sondern Klassenbewußtsein heißt: Ich bin Arbeit-

nehmer. Ich gehöre zu jener Klasse, die abhängig sind von einem anderem. Wenn der mich nicht beschäftigt, bin ich nichts, um es grob auszudrücken.

Bis 1961 haben wir in Lindau immer eigene örtliche Aufrufe zum 1. Mai verfasst und veröffentlicht, und zwar nur in der Zeitung. Das Motto war allerdings zentral vorgegeben. Die lindauer Aufrufe habe ich selbst verfasst. Wir waren damals so frei, und haben einen eigenen Aufruf erlassen.

Eines muß man ja unterstellen, daß nämlich durch die Gemeinschaftsveranstaltung 1. Mai das Solidaritätsgefühl und der Zusammenhalt doch verstärkt worden sind. Dies hat sich auch auf die betriebliche Atmosphäre zwischen den Kollegen und gegenüber den Arbeitgebern ausgewirkt. Dieses Erlebnis ist wichtiger, als der Text von Maiaufrufen...“.



# „Eine demokratische Wirtschaft zu erkämpfen“

Im Zeichen der Wiedervereinigung und unter der Parole „Frieden, Freiheit, Sicherheit“ versammelte der Kreisausschuß Lindau des Deutschen Gewerkschaftsbundes seine Mitglieder am Weltfeiertag vormittags im Stadttheater zu einer Malkundgebung. Auf dem mit Grün und Blumen geschmückten Podium musizierte umrahmt der Musikverein Lindau-Aeschach. Unter den Gästen hatten sich im Parkett Oberbürgermeister Haas, Oberbürgermeister Dr. May vom Landratsamt sowie zahlreiche Stadträte und Amtsvorstände der Behörden eingefunden.

Der geschäftsführende Vorsitzende des Kreis-ausschusses des DGB, Franz Fiala, begrüßte die Anwesenden herzlich und dankte im besonderen dem Oberbürgermeister und dem Landratsvertreter, daß sie in jedem Jahr am 1. Mai an der Gewerkschaftsfier teilnehmen. Man müsse es zu schätzen wissen, was der gute Kontakt mit Behörden und Dienststellen für eine Organisation von Arbeitnehmern bedeute. Zu bedauern sei nur, daß bei dem grausamen Wetter verständlicher Weise viele Freunde, besonders die Familienangehörigen der Mitglieder, nicht erscheinen konnten. Als den Referenten der Fier begrüßte der Versammlungsleiter Verwaltungsrat Richard Kanzler, den Leiter des Arbeitsamtes Holzkirchen. Er stellte ihn als einen der Gewerkschaftsbewegung aus früherer und jetziger Mitarbeit eng verbundenen Mitkämpfer der Arbeitnehmer vor, der berufen sei, dem Tag mit Worten seinen Sinn zu geben.

### Alternde Filmdiva?

Schon bei den ersten Sätzen des Redners konnte dem Hörer bewußt werden, daß die anläßlich des 1. 5. 1959 in der großen Presse angeschnittene Frage, ob der alte sozialistische Kampftag in unserer heutigen Gesellschaft noch „zum Tragen“ komme, von diesem DGB-Vertreter in sehr modernem Sinne mit Ja beantwortet wurde. Von einem Leitartikel war der „alternde Revolutionär“ (der 1. Mai) mit einer nicht mehr jungen Filmdiva verglichen worden, beide im krampfhaften und vergeblichen Bemühen um ihre jugendlichen Qualitäten gleich unsympathisch. Richard Kanzler zeigte jedoch in seiner Ansprache die außerordentlich zeit- und gegenwartsnahe Bedeutung des Weltfeiertages. Der in der Arbeitnehmerschaft leider weit verbreitete Glaube, die sozialen Errungenschaften, die sie heute genießt, als selbstverständlich hinnehmen zu können, sei ein Irrtum, sagte er. Täglich müsse das von den sozialistischen Pionieren in langem Kampf Erreichte verteidigt werden. Immer noch sei der 1. Mai der Tag, an dem Arbeiter, Angestellte und Beamte ihre Forderungen an die Gesellschaftsordnung erheben, deren es im Zuge unserer Wirtschaftsentwicklung viele vorzubringen gebe.

### Automatisierung und Frühinvalidität

Als erstes nannte der Redner die Forderung nach Wohnungen, die ein wirkliches Heim bedeuten, nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit in der Führung der Betriebe und nach einer Gesinnung, die den Menschen dienen und nicht sie beherrschen wolle. Dann aber ging er näher auf die Zusammenhänge der Wirtschaftsentwicklung von der Mechanisierung zur Rationalisierung und Automatisierung ein und ließ die sozialen Probleme klar werden, die daraus folgten. Die Arbeitskraft müsse als das höchste Gut betrachtet werden, führte er aus, und sie sei heute nachweislich durch die verfrühte Invalidität, eine Folge der Automatisierung, in Frage gestellt. Die Forderung lautete hier: Schutz der Arbeitskraft durch ein längeres Wochenende. Besonders gelte das für die Jugend, und es müsse möglichst bald vom Bundestag ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz geschaffen werden.

Mit der notwendigen Arbeitszeitverkürzung, die bereits zum Teil eingeführt sei, wachse das natürliche Bedürfnis nach Bildung in der Arbeitnehmerschaft. Es müsse gefordert werden, daß mit dem steigenden Lebensstandard auch die Bildungsmöglichkeiten zunehmen, denn das bedeute eine wesentliche Stärkung für den härter gewordenen Lebenskampf.

Weiter meldete Kanzler die Ansprüche der Arbeitnehmer auf eine ausreichende Versorgung durch die Krankenversicherung an, und zwar nicht nur für sich selbst, sondern ebenso für die Familienangehörigen.

### Zwei Schuljahre mehr!

Der Vortrag setzte sich dann für eine der Automation angepaßte, gesunde Wirtschaftspolitik ein und sprach die Überzeugung aus, daß die öffentlichen Investitionen allen wirtschaftlichen Gefahren der weiteren Automatisierung

rechtzeitig begegnen könnten. Es gelte nur, die Preise niedrig zu halten und den Konsum zu steigern. Bei gesteigerter Freizeit würde der Bedarf nach Autos, nach Radio- und Fernsehapparaten steigen. Die Automation könne so richtig verstanden - zum Lebensglück des Einzelnen beitragen. Dieses Niveau der Wirtschaft sei jedoch nur zu erreichen, wenn man erkenne, daß eine automatisierte Gesellschaft von ihren Mitgliedern eine erhöhte Lebensreife verlange. Daher müßten das neunte und zehnte Schuljahr baldigst eingeführt werden, und kein Talent dürfe dieser Gesellschaft infolge von sozialer Behinderung der Bildungsmöglichkeiten verloren gehen.

Der Redner sah - nach dem Kampf der Väter um die politische Demokratie - die heutige Aufgabe darin, eine demokratische Wirtschaft zu erkämpfen. Erst wenn dies gelungen sei, könne auch die deutsche Sorge der Wiedervereinigung endgültig behoben werden.

### Atom-Verteidigung - „sinnloser Versuch“

Mit großem Nachdruck wurde zum Schluß der Ansprache gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und gegen die Atomwaffen überhaupt Stellung genommen. Kanzler erhob die Forderung nach einem Verzicht auf den sinnlosen Versuch, die Freiheit mit diesen Vernich-

tungsmitteln zu verteidigen, weil ihre Anwendung den Untergang der Völker Europas bedeute. Nicht Ministern und Generälen dürfe die Entscheidung hierüber überlassen werden, sondern der arbeitende Mensch müsse im Mittelpunkt der Überlegungen stehen, das Gebiete der gesunde Menschenverstand. In diesem Sinne entbot der Redner zum Internationalen 1. Mai den osteutschen Arbeitern seinen Gruß und forderte die Versammlung zum Gelöbnis des Kampfes gegen Krieg und Diktatur auf.

Die Festansprache fand den lebhaften Beifall der Zuhörer. Zum Schluß dankte der Vorsitzende des DGB-Kreis Ausschusses dem Redner im Namen der Versammlung, er dankte nicht weniger den zahlreichen Helfern, die auch in diesen Jahre wieder ehrenamtlich zur Gestaltung des Feiertages beigetragen hätten. An die Adresse der Lindauer Bürger richtete Fiala die Aufforderung, in Zukunft ihrem Oberbürgermeister zu folgen und dem Aufruf zur festlichen Beflagung der Häuser am 1. Mai nachzukommen. Denn dies sei der Feiertag der Menschen, die das Jahr über ihr sauer verdientes Geld in den Lindauer Geschäften ausgeben. Mit einem feierten Marsch wurden die Feiertage von der Kapelle verabschiedet.

Lindauer Zeitung vom 4. Mai 1959

## 100 Jahre Arbeiterbewegung

Das Jahr 1963 hat für die Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik eine besondere Bedeutung. Kann sie doch das hundertjährige Jubiläum der Arbeiterbewegung begehen, denn am 23. Mai 1863 wurde in Deutschland der „Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein“ gegründet. Er kann als Vorläufer der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften angesehen werden.

Vieles hat sich seit dieser Zeit ereignet und gewandelt. Höhen und Tiefen zeichnen die Geschichte der Arbeiterbewegung und geben Kenntnis von ihrem Wirken. Vom rechtlosen, ausgebeuteten Untertan zum gleichberechtigten Staatsbürger, vom verfolgten „vaterlandslosen Gesellen“ zum Träger des demokratischen Staates - so könnte man mit Schlagworten diesen wechselvollen Weg bezeichnen.

Völkerverständigung statt Kriege, Solidarität statt gegenseitigem Kampf - das waren und sind bis heute die Grundsätze der Arbeiterbewegung geblieben.

In unserer Zeit, die besonders geprägt wird durch den rasenden technischen Fortschritt, scheint es kaum mehr Gelegenheit zu ernsthafter Besinnung zu geben. Die Jagd nach dem finanziellen Erfolg hindert anscheinend manchen Zeitgenossen daran, sich für die Belange der Gemeinschaft einzusetzen und in dieser Gemeinschaft mitzuarbeiten.

Über uns allen liegen die Schatten innen- und außenpolitischer Vorgänge, liegt die Drohung der Atombombe und eines alles vernichtenden Krieges. Die Mauer in Berlin bedrückt uns und mahnt zur Einigkeit, die Pläne für eine Notstandsgesetzgebung machen uns mißtrauisch!

Die Gewerkschaftsbewegung, die vor hundert Jahren begann, hat alles überstanden - Monarchie und Diktatur. Sie wird weiterbestehen, so lange es Frauen und Männer gibt, die bereit sind, für ihre hohen Ziele Recht und Freiheit, sozialen Fortschritt und soziale Demokratie einzutreten und mitzuarbeiten.

Wir rufen daher an diesem 1. Mai alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, sich dieser Mitarbeit und Mitverantwortung nicht zu entziehen. Die kommenden Zeiten werden diese Mitarbeiter erfordern!

**Deutscher Gewerkschaftsbund  
Kreis Lindau**

Franz Fiala

Lindauer Zeitung vom 30. April 1963

# „Dabei sein, mitbestimmen, Erfolg haben!“

IG-Metall-Betriebssekretär Schleinkofer sprach bei der Malkundgebung im Stadttheater

Nach einem halbtündigen Standkonzert auf dem Barfußplatz versammelten sich die Musiker und annähernd 400 Zuhörer am Sonntagvormittag zur Malkundgebung des DGB-Kreises Lindau im Stadttheater. Der Musikverein Aeschach, unter Erich Schwarzkopf, erntete viel Lob für die „Freiluft-Ouvertüre“ und die Umrahmung der Feierstunde, die mit dem alten Gewerkschaftslied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit!“ ausklang.

DGB-Kreisvorsitzender Franz Fiala dankte besonders den zahlreichen Ehrengästen für ihr Erscheinen: Oberbürgermeister Steuer, Bürgermeister Eurlinger, den Stadträten, Oberstleutnant Nemitz, den Lindauer Parteivorsitzenden Lautenbacher (CSU), Dr. Oeckler (SPD) und Babel (FDP), den Behörden-, Schul- und Verbandspräsidenten und nicht zuletzt dem Festredner, IG-Metall-Betriebssekretär Eduard Schleinkofer (München). Der FDP-Bundestagsabgeordnete Hansheinrich Schmidt (Kempten) hatte ein Glückwunschtelegramm gesandt, dessen Text beifällig aufgenommen wurde.

Es sei zwar bedauerlich, daß nur ein kleiner Teil der rund 4000 Lindauer DGB-Mitglieder an der Veranstaltung teilnehme, sagte Fiala, aber: „Hier zeigt sich eben am deutlichsten der Unterschied zwischen der freiheitlichen Welt und den diktatorisch regierten Staaten. Bei uns kann sich jeder frei entscheiden, ob er an einer Veranstaltung teilnimmt oder nicht, während die Menschen in den totalitären Staaten unter Androhung von Strafe gezwungen werden, im Sinne des Regimes zu demonstrieren.“ Man gedenke auch in Lindau der Deutschen jenseits des Staicheldrahts und der Berliner Mauer, die ihre berechtigten Forderungen nicht frei anmelden können. Fiala begrüßte in diesem Zusammenhang die Versuche westdeutscher Politiker, den Bewohnern Mitteldeutschlands das Dasein zu erleichtern. Er sprach die Hoffnung aus, daß damit erste Schritte zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit unternommen würden.

Wie sein Vorredner, deutete auch der Hauptreferent den 1. Mai als einen Tag, an dem die Arbeitnehmer mit besonderem Nachdruck ihre Forderungen an Staat, Wirtschaft und Gesellschaft anmelden, Rückschau auf das Geleistete halten und den Blick in die Zukunft richten. Die Form der Malkundgebungen habe sich zwar geändert, doch bleibe ihre Bedeutung und Zielsetzung bestehen.

Trotz des politischen und sozialen Fortschritts in der Bundesrepublik habe der Weltfeiertag der Arbeit für uns nicht nur symbolische Bedeutung. Die Auseinandersetzungen um politische und soziale Besserstellung der Arbeitnehmer hätten zwar andere Formen angenommen, doch seien nach wie vor starke Arbeitnehmerorganisation notwendig, weil den bestimmenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften, wie es und je, jedes Zugeständnis an die Arbeitnehmer abgerungen werden müsse.

Bei der stolzen Rückschau auf ein weiteres Jahr erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit dürfe man aber die ungelösten internationalen Probleme nicht vergessen. „Die größte Sorge der Menschheit: den Frieden zu sichern, die Brandherde in Südostasien zu löschen, die Furie des Krieges zu überwinden. In unsere Festtagsfreude mischt sich Bitternis. Wir werden nicht unbeschwert den 1. Mai begehen können, solange 17 Millionen unserer Landsleute in Mitteldeutschland ausgeschlossen bleiben und uns der Weg zueinander versperrt ist!“

Schleinkofer verneinte die Frage, ob seit Kriegsende alles getan worden sei, um die Teilung Deutschlands zu überwinden. Noch immer trügen die Deutschen jenseits der Zonengrenze allein die ganze Last eines verlorenen Krieges. Erfreulicherweise habe im zurückliegenden Jahr allmählich ein Prozeß des Umdenkens begonnen, und man denke jetzt über die Preise der Wiedervereinigung nach. Auch die Gewerkschafter müßten sich mit diesen Gedankengängen befassen. „Indem wir die Bundesrepublik immer mehr mit sozialem Gehalt erfüllen, leisten wir einen Teil der Vorbereitung für ein wiedervereinigtes Deutschland. Und wir können - mit unserem Grundsatzprogramm und dem neuen DGB-Aktionsprogramm - Pläne vorweisen und Ziele anbieten, die, wenn auch nicht von den Funktionären, so doch von den Arbeitnehmern im anderen Teil Deutschlands verstanden werden.“

Frei zu sein bedeute nicht nur das Recht der freien Wahlentscheidungen. Zur Freiheit gehöre auch optimale Sicherheit des einzelnen in allen Lebenslagen und das Recht der Mitentscheidung auch in wirtschaftlichen Fragen. Diese mit Freiheit im wahren Sinne des Wortes verbundenen Voraussetzungen seien jedoch auch in der Bundesrepublik nur teilweise gegeben.

Nach scharfer Kritik an verschiedenen Mißständen - „neben Palästen aus Marmor und Glas stehen Notunterkünfte für kranke und alte Menschen!“ - begründete Schleinkofer die Forderungen des vor einem Jahr verkündeten DGB-Aktionsprogramms, die darauf abgestellt seien, Recht und soziale Sicherheit für alle Bürger in gleichem Maß zu schaffen.

Warum mehr Freiheit? „Entgegen allen Unkenrufen hat sich die Leistungskraft unserer Wirtschaft trotz Arbeitszeitverkürzungen stetig nach oben entwickelt. Neue Maschinen und Arbeitsmethoden schaffen die Voraussetzungen für weitere Arbeitszeitverkürzungen, ohne einen Rückgang oder eine Stagnation der Produktion befürchten zu müssen!“

Nach Einführung der 40-Stunden-Woche müsse vorrangig die Verlängerung des Urlaubs und die schrittweise Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters auf 60 Jahre angestrebt werden. Die beängstigende Zunahme der Frühinvalidität ließe es geboten erscheinen, vor allem den älteren Arbeitnehmern längere Erholungspausen einzuräumen. Auch die Arbeitsmedizin seien sich darin einig, daß die beruflichen Belastungen heute viel größer seien als je zuvor. Deshalb müsse der gesetzliche Mindesturlaub vier Wochen, für

unter 20- und über 35jährige fünf Wochen und für über 50jährige sechs Wochen betragen.

Die Forderung nach Herabsetzung des Rentenalters begründete der Redner in erster Linie mit dem vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft, worauf zwei Drittel aller Rentenneuzugänge zurückzuführen seien. „Es geht uns um den Menschen. Wir müssen uns daher fragen, was sinnvoller und erstrebenswerter ist: ein Höchstmaß an Produktion unter äußerstem Einsatz des Menschen oder ein vernünftiger Ausgleich der Lebensinteressen.“

Zur zweiten Forderung: Wenn sich die Realeinkommen der Arbeitnehmer seit 1950 auch verdoppelt hätten, so könne doch bei einem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen von 700 DM noch lange nicht von allgemeinem Wohlstand gesprochen werden. Für viele reiche das Einkommen nur dazu aus, um von der Hand in den Mund zu leben. Die Gewerkschaften ließen sich nicht von den ständigen Versuchen belären, ihre Lohnpolitik zum „Schuldenbüttelei“ für die Preiserhöhungen zu stempeln. „Wir haben selbst soviel volkswirtschaftlichen Einblick und Vernunft, um uns nicht den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen!“ Es stehe einwandfrei fest, daß etwa die Hälfte aller Preissteigerungen auf Regierungsmaßnahmen zurückzuführen sei: Preisauftriebe bei den nicht mit unmaßigsten Lohnkosten belasteten Nahrungsmitteln, zu frühe Freigabe der Mieten, Tarifierhöhungen bei Post, Bahn usw.

Unter diesen Umständen könne man von den Gewerkschaften keine zurückhaltende Lohnpolitik erwarten. Es läge nicht in ihrer Hand, den Preisauftrieb zu bremsen, deshalb müßten sie die Einkommen der Arbeitnehmer durch Lohnanpassungen vor weiterem Kaufkraftverfall schützen. Eine wirksame Stabilisierungspolitik könne nur von der Bundesregierung ausgehen, die man aus ihrer Verantwortung für die Aushöhlung der Geldwertstabilität nicht entlassen könne.

Unter Hinweis auf das vorjährige, im Auftrag der Bundesregierung erstellte Wirtschaftsgutachten der „fünf Weisen“ - in dem den Gewerkschaften maßvolle Tarifpolitik bestätigt wird - kritisierte der Redner die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik. Während sich die Zahl der Millionäre von 1953 bis 1963 versiebenfacht habe - 11 600 verfügten schon damals über 38 Milliarden DM Vermögen -, sei das volkswirtschaftliche Gesamtvermögen im gleichen Zeitraum nur auf das Doppelte gestiegen. Um den Graben der Ungerechtigkeit nicht noch weiter zu vertiefen, müsse die einseitige Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik umfassend geändert werden. Volksaktienwerb, Prämien sparen und 312-DM-Gesetz seien jedenfalls unzureichende Mittel für breite Eigentumsstreuung.

## Den Auswirkungen der Automation vorbeugen!

Ausführlich beschäftigte sich Schleinkofer auch mit der Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze. Durch die unabsehbaren Fortschritte der Automation würden schon jetzt jährlich 1,5 Millionen Arbeitnehmer von ihren Arbeitsplätzen verdrängt. Dank der guten Konjunktur fänden sie andere Beschäftigungsmöglichkeiten, vielfach jedoch unter Hinnahme niedrigerer Einkommen. Das amerikanische Beispiel zeige deutlich, welche Gefahren dem Arbeitsmarkt drohen, wenn die Automation einen bestimmten Punkt überschreite und der Staat auf vorbeugende Planung und Lenkung verzichte. Leider beschäftigten sich bisher nur die Gewerkschaften mit diesem Problem, wogegen man sich in Bonn taub stelle. Man fordere nachdrücklich rechtzeitige Vorsorge, weil die Automation nicht zum Fluch, sondern zum Segen der Menschheit werden müsse.

Der schnelle technische Wandel bedinge auch eine Verdoppelung der Anstrengungen auf dem Bildungssektor. Der Redner sprach sich u. a. für die Verlängerung der Schulpflicht auf zehn Jahre, die Beseitigung der Zwergschulen, die Neugliederung des gesamten Schulsystems, das kostenlose Hochschulstudium und die Vermehrung der Stipendien aus. Ein Staat, der die Ungleichheit der Chancen im Bildungssystem zementiere, versündige sich an seinen Bürgern und lege den Keim für spätere ernsthafte soziale Konflikte.

Auch die Berufsausbildung müsse endlich verbessert werden - durch ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz, das von den Gewerkschaften schon seit 15 Jahren vergeblich gefordert werde. So würden noch immer Lehrlinge im Stil von 1920 für das Jahr 2000 ausgebildet. Die Berufsschule gehöre zu den „Fußkranken“ unseres Bildungswesens, und der achtstündige Wochenunterricht sei absolut unzureichend. Deshalb fordere der DGB zwei Berufsschultage pro Woche, um eine zeitgerechte Ausbildung zu ermöglichen.

„Bis heute ist der Gesetzgeber einer völligen Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfalle ausgewichen“, bedauerte Schleinkofer, auf die Forderung nach größerer sozialer Sicherheit eingehend. Die Einführung einer vorbeugenden Gesundheitsfürsorge sei unterblieben, und die Altersrenten reichten noch immer nicht für einen sorgenfreien Lebensabend aus. Leider

habe die Mehrheit des Bundestages mancher dringenden notwendigen Neuregelung hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt, und vieles sei erst nach jahrelangem hartnäckigen Kampf der Gewerkschaften und der parlamentarischen Opposition verbessert worden.

Zentrale Forderung des DGB-Aktionsprogramms sei die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung. Eine Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie bleibe ein Torso. Den politisch mündigen Arbeitnehmern könne auch im wirtschaftlichen Bereich die Mitentscheidung und -verantwortung nicht vorenthalten werden. Aus den bitteren Erfahrungen der letzten 50 Jahre wisse man, wie gefährlich unkontrollierte wirtschaftliche Macht sei, die sich meist auch in politische Macht umgewandelt habe. Darüber hinaus gebiete es die Würde und Bedeutung des Menschen am Arbeitsplatz, ihm bei allen personellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebes volles Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Eine große Industrie-Gesellschaft könne sich den „Luxus selbstherrlicher Entscheidungsgewalt einzeln“ nicht mehr leisten, sonst werde sie einmal an ihren Widersprüchen zugrunde gehen.

„Die deutschen Gewerkschaften werden die regierenden politischen Kräfte immer wieder dahin drängen, eine Demokratisierung unserer Wirtschaft einzuleiten“, betonte Schleinkofer. „Sie lassen sich nicht mit den heute bestehenden geringen Rechten der Mitsprache in den Betrieben abspesen. Sie fordern Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit in den Betrieben.“ Die DGB-Forderungen seien Maßstäbe für die Gestaltung einer Gesellschaft in Frieden und Freiheit. Sie dienten nicht egoistischen Gruppeninteressen, sondern der Gesamtheit unseres Volkes.

Als Garanten der Demokratie stünden die Gewerkschaften der neuaufliebenden Aktivität rechtsradikaler Gruppierungen mit wachem Mißtrauen gegenüber, versicherte der Redner. Genauso mißtraulich sei man hinsichtlich der geplanten Notstandsgesetzgebung. „Wir glauben, daß dieser Staat nicht durch Abbau der Freiheit, sondern nur durch Stärkung des demokratischen Bewußtseins aller Bürger gesichert werden kann.“ Der DGB erneuere deshalb seinen Appell an die Bundestagsabgeordneten, jeder zusätzlichen Notstandsregelung die Zustimmung zu versagen.

# Sozialer Fortschritt bedarf des Friedens

## Gutbesuchte Maikudgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Lindau

Eine konsequente Friedenspolitik, die die Voraussetzung für jeglichen sozialen Fortschritt sei, die Schaffung einer flexiblen Altersgrenze, fortschrittliche Vermögensbildung für den Arbeitnehmer und eine positive Reform des Betriebsverfassungsgesetzes waren einige der Forderungen, die Heinz Partikel von der Vorstandsverwaltung der IG Metall in Frankfurt in der Maikudgebung des DGB Lindau im Parktheater erhob. Am Vormittag dieses 1. Mai, der mit Regen und kühlen Temperaturen eher an einen typischen Apriltag gemahnte, hatten sich zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder und Gäste im Parktheater eingefunden, darunter auch Oberbürgermeister Josef Steurer, Bürgermeister Josef Euringer und der SPD-Landtagsabgeordnete Günter Wirth.

DGB-Kreisvorsitzender Bürgermeister Franz Fiala wollte die Mai-Feierstunde als eine besinnliche Rückschau und Ausschau gewertet wissen, die sehr wohl noch ihre volle Berechtigung besitze, und er verband diese Feststellung mit der Frage, welche Ziele ohne eine geschlossen auftretende Arbeitnehmerschaft wohl erreicht worden wären. Der Stadt Lindau sicherte Fiala jede nur mögliche Gewerkschaftsunterstützung zu.

Heinz Partikel führte in seinem Referat zunächst zurück zum ersten Arbeiterkongreß im Jahre 1889 in Paris und forderte seine Zuhörer angesichts der erreichten Erfolge auf, nicht ausschließlich die Verwirklichung neuer Pläne anzustreben, sondern sich auch zu überlegen, was der arbeitende Mensch heute alles verlieren könnte. Trotz aller Erfolge, trotz allen erfreulichen Fortschritts begegne uns auf Schritt und Tritt Ungerechtigkeit, die sich nicht mit den Paragraphen des Grundgesetzes in einem sozialen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik vereinbaren lasse.

Partikel beleuchtete dann die diesjährige

Mai-Parole „Mitbestimmung - der Mensch im Mittelpunkt“ und kam zu dem Ergebnis, daß der Mensch noch längst nicht überall zu dem erstrebten Mittelpunkt geworden sei. Man müsse der Arbeitgeberseite immer wieder erklären, daß sich das Kapital nur durch die menschliche Arbeitskraft nutzbringend verwenden lasse. In diesem Bemühen, den Menschen in den Mittelpunkt zu rücken, wisse sich die Gewerkschaft gut unterstützt gerade von der jungen Generation, die nicht gewillt sei, alles unabänderlich hinzunehmen.

In einer kurzen Untersuchung der Arbeit der derzeitigen Bonner Regierung kam der Referent zu dem Ergebnis, daß viele der im letzten Jahr verwirklichten Reformen schon seit geraumer Zeit überfällig gewesen seien. Er rechnete einen ganzen Katalog von Verbesserungen gegen die negativen Momente auf und forderte in diesem Zusammenhang eine Verstärkung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte und lehnte eine weitere Verstärkung der Gruppenrechte ab. Partikel erhob die Forderung nach mehr Demokratie im Betrieb und

appellierte an die Arbeitgeberschaft, doch einzusehen, daß beide Teile zusammewirken und die schaffenden Menschen mit ihrer Arbeitskraft erst die Voraussetzungen für gutes Verdienen des Arbeitgebers schaffen.

Im Verlauf seiner Untersuchung des Verhältnisses Arbeitgeber - Arbeitnehmer bezeichnete der DGB-Funktionär die Vermögensbildung für den Arbeitnehmer in den letzten 25 Jahren als einen glatten Skandal. Die Weichen seien von Anfang an falsch gestellt worden. Deswegen existiere immer noch die betrübliche Tatsache, daß die Reichen relativ bedeutend weniger Steuern und Abgaben zu entrichten hätten als die wenig betuchten Arbeitnehmer.

Die gesellschaftliche Kraft der Arbeitnehmerschaft ist in den Augen von Heinz Partikel noch längst nicht erkannt worden. Er sprach die Mitbestimmung als eine „gesellschaftliche Atombombe“ an und forderte unter dem Beifall der Zuhörer eine gerechtere Verteilung des Reichtums an Industriegütern und eine stärkere soziale Bindung an das Eigentum. Als eine der Hauptforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes führte der Referent dann eine flexible Altersgrenze für den Eintritt in die Rente an. Mit dieser Forderung verbunden sei das Bemühen um eine allgemeine Anhebung der Renten auf 75 Prozent des Verdienstes. Seine Kritik an der mangelhaften ärztlichen Versorgung verband Partikel mit einem scharfen Angriff auf die innere Struktur der Krankenhäuser, wo nicht nach vornehmender Krankheit, sondern lediglich nach der Stärke des Geldbeutels entschieden werde.

Heinz Partikel, dessen Spezialgebiet die Unfallverhütung ist, zeichnete eine erschreckende Bilanz von Betriebsunfällen und trat entschieden für den Aufbau einer Anstalt für Unfallschutz, für die Ausbildung von Sicherheitsfachleuten und für ein Gesetz ein, das den Unternehmer zwingt, auch Arbeitsmediziner anzustellen, denn Unfallverhütungsplakate allein seien keine ausreichende Sicherheit.

Abschließend warnte Partikel vor den die Demokratie bedrohenden rechtsradikalen Kräften - „mit Gewalt kann keine Politik gemacht werden“ - und stellte die Erhaltung des Friedens in den Mittelpunkt allen Bemühens, denn ohne Frieden sei jeglicher soziale Fortschritt in Frage gestellt.

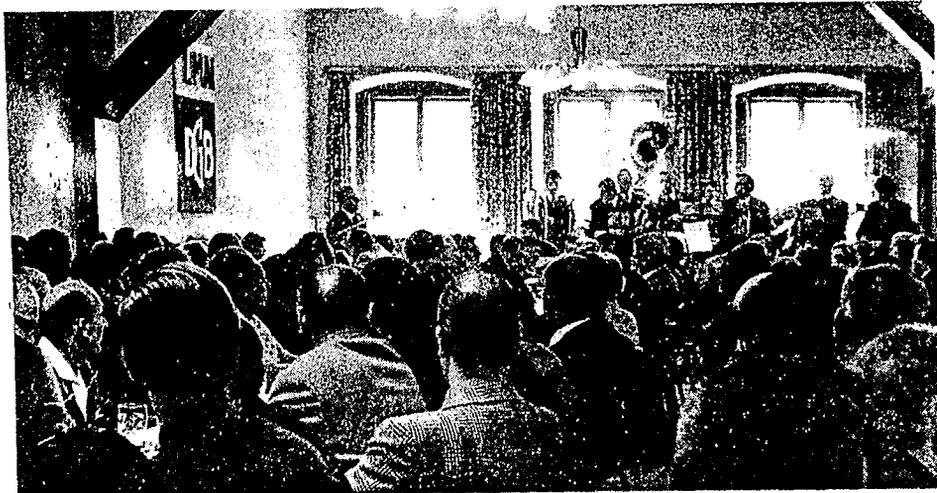
Die DGB-Feierstunde, deren musikalischen Rahmen mit Bravour die Reutiner Blaskapelle unter der Leitung von Max Kling schuf, klang aus mit einem Schlußwort von Franz Fiala und dem gemeinsamen Singen des alten Arbeiter-Kampfliedes „Brüder zur Sonne, zur Freiheit.“

-rer

Fortsetzung von Seite 58

Schleinkofer bezeichnete in seiner Schlußbetrachtung die Abschaffung der Atomwaffen und weitgehende Abrüstung als einzige Möglichkeit zur Erhaltung des Weltfriedens. Es wäre töricht anzunehmen, daß ein Gleichgewicht des Schreckens mögliche Gefahren banne. „Wir alle müssen das mahnende Gewissen der Verantwortlichen sein. Tragen wir dazu bei, den Frieden zu erhalten, denn nur dann wird unser Kampf für die Befreiung des Menschen aus Not, Furcht und Abhängigkeit und für eine Welt der sozialen Gerechtigkeit Erfolg und Sinn haben!“

Lindauer Zeitung vom 3. Mai 1971



Vollbesetzt war der große Schlechterbräu-Doppelsaal bei der Maifeier des DGB-Kreises Lindau.

LZ-Bild: Urbanzyk

Feierstunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai

## Friede und Freiheit im Staat erhalten Arbeits-Profit nicht nur für wenige

Die Forderung, den Profit aus der Arbeit von Millionen nicht nur einigen wenigen Arbeitgebern zukommen zu lassen, der Ruf auch nach überbetrieblicher Mitbestimmung und eine Absage an die Behauptung, die Gewerkschaften seien für die Preiserhöhungen verantwortlich zu machen, waren einige der wesentlichen Punkte, die der Bezirksvorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Erich Sturm (München), im Hauptreferat anklingen ließ, das er am Vormittag des 1. Mai im Schlechterbräu hielt. Von der überraschend großen Zahl von rund 300 Zuhörern setzte sich Sturm mit dem Motto „Für eine bessere Welt“ auseinander. Die Feierstunde mit Begrüßungs- und Schlußworten des DGB-Kreisvorsitzenden Franz Flala wurde musikalisch umrahmt vom Sottten Spiel des Musikvereins Aeschach.

Franz Flala sprach von einer Maifeier in einer sowohl innen- wie auch außenpolitisch bewegten Zeit, dankte der Stadt Lindau, die jetzt ihre Kreisfreiheit aufgeben muß, im Namen des DGB für ihr immerwährendes Verständnis und hieß dann neben den Kollegen auch zahlreiche Ehren-gäste willkommen: Oberbürgermeister Josef Steurer, Bürgermeister Josef Eurlinger, den Landratskandidaten Klaus Henninger, Vertreter der Geistlichkeit, der politischen Parteien, des Stadtrats, der Behörden und Verwaltungen sowie der befreundeten Organisationen. Beifall fand Flala mit der Verlesung eines Telegramms von Bundeskanzler Brandt mit der Versicherung, die Regierung werde auf dem eingeschlagenen Kurs weiterarbeiten sowie für die Feststellung, die Arbeit dieser Regierung habe endlich Bewegung in die erstarrten Fronten der Ostpolitik gebracht.

Erich Sturm wollte eine Feierstunde zum 1. Mai keineswegs als selbstgefällige Rückschau auf Erreichtes, als vielmehr als Anlaß zur Kritik an derzeitigen Gegebenheiten und Dokumentation für zukünftige Forderungen betrachtet wissen. Einem Lob für die Außenpolitik der derzeitigen Regierung, von der man eine Epoche des Friedens erwarten dürfe, folgte die Meinung zur Innenpolitik, es sei trotz deutlicher Erfolge in 30 Monaten nicht möglich gewesen, alle Wünsche zu erfüllen.

Im Zusammenhang mit einer verstärkten Mitbestimmung setzte sich Sturm insbesondere für einen konsequenten Ausbau der überbetrieblichen Mitbestimmung ein, die einen wirksamen Schutz gegen Mißentwicklungen, zum Teil sogar bewusster Art, darstelle. So sei ein Hauptgrund für den Niedergang der Weimarer Republik gerade das Fehlen dieser Möglichkeiten der Arbeitnehmer gewesen.

Das Personalvertretungsgesetz verband der Referent mit der dringenden Bitte, die Beschäftigten der öffentlichen Hand doch nicht mehr länger als fünftes Rad am Wagen zu betrachten, denn ihre Leistung dürfe unter keinen Umständen mit anderen Maßstäben als den üblichen gemessen werden. Sturm verkannte nicht die Bedeutung der Automatisierung und der Rationalisierung im Bemühen um technischen Fortschritt, erteilte aber jenen Kräfte eine Absage, die diese Möglichkeiten nur zum eigenen Nutzen anwenden wollten.

Von eminenter Bedeutung ist in den Augen von Erich Sturm die Freizeit des arbeitenden Menschen, der heute in einem früher nicht gekannten Maße beansprucht werde. Da der Profit aus diesem Engagement in erster Linie dem Arbeitgeber zufließe, müsse auch entsprechende Freizeit geboten werden, um gesundheitliche Schäden zu verhindern. Zum Thema Ge-

sunderhaltung des arbeitenden Menschen präsentierte der Gewerkschaftsvertreter noch seine Forderung nach besseren Umweltschutzgesetzen, die in der Heranziehung der Schuldigen zur Verantwortung gipfeln müßten.

In den Betrachtungen zum Bildungssystem wurden die erforderliche Chancengleichheit und eine notwendige Verbesserung des Berufsschulwesens angesprochen. Vom Bildungswesen ging es zum nächsten wichtigen Punkt, der Frau im Berufsleben. Dazu Sturm: „Unser Wirtschaftswunder hätte ohne Millionen berufstätiger Frauen niemals verwirklicht werden können. Und trotz dieses Einsatzes der Frauen am Arbeitsplatz ist es noch nicht gelungen, ihre volle Gleichberechtigung zu erreichen.“

Eine Lanze brach der 1. Vorsitzende der Bayerischen Postgewerkschaft auch für die Jugend. Sie werde vielfach nur nach dem Auftreten einiger Extremter beurteilt. Er scheute nicht vor einer harten Kritik an den Erwachsenen zurück, die oft das Gespräch mit dem Nachwuchs überhaupt nicht suchten. Viele Eltern seien nicht einmal bereit, mit ihren Kindern zu diskutieren. Es sei jedoch eine Verpflichtung, mit „unseren jungen Freunden“ zu sprechen; denn sie stellten ja heute die Gesellschaft von morgen dar.

Als einen ausgesprochenen „Irrsinn“ bezeichnete Sturm den immer und immer wieder auftkommenden Vorwurf, die Gewerkschaften würden die Lohn-Preisspirale fortwährend ankurbeln. Mittels höherer Löhne und Gehälter würden in Wirklichkeit nur Preissteigerungen aufgefangen, werde also ein echter Nachholbedarf getilgt. Ungerecht sei es einfach, wenn den wenigen Angehörigen einer Schicht der größte Teil des Sozialprodukts zufließe.

Die abschließenden Forderungen bezogen sich auf eine bessere Gesundheitspolitik, den Ausbau des Krankenhauswesens, intensivere Gesundheitsfürsorge und eine Neuordnung der Arzneimittelkontrolle. Das letzte Anliegen galt noch dem älteren Arbeitnehmer, dessen Arbeitsplatz unter allen Umständen bis zur Erreichung der Altersgrenze gesichert sein müsse.

# Vorwärts

EIN ERSTER MAI

vom Genossen Klaus Thiel

Liebe Genossinnen und Genossen, an diesem 1. Mai werden wir nicht auf die Straße gehen können und rote Nelken werden auch nicht mehr verteilt, man kann es nicht erzwingen so von heute auf morgen, was versäumt wurde, wachzuhalten. Doch es wird wieder wachsen, wie es immer wieder gewachsen ist, es ist nicht niederzuhalten, nicht mit Gewalt oder der Ideologie des herrschenden Systems.

Freundschaft!!



Am 1. Mai gehört die Straße uns, so hieß es einmal. Schon lange her zwischen damals und heute, nur noch ein schlechtes Gewissen, viele uneingelöbte Versprechungen, ein Urlaub in Spanien, ein Auto ohne Tempo-Limit. Ja ja, die Zeiten haben sich geändert zwischen damals und heute... meint man, glaubt man und wehe dem, der nicht.

Sei es wie es sei, die rote Nelke ist auch passé. Vielleicht ab und zu irgendwo ein markiges Wort so ganz unverbindlich, prähistorisches Überbleibsel von eben damals -Bebel, Luxemburg und so - aber nicht ernstzunehmen.

Brüder zur Sonne zur Freiheit - Schwamm drüber, reden wir nicht davon.

Es scheint sie nicht mehr zu geben, denen man nachsagt, ihre Waffe sei die Solidarität, sie müssen sich aufgelöst haben, diese erhobenen Fäuste, ihre Forderungen alle erfüllt, ihr Kampf, ihr Blut und Leid alles abgegolten; Verfolgung, Gefängnis, Tod - alles gesühnt.

Doch wo stehen ihre Denkmäler, wo sind die Namen derer eingegraben, die für uns gekämpft haben, wo lernt man in den Schulen, ihre Namen zu schreiben?

Genossen, gewiss, ein Urlaub auf Mallorca, ein Farbfernseher, das ist schon was - heute, jetzt, aber morgen oder gar Übermorgen?

Wir haben die Mechanik nicht ausgewechselt, sie funktioniert wie damals - Bebel, Luxemburg, 20-er Jahre und so- und was dann, so ohne gelernt zu haben?

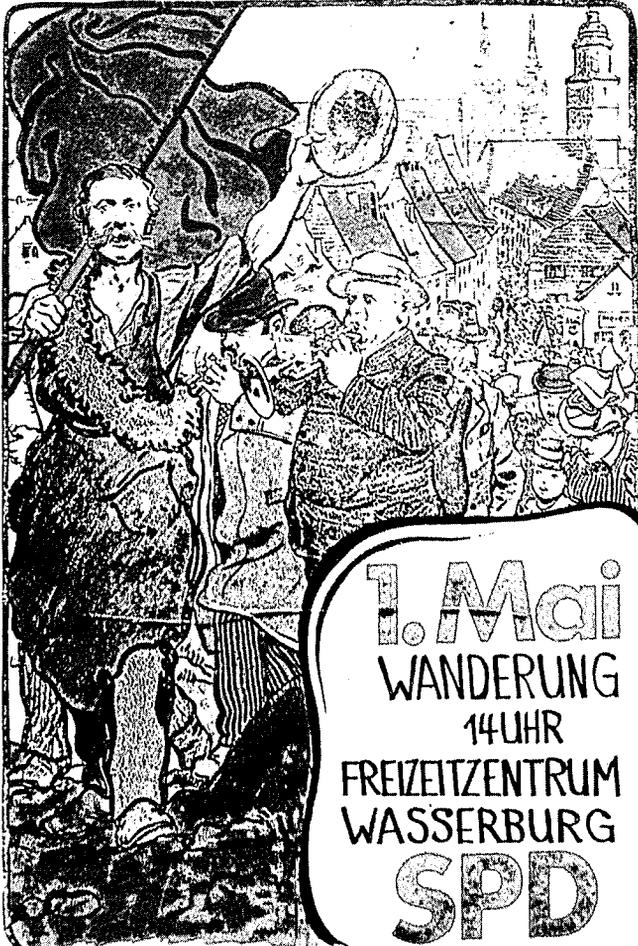
## Impressum

Der "Lindauer Vorwärts" erscheint 2-monatlich, am Ende des jeweiligen Monats.

Herausgeber: Ortsverein Lindau  
Verantwortlich: Gen. Hermann Dorf Müller

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar.

Druck: Gen. Reinhard Witt, Lindau  
Kleinanzeigen: DM. 5,--.

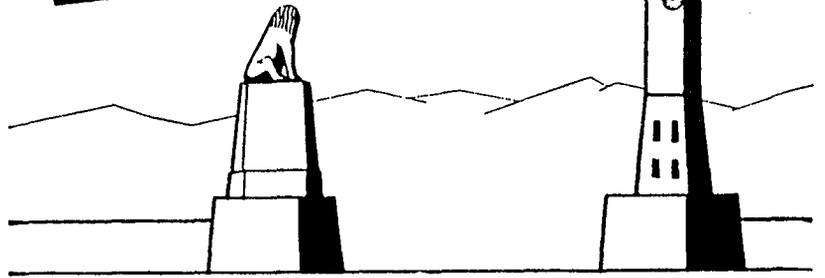


Lindauer „Vorwärts“ der SPD-Lindau,  
Nr. 2/1974

1. Mai-Plakat der SPD von 1980



# Leuchttower



## ZEITUNG DER DKP LINDAU

Menschenrechte:

### Recht auf gleichen Lohn

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN heißt es ebenfalls in Artikel 23: "Alle Menschen haben ohne jede unterschiedliche Behandlung das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit."

Aber bei uns werden die Frauen beim Lohn diskriminiert, erhalten sie bei gleicher Arbeit in der Regel 30 % weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Und sie werden schneller arbeitslos. Im Januar betrug die Arbeitslosenquote 5,9 Prozent, aber bei den berufstätigen Frauen betrug sie 6,6 Prozent.



# 1. MAI FÜR DAS RECHT AUF ARBEIT

Menschenrechte

### Recht auf Bildung

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN heißt es in Artikel 26: "Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung." Die höheren Schulen sollen für alle offenstehen.

Aber die Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlichte am 15.2.77 eine Statistik unter der Überschrift: "Das Elternhaus entscheidet noch immer über die Schulbildung."

Von hundert Kindern von Facharbeitern hat nur eines Abitur, genauso ist es bei Kindern von Hilfsarbeitern - 1 ganzes Prozent! Von der Mehrheit der Bevölkerung - 1 ganzes Prozent!

Drei Beispiele - dreimal Menschenrechte. Es ist noch viel zu tun in unserem Land, und wir alle müssen es gemeinsam anpacken

Menschenrechte:

### Recht auf Arbeit

Es ist noch viel zu tun, um die Menschenrechte, wie sie die UNO formuliert hat, überall durchzusetzen.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN heißt es in Artikel 23: "Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit."

Aber bei uns gibt es weit über eine Million Arbeitslose und Hunderttausende Kurzarbeiter. Das sind - gemessen an den klar formulierten Menschenrechten - millionenfache Verletzungen von elementaren Grundrechten.

# Solidarität

Plötzlich ist viel von Solidarität die Rede. Und zwar von Konzernsprechern, von Regierungsvertretern. Da ist größte Vorsicht am Platze.

Denn gemeint ist: "Solidarität" mit den Arbeitslosen, mit den Rentnern, mit den Armen. Und wie? Durch Verzicht auf höhere Löhne, durch das Ja und Amen zu Kurzarbeit oder Überstunden, durch das Einverständnis mit höheren Belastungen. Immer "Solidarität"! Alles was Verzicht ist oder höhere Lasten, heißt bei ihnen "Solidarität".

Das ist die totale Umkehr eines Begriffes, der für die Arbeiter, für die arbeitenden Menschen überhaupt immer heiß und noch heißt: Gemeinsames Eintreten für ihre Interessen, gemeinsame Abwehr der Gewalttaten der Superreichen.

Die Konzerne sagen "Solidarität" und meinen Kumpanei mit ihnen, meinen Entwaffnung der Arbeiter.

Solidarität - ohne Anführungszeichen und im wahrsten Sinne des Wortes - heißt heute Kampf um höhere Löhne und Gehälter, damit die Massenkraft steigt und neue Arbeitsplätze geschaffen, bestehende verteidigt werden können. Heißt Verteidigung der Arbeitsplätze gegen die Profitpolitik der Konzerne, gegen die gnadenlose Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter. Heißt Protest gegen weitere Massenbelastungen.

Allein diese Solidarität hilft den Arbeitern und Angestellten, den Arbeitslosen, den Rentnern, der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Und in jedem Falle richtet sich die Solidarität, die die Arbeiter stark macht und die Rentner wärmt, die die Arbeitsplätze vernichtet und Preistreiber in Schach halten kann, gegen die Konzerne und ihre Politik. Das ist die Kraft der Solidarität.

## 1. Mai 1977

Am 1. Mai darf keiner zuhause bleiben, der für seine Interessen, für seine Kollegen, für seine Familie eintreten will. Arbeiter, Angestellte und Beamte - gemeinsam erreichen wir mehr. So sagt es der DGB.

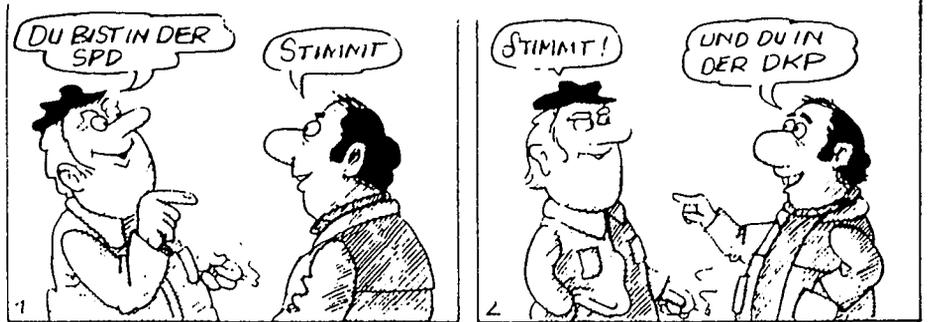
Die arbeitenden Menschen müssen ihre eigenen Interessen vertreten, indem sie selbst dafür in Aktion treten. Geschenk erhalten sie nichts. Noch nicht einmal gesprochen wird über ihre Probleme, wenn sie nicht mit Nachdruck, und das heißt in demokratischen außerparlamentarischen Aktionen, darauf aufmerksam machen.

So ist es bei den Löhnen und Gehältern. So ist es bei den demokratischen Rechten und im Kampf gegen die Berufsverbote. Nicht anders bei den Renten. Genauso bei den Atomkraftwerken und der abenteuerlichen Energiepolitik der Konzerne.

Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der gemeinsamen Aktion. Wenn sozialdemokratische, kommunistische, parteilose und christliche Kollegen gemeinsam für ihre Rechte eintreten, dann kann uns keiner das Fell über die Ohren ziehen.

Ein Höhepunkt dieses Kampfes ist der 1. Mai. Gemeinsam auf die Straße gehen, gemeinsam in Aktion treten, für gemeinsame Interessen - das ist der Schlüssel zum Erfolg.

## HARRI & HERBERT



### impresum

"LEUCHTFEUER"

Zeitung der Deutschen kommunistischen Partei  
Lindau

Verantwortlich: T. Sigel,  
Lingstr. 12

Eigendruck im Selbstverlag

„Leuchtfener“, Zeitung der DKP-Lindau  
zum 1. Mai 1977



Ex-Bundestagsabgeordneter Lattmann und eine DGB-Jugendgruppe bei der Maikundgebung im „Schlechterbräu“.

LZ-Bild: Urbanzyk

## Ex-Bundestagsabgeordneter Dieter Lattmann auf der DGB-Maikundgebung

# Absage an geltende Bildungspolitik und das Stationieren von Atomwaffen in Deutschland

Dieter Lattmann, Schriftsteller, Mitglied der IG Druck und Papier und Ex-Bundestagsabgeordneter, war gestern im vollbesetzten Saal des „Schlechterbräu“ Hauptreferent der Mai-Kundgebung des DGB-Ortskartells Lindau. Sein 50-Minuten-Referat gliederte er in die vier Bereiche: Situation der Arbeitswelt, Bildung und Ausbildung, innere und äußere Sicherheit sowie Veränderung des Solidaritätsbegriffs. Mit einem historischen Abriss des Arbeitskampfes seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wartete eine Gruppe der DGB-Jugend aus Kempten auf und bot eindrucksvoll Texte und Lieder.

Nach seiner Meinungsäußerung, daß vielfach versucht werde, sich mit der freien Marktwirtschaft über den Kapitalismus hinwegzumogeln, erinnerte Dieter Lattmann an die Selbstverständlichkeit, mit der wir uns auf den Aufschwung gewöhnt und gleichzeitig vergessen haben, auf welcher schütterer Grundlage diese Entwicklung in Wirklichkeit fuße. Die einzige Möglichkeit, die verschiedensten riesigen Probleme zu lösen, sieht der Ex-Bundestagsabgeordnete in einem Umverteilungsprozeß innerhalb des Bereichs der Arbeitszeitverkürzung. Diesem Ziel stehe allerdings entgegen, daß die konservativen Kräfte alles andere als eine Demokratisierung der Wirtschaft anstrebten. Auf keinen Fall sei ein gleicher Fortschritt in sämtlichen Bereichen erforderlich. In diesem Zusammenhang sprach Lattmann auch von der Dringlichkeit, wirtschaftliches Wachstum dorthin zu verlegen, von wo aus es sich künftig wieder befruchtend auf die deutsche Wirtschaft auszuwirken vermöge. Dieses Nord-Süd-Problem sei gravierender als der Ost-West-Konflikt zu werten.

Mit der Feststellung, daß die „Bildungsreform niemals stattgefunden hat“, leitete Lattmann seine Betrachtungen zur Thematik Bildung und Ausbildung ein. Dieses Ausbleiben der Reform belegte er mit dem Hinweis, daß es trotz sozialliberaler Koalition in Bonn noch niemals eine Mehrheit dieser Gruppierung in dem für Bildungsfragen zuständigen Bundesrat

gegeben habe. Fast alle der bisherigen Ergebnisse müßten lediglich als faule Kompromisse bezeichnet werden. Die derzeitige Berufsbildungspolitik ist in den Augen von Dieter Lattmann so katastrophal, daß gebieterisch Verbesserungen gefordert werden müßten.

Eine klare Absage erteilte der Ex-Bundestagsabgeordnete dem nach wie vor geltenden dreigliedrigen Schulsystem, das er durch die Gesamtschule ersetzen möchte. Die Schulbildung sei heute noch in erster Linie auf eine exklusive Oberschicht ausgerichtet. Eine tatsächliche Chancengleichheit sei erst dann gegeben, „wenn der handwerklich begabte Professorensohn Handwerker werden kann, ohne diskriminiert zu werden“. In Bayern werde das Elite-Gymnasium allerdings bewußt gepflegt und die Gesamtschule verteufelt. Dabei vermittele die Gesamtschule fast sämtlichen Schülern wesentlich bessere Chancen. Es schade auch Spitzenbegabungen nichts, wenn sie nicht sogleich in Elite-Depots gesteckt würden. Lattmann erinnerte auch noch daran, daß der DGB die Neufassung des bayerischen Schulgesetzes abgelehnt habe und kritisierte den Extremistenerlaß als einen „Mißbrauch demokratischer Regeln“.

Eindringlich warnte Dieter Lattmann vor einem drohenden Rüstungswahnsinn in einer Zeit, da die atomaren Waffen ausreichen, die Menschheit fünfzehnmal zu vernichten. Schon zu jeder Zeit sei die Arbeiterbewegung gegen jeglichen Krieg

eingetreten. Beifall erntete der Referent für seine Feststellung, daß „mehr Atomraketen in Deutschland auf keinen Fall mehr Sicherheit bringen“. Es könne niemals einen vernünftigen Grund dafür geben, „daß ein Familienvater aus Lindau auf einen Familienvater aus Stalingrad schießt“. Wichtig sei, daß eine neue Friedensbewegung aus der knallharten Kenntnis der tatsächlichen Lage heranzwache.

Der Solidaritätsbegriff – so Lattmann zu seinem vierten Thema – fuße zwar heute nicht mehr wie früher auf der nackten äußeren Not, doch komme ihm nach wie vor höchste Bedeutung zu. Es sei besonders wichtig, das menschliche Zusammenwirken stärker zu betonen. Wie vor sieben Jahren, als Lattmann erstmals als Mai-Redner in Lindau gewesen war, schloß er sein Referat mit dem Wunsch, es möge ein jeder der Anwesenden ein „Sozialarbeiter der Demokratie werden“.

Viel Beifall hatte nach der Begrüßung durch den Verantwortlichen des Ortskartells Lindau, Heinz Bolling, eine Gruppe der DGB-Jugend Kempten mit dem Liedermacher Peter Daake an der Spitze für einen historischen Abriss der Entwicklung des Tags der Arbeit in Texten und Liedern gefunden.

Der Leiter der DGB-Jugend in Lindau, Eugen Bauer, informierte die Versammlungsbesucher noch über verschiedene Ziele der DGB-Jugend, insbesondere im Bereich der Bildungspolitik: Ganztagschule, Gesamtschule, zehntes Schuljahr. Er kündigte eine Unterschriftenaktion für eine qualifizierte Ausbildung des berufstätigen Nachwuchses durch überbetriebliche Ausbildungsstellen an, setzte sich für die Schaffung von zusätzlichem und billigen Wohnraum ein, forderte ein Verbot der NPD und kritisierte den örtlichen Kreisjugendring, weil er nicht als ein Sachwalter der jungen Leute in Lindau betrachtet werden könne.

1. Mai 1982

# **Ampel für alle**

Samstag 1. Mai

**in Frieden  
und sozialer  
Sicherheit**

**Lindau »Schlechterbräu«**

9 Uhr Standkonzert vor dem alten Rathaus  
Saalöffnung: 9.30 Uhr Kundgebung: 10.00 Uhr

**Lothar Köster**, evang. Bildungswerk

**Musikkapelle »Reutin«**

**DGB**

Kreis Allgäu, Franz Fiala  
Kreisvorsitzender  
Georg Riedlinger  
Ortskartellvorsitzender



Nach 31jähriger Vorsitzendentätigkeit nochmals Referent bei der Maikundgebung

## Franz Fiala fordert zum Abschluß ein Bündnis der Vernunft und der sozialen Gerechtigkeit

Der Dank an den zum 1. Mai scheidenden DGB-Kreisvorsitzenden Franz Fiala stand bei der diesjährigen DGB-Maikundgebung im Mittelpunkt. Nach 31 Jahren Vorsitzendentätigkeit zunächst für den Kreis Lindau und später für die Allgäu-Region in Kempten galten dem dienstältesten DGB-Kreisvorsitzenden der Bundesrepublik herzliche Dankesworte des Lindauer Ortsvorsitzenden Georg Riedlinger, der Fialas Objektivität und dessen Zuverlässigkeit in seinem Wort hervorhob. Fiala bekannte, andere nie als Gegner, sondern als Menschen gesehen und dabei immer den Kompromiß gesucht zu haben.

In der blumengeschmückten Inselhalle konnte Ortskartellvorsitzender Georg Riedlinger unter der weiß-blauen DGB-Fahne zu den Klängen des bayerischen Defilermarsches, gespielt vom Musikverein Reutin unter Sigurd Sauer, 220 Besucher der diesjährigen Maikundgebung willkommen heißen. Unter den Gästen befanden sich auch Landrat Klaus Henninger, Bürgermeister Josef Euringer in Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters Josef Steurers, Bezirkstagsvizepräsident Edwin Huber, Vertreter der Wirtschaft, verschiedenster Verbände sowie der Geistlichkeit. Riedlinger rief in seinem Dankeswort an Franz Fiala dessen gewerkschaftliche Laufbahn vom Eintritt im Herbst 1945 über den Lindauer Kreisvorsitz im Jahre 1954 bis zum langjährigen Kreisvorsitz der Allgäu-Region, dessen kommunalpolitisches Engagement für die Stadt und den Landkreis Lindau sowie sein segensreiches Wirken für mehrere Verbände in Erinnerung. „Auf sein Wort konnte man sich verlassen!“, bekräftigte Riedlinger. Fiala stand nicht nur Tausenden mit Rat und Tat zur Seite, er sei immer auch ein Mensch geblieben. Ge-

rade das zeichne ihn besonders aus, schloß Riedlinger.

Die Probleme bei der Post schilderte der Vorsitzende der deutschen Postgewerkschaft in Lindau, Peter Meuschelböck, den Anwesenden. Die direkte postalische Verbindung nach Bregenz und Friedrichshafen müsse wieder errichtet werden. 90 Prozent der Postler zählten zum einfachen und mittleren Dienst, ein Postbeschaffner liege mit seinem Einkommen knapp 100 Mark über der Sozialhilfe.

DGB-Kreisvorsitzender Franz Fiala vermißte in seinem Referat unter den ständigen Bonner Erfolgsmeldungen die „Wende“ für die Arbeitslosen „in diesem unserem Lande“. Die Zahl der tatsächlich Arbeitslosen liege in der Bundesrepublik inzwischen bei über drei Millionen. Von den 2,5 Millionen Sozialhilfeempfängern rechneten bereits fast eine Million zum Heer der Arbeitslosen. Eine Ursache der Arbeitslosigkeit sei die moderne Computertechnik, die einerseits viele unmenschliche Arbeitsbedingungen beseitigte, andererseits aber Millionen noch bestehender Arbeitsplätze gefährde. Der Einsatz der neuen Techniken sollte deshalb sozial kontrollierbar sein. Von allen Beteiligten fordere er deshalb ein Bündnis der Vernunft und sozialen Gerechtigkeit. Wenn man 60 Milliarden für die Arbeitslosenfinanzierung zur Verfügung habe, könnte ein Teil davon auch für deren Abbau Verwendung finden. Schaffe man Arbeitsplätze im Umweltschutz, löse man mehrere Probleme sogar gleichzeitig.

Der 1984 erreichte Teilerfolg in der Arbeitszeitverkürzung bedarf nach Fialas Meinung des Ausbaus. Man sollte auch nicht von Bonner Seite länger die sozial Schwachen mit flotten Sprüchen diffamieren.

Die FDP-Leute Haussmann und Bangemann erwiesen sich als die Helfershelfer jener, die selbst den Gürtel nicht enger schnallen wollen, aber den Arbeitnehmern noch mehr aufbürden möchten. Auch manche Wissenschaftler in Ehren, aber diese sollten einmal hautnah die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer kennenlernen. Dann sähen ihre Vorschläge anders aus.

Nach dem Sozialabbau drohe als nächstes der Abbau von Arbeitnehmerrechten, wie die Zeitverträge, das Weiterdauern der Leiharbeit und das Beschäftigungsförderungsprogramm, das eigentlich Entlassungsförderungsprogramm heißen müßte, zeigten. Eine Verschlechterung der Sozialpläne sei in Überlegung, und die FDP liebäugle bereits mit einem Anti-Streik-Gesetz.

Zu seinen 31 Jahren als Gewerkschaftsvorsitzender versicherte Fiala im Rückblick er habe sich bemüht, zu helfen, habe unterschiedlichste Menschen kennengelernt und auch viel Unterstützung gefunden. Ohne Verständnis und Hilfe von seiten der Familie wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Er habe nie die Konfrontation um jeden Preis gesucht, denn diese bringe niemand etwas. Fiala schloß mit den Worten: „Ich möchte schlicht und einfach Danke sagen!“

Langanhaltender Beifall dankte ihm, ein großer bunter Blumenstrauß galt seiner Gattin.

Nach dem traditionsgemäß an dieser Stelle gemeinsam gesungenen Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“, spielte der Musikverein aus Reutin Fiala den schneidig-zünftigen Marsch „Gruß von der Reutiner Blasmusik“. Die Aufforderung zu einer möglichst zahlreichen Teilnahme an der Nesselwanger Demonstration nächste Woche schloß die Kundgebung ab. eka

Christine Saurer:

# Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat Bonn versagt im Unternehmerrekordjahr blieb es bei über zwei Millionen

Der Spielmannszug Reutin heizte im übervollen Bahnhofsterrassensaal die Stimmung an: Das DGB-Ortskartell Lindau hatte erstmals zum 1. Mai eine Frau als Rednerin an den Bodensee geladen. Christine Saurer, im Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) vertreten, stand in punkto Deutlichkeit an Absagen und Forderungen ihren männlichen Kollegen aber nicht nach. „Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Technik sozial gestalten“ hieß das „sanfte Thema“ (so Eugen Bauer) der diesjährigen Mai-Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds; doch die Referentin forderte trotzdem konsequent die Rücknahme des Paragraph 116 zur Aussperrung, die 35-Stunden-Woche, weil „die 40-Stunden-Woche endgültig in die Abstellkammer der Geschichte gehört“, kategorischen Abbau der Arbeitslosigkeit, Gleichberechtigung für die Frauen im Arbeitsleben. Und warf in nahezu allen Punkten der Regierung vor, versagt zu haben: „Note sechs für die Bundesregierung“ wurde laut beklatscht.

OB Josef Steurer gehörte gestern genauso zu den Stammgästen der Maikundgebungen wie Franz Fiala; wenige Stadträte, Arbeitsamtsdienststellenleiter Hans Kaiser waren weitere Anwesende, die der Vorsitzende des DGB-Ortskartells, Eugen Bauer, begrüßte. Daß der Gewerkschaftsbund sich dieses Mal keine kämpferische Parole aufs Banner zum 1. Mai geschrieben hat, hänge damit zusammen, daß in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs die Verträglichkeit etwa der Arbeit mit der Umwelt in den Vordergrund gestellt werden müsse, betonte Bauer.

Franz Schwager von der Lindauer Nebenstelle der IG Metall betonte die Notwendigkeit, auch als Rentner oder bei Arbeitslosigkeit weiter der Gewerkschaft die Treue zu halten, „der Beitrag jedes einzelnen ist zur Stärkung der Gewerkschaft wichtig“. Um so mehr bedauerte er, daß zwar die Zahl der Beschäftigten bei den Lindauer metallverarbeitenden Betrieben gewachsen ist, die Zahl der IG-Mitglieder jedoch stagniere.

Die Notwendigkeit der Solidarität unterstrich auch Christine Saurer wiederholt. Die Einheitsgewerkschaft sah sie als Grundlage des Erfolgs unter anderem gegen unwirksame Sozialpolitik an. Und wenn Bonn behaupte, die Reformen würden jedem Arbeitnehmer im Jahr eine Steuererleichterung von 1000 Mark bringen, so bezeichnet die Gewerkschafterin das als „Mogelpackung“: Millionen Arbeitnehmer bekämen im Jahr weniger, viele Millionäre in der Woche mehr. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit von 2,3 Millionen registrierten und mindestens 1,2 Millionen weiteren nicht bekannten Frauen und Männern empört die Gewerkschaften. 1986 sei das positive Rekordjahr für Unternehmer und das negative Rekordjahr für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, schwächere Schichten der Bevölkerung, die Arbeitnehmer insgesamt gewesen, stellte Christine Saurer fest.

Besonders betroffen seien die 500 000 jungen Menschen unter 25 Jahren und die Frauen. Zwar wachse der Anteil der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder, doch die

Frauen müßten noch energischer antreten gegen die ihnen auferlegten Benachteiligungen. Die neue „Heim- und Herd-Ideologie“ der Bundesregierung ignoriere die Bedeutung, die der Frau während der Weltkriege und in den Zeiten des Wiederaufbaus zugekommen war. Die Mai-Rednerin protestierte jedoch laut dagegen: „Wir wollen weder eine industrielle noch eine militärische Reservearmee sein.“ Auch vom Beschäftigungsförderungsgesetz, in dem Christine Saurer mehr ein Arbeitsplatzvernichtungsgesetz sieht, sind nach ihrer Auffassung besonders Frauen betroffen: Erzwungene Teilzeitarbeit bedeute Teilzeitarbeitslosigkeit, nur 20 Prozent der arbeitenden Frauen würden wirklich eine Teilzeitarbeit wünschen.

Eine weitere sogenannte Randgruppe verteidigte die engagierte Gewerkschafterin: die ausländischen Arbeitnehmer. „Die sind nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit – die Ursache sind die Politiker, die nichts gegen Arbeitslosigkeit unternehmen, und die Unternehmer, die nur an ihre Gewinne denken.“ Das Recht auf Arbeit sei international. „Wir wären schlechte Gewerkschafter, wenn die Forderung nach Abbau der Arbeitslosigkeit an den Grenzpfählen halt machen würde.“

Die Voraussetzungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit seien günstig wie nie gewesen mit den 50 Milliarden Mark Extrageinn der Bundesbank, dem Exportboom während des hohen Dollarkurses, den 30 Milliarden Mark zusätzlicher Kaufkraft aus der Ölpreissenkung. Die Schaufensterreden der Politiker hätten sich jedoch als Seifenblasen entpuppt. Nach einem Jahr sei der Konjunkturaufschwung beendet, die Massenarbeitslosigkeit jedoch geblieben, wozu die Referentin den Bonner Politikern die Note „sechs“ bescheinigte.

Umweltschutz, die zweite der diesjährigen Mai-Forderungen, sei eine unverzichtbare Voraussetzung für Wirtschaft und Leben. Und zu diesem Thema lasse sich der DGB nicht mit dem Argument „Ar-

beitsplatzverlust“ erpressen, immerhin seien die Kosten für die Umweltzerstörung noch höher als die Investitionen in den Umweltschutz. Keinesfalls dürfe die Bundesrepublik ein Atomstaat werden, auch ein konsequentes Nein zur Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf sprach Christine Saurer aus.

Technik war das dritte Stichwort, das in der Lindauer Mai-Kundgebung angesprochen wurde. Der DGB stelle sich nicht gegen technische Entwicklung, „wir sind keine Maschinenstürmer“. Bei der neuen Technologie dürfe jedoch nicht der Begriff der sozialen Verantwortung und Verträglichkeit vergessen werden. Punkte wie erschwerte Arbeitsbedingungen, vermehrte Kontrollmöglichkeiten, Abbau von Qualifikation und Rationalisierung, sprich Abbau von Arbeitsplätzen müssen von den Betroffenen, den Arbeitnehmern kontrolliert werden, wurde gefordert. Deshalb verlange man eine Ausweitung der Mitbestimmung.

Die Änderung des Paragraph 116, wonach die Bundesanstalt für Arbeit für „kalt ausgesperrte“ (Saurer) Arbeitnehmer nicht zahlen muß, bezeichnete Christine Saurer als „schwerste Einschränkung“ des DGB, wenn Arbeitnehmer gegen ihre organisierten Kollegen ausgespielt werden. Die Gewerkschafter sind jedoch zuversichtlich, daß das angerufene Bundesverfassungsgericht dieses Gesetz revidieren wird.

Zum Schluß ging die DPG-Frau auch noch auf die Friedenssicherung ein, zu der der Gewerkschaftsbund die Abschaffung aller atomaren, biologischen und chemischen Kampfaffen verlangt. Mit einem Zitat des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, wonach „zur Freiheit der Gewerkschaften gehört, daß sie unbequem sind“, und daß die Gewerkschaften, neben der kommunalen Selbstverwaltung, das älteste und mächtigste Stück der Demokratie darstellen, kam Christine Saurer zu ihrem Schlußwort der Mai-Kundgebung: „Wir wollen kein Land sein der zusammengebissenen Zähne von Millionen, um das Land des Lächelns für Millionäre zu erreichen!“

## DGB oder DVU im »Schlechterbräu«?

1985 fand die 1.Mai-Veranstaltung erstmals in der städtischen *Inselhalle* statt. Dafür gab es verschiedene Gründe. Im Schlechterbräu hatten zuvor einige Male auch Veranstaltungen der faschistischen *Deutschen Volksunion (DVU)* stattgefunden. Auf die dadurch entstandenen Einnahmen wollten Pächter und Besitzer aber auf DGB-Anfrage hin damals nicht verzichten.

Außerdem mußte im *Schlechterbräu* immer gegen 12.00 Uhr für anrückende Bus-Touristen Platz gemacht werden.

Der noblere Rahmen der neu errichteten *Inselhalle* für Franz Fialas letzte Mai-Rede als DGB-Kreisvorsitzender war verlockend. Der Saal des *Schlechterbräus* war immer etwas überfüllt gewesen.

Allerdings sträubte sich 1985 die Vergabestelle der *Inselhalle* zuerst etwas. Erst mit Hilfe des Einflusses des damaligen Oberbürgermeisters Steurer wurde die Benützung, damals noch gegen Bezahlung, ermöglicht.

1987 wich das Ortskartell Lindau des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* vorübergehend in den Bahnhofsterrassensaal aus. Die räumliche Entfernung zum traditionellen Standkonzert lindauer Musikvereine anlässlich der Mai-Feier vor dem Rathaus, ermöglichte es dem damaligen Ortskartellvorsitzenden Eugen Bauer zusammen mit dem 1.Mai-Komitee, wenigstens die neue Tradition einer Kurzdemonstration vom Rathaus zum Versammlungslokal zu beginnen.

Was die lindauer Musikvereine auch aus Anlaß des 1. Mai am wenigsten spielen, sind Stücke aus dem reichhaltigen Liedgut der internationalen Arbeiterbewegung. Es liegt wohl an den lindauer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, dies zu erdulden oder zu ändern.



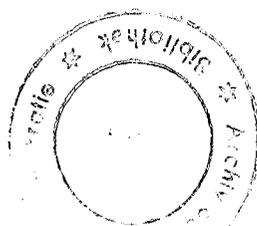
Bilder vom 1. Mai 1987



Am 1. Mai 1987 gegen die drohende  
Volkszählung, Lindau, Reutiner Straße



Eugen Bauer,  
DGB-Ortskartellvorsitzender  
am 1. Mai 1987  
im Bahnhöferrassensaal





Bilder vom 1. Mai 1989

## Die Internationale



Dies ist der Originaltext des Gedichtes die „Internationale“ von Eugene Pottier aus den Tagen der revolutionären Pariser Commune von 1870/71, das mit der Melodie von Pierre Degeyter aus dem Jahre 1888 zu dem weltbekannten Lied der Arbeiterbewegung wurde.

*Das ist der letzte Kampf  
Scharen wir uns zusammen und  
morgen  
Wird die Internationale  
Das Menschengeschlecht sein.*

*Auf! Verdamnte dieser Erde!  
Auf! Bagnosträflinge des Hungers.  
Der Verstand donnert in seinem Krater,  
Das ist der Ausbruch des Endes.  
Mit der Vergangenheit reinen Tisch  
gemacht,  
Heer der Sklaven, auf, auf,  
Die Welt beginnt sich in ihren Grund-  
festen zu ändern,  
Wir sind nichts, sei'n wir alles.*



Nachdichtung von Emil Luckhardt,  
1910

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,  
die stets man noch zum Hungern zwingt!  
Das Recht wie Glut im Kraterherde  
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.  
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!  
Heer der Sklaven, wache auf!  
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,  
alles zu werden, strömt zuhauf!

Völker hört die Signale!  
Auf zum letzten Gefecht!  
Die Internationale  
erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höhres Wesen,  
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.  
Uns aus dem Elend zu erlösen, können  
wir nur selber tun!

Leeres Wort: des Armen Rechte!  
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!  
Unmündig nennt man uns und Knechte,  
duldet die Schmach nun länger nicht!

Völker hört die Signale!  
Auf zum letzten Gefecht!  
Die Internationale  
erkämpft das Menschenrecht!

In Stadt und Land ihr Arbeitsleute,  
wir sind die stärkste der Parteien.  
Die Müßiggänger schiebt beiseite,  
diese Welt muß unser sein!  
Unser Blut sei nicht mehr der Raben  
und der mächt'gen Geier Fraß!  
Erst wenn wir sie vertrieben haben,  
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!

Völker hört die Signale!  
Auf zum letzten Gefecht!  
Die Internationale  
erkämpft das Menschenrecht!

Es gibt keine höchsten Retter:  
Weder Gott, noch Cäsar, noch Tribun:  
Produzenten, retten wir uns selber!  
Verordnen wir das Gemeinwohl!  
Daß der Dieb die Beute zurückgebe,  
Daß aus dem Kerker befreit werde der Geist.  
Blasen wir selbst das Feuer in der Esse  
an,  
Schmieden wir das Eisen solange es heiß!

Widerlich in ihrer Gottgleichheit  
Die Könige der Gruben und der Bahn  
Haben sie je etwas andres getan  
Als die Arbeit ausgebeutet?  
In den Panzerkassen der Bande  
Was geschaffen worden schmilzt dahin,  
Indem das Volk anordnet, daß es ihm  
zurückzugeben ist,  
Will es nichts, als was ihm rechtmäßig  
gehört.

Der Staat unterdrückt und das Gesetz  
betrügt.  
Die Steuern drücken die Unglücklichen  
bis aufs Blut.  
Keine Pflichten werden den Reichen  
auferlegt;  
Das Recht der Armen ist ein leeres  
Wort.  
Lang genug schmachten wir unter der  
Fron.

Die Gleichheit will andre Gesetze:  
Keine Rechte ohne Pflichten, sagt sie  
und unter Gleichen: Keine Pflichten oh-  
ne Rechte.

Die Könige berauschen uns mit blauem  
Dunst.  
Frieden zwischen uns, Krieg den  
Tyrannen!  
Tragen wir den Streik in die Armee,  
Kolben hoch und die Reihen gesprengt.  
Und wenn sie darauf bestehn, diese Ka-  
nibalen  
aus uns Helden zu machen,  
Werden sie bald erfahr'n, daß unsre  
Kugeln  
für unsre eigenen Generäle bestimmt  
sind.

Arbeiter, Bauern, wir sind  
Die größte Partei der Werkstätigen.  
Die Erde gehört niemandem als den  
Menschen,  
Die Müßiggänger soll'n sich eine andre  
Bleibe suchen;  
Wieviel von unsrem Fleisch haben sie  
gefressen.  
Aber wenn die Raben, die Geier  
Eines Morgens verschwinden werden,  
Dann wird die Sonne ewig scheinen.

Das ist der letzte Kampf,  
Scharen wir uns zusammen und  
morgen  
Wird die Internationale  
Das Menschengeschlecht sein.

**100 Jahre**  
**1. Mai**  
**Solidarität**  
**sichert**  
**unsere**  
**Zukunft.**  
**DGB**

DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf; Entwurf: Peter Marquardt  
Druck: Union-Druckerei, Frankfurt/Main

1. MAI

TAG DER SOLIDARITÄT  
ALLER SCHAFFENDEN

